

85. Sitzung

am Dienstag, dem 09. April 2002, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6106	und	
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Dr. Manfred Schuhmann, Frau Petra Guttenberger, Frau Waltraud Schmidt-Sibeth und Frau Theresia Schopper	6106		Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dr. Bernhard, Ach, Dinglreiter, Freiherr von Redwitz u. Frakt. (CSU)
Regierungserklärungen des Staatsministers der Finanzen und des Staatsministers für Wirtschaft, Verkehr und Technologie betreffend „ Engagement der Bayerischen Landesbank bei der Kirch-Gruppe und die wirtschaftspolitischen Aspekte “			Auswirkungen der Einleitung eines Insolvenzverfahrens bei Teilen der Kirch-Gruppe auf Arbeitsplätze und den Medienstandort Bayern (Drs. 14/9149)
hierzu:			Staatsminister Prof. Dr. Faltthäuser 6106
Dringlichkeitsantrag des Abg. Maget u. Frakt (SPD)			Staatsminister Dr. Wiesheu 6112
Kirch und die Folgen für den Medienstandort Bayern und Deutschland sowie für die Bayerische Landesbank (Drs. 14/9142)			Maget (SPD) 6119
und			Ministerpräsident Dr. Stoiber 6124
Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Kellner u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)			Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . 6127
Auswirkungen eines finanziellen Zusammenbruchs der Kirch-Gruppe auf den Freistaat Bayern (Drs. 14/9143)			Glück (CSU) 6133
			Prof. Dr. Gantzer (SPD) 6139
			Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . 6141
			Hoderlein (SPD) 6143
			Staatsminister Huber 6144
			Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/9142 6148
			Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 14/9143 (s. a. Anlage 1) 6148, 6149, 6151
			Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/9149 (s. a. Anlage 2) 6149, 6153
			Schluss der Sitzung 6149

(Beginn: 15.03 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 85. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks sowie n-tv Berlin übertragen die Erklärungen der Staatsregierung und die Aussprache unmittelbar.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch einige Glückwünsche aussprechen. Am 22. März konnten Herr Kollege Dr. Manfred Schuhmann und am 28. März Frau Kollegin Petra Guttenberger einen runden Geburtstag begehen. Heute feiern die Kolleginnen Frau Waltraud Schmidt-Sibeth und Frau Theresa Schopper Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gratuliere den genannten Kolleginnen und dem Kollegen im Namen des Hohen Hauses und auch persönlich. Ich wünsche ihnen alles Gute, besonders Gesundheit und Erfolg bei ihrer parlamentarischen Arbeit.

Ich rufe nun als einzigen Punkt unserer heutigen Tagesordnung auf:

Regierungserklärungen

des Staatsministers der Finanzen und des Staatsministers für Wirtschaft, Verkehr und Technologie

betreffend **„Engagement der Bayerischen Landesbank bei der Kirch-Gruppe und die wirtschaftspolitischen Aspekte“**

hierzu:

Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Maget und Fraktion (SPD)

Kirch und die Folgen für den Medienstandort Bayern und Deutschland sowie für die Bayerische Landesbank (Drucksache 14/9142)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auswirkungen eines finanziellen Zusammenbruchs der Kirch-Gruppe auf den Freistaat Bayern (Drucksache 14/9143)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dr. Bernhard, Ach und anderer und Fraktion (CSU)

Auswirkungen der Einleitung eines Insolvenzverfahrens bei Teilen der Kirch-Gruppe auf Arbeitsplätze und den Medienstandort Bayern (Drucksache 14/9149)

Ich freue mich, dass der Herr Ministerpräsident anwesend ist. Ich sage das deswegen, weil sich damit der

Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Zitierung des Ministerpräsidenten wohl erledigt hat.

(Unruhe bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun erteile ich das Wort dem Staatsminister der Finanzen, Herrn Prof. Dr. Faltlhauser, zur Abgabe seiner Erklärung.

Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Herbst 2001 habe ich dem Haushaltsausschuss über das Kreditengagement der Bayerischen Landesbank bei der Kirch-Gruppe berichtet. Seitdem habe ich außerdem eine Reihe von Schriftlichen Anfragen zu diesem Thema aus der Mitte des Landtags beantwortet. Die aktuellen Entwicklungen bei der Kirch-Gruppe sind für mich heute Anlass, Sie im Gesamtzusammenhang über dieses Kreditengagement zu informieren.

In der „Welt am Sonntag“ konnten wir vorgestern lesen, dass es Innenminister Schily für „einen Vorgang besonderer Qualität hält, dass sich die Landesbank, die in erster Linie Kredite an den Mittelstand vergeben sollte, so tief in das Kirch-Engagement begeben hat“. Hier sitzt der Bundesinnenminister einem Missverständnis besonderer Qualität auf. Die Landesbank ist keine Mittelstandsbank. Die staatliche Förderbank für den Mittelstand ist die „LfA Förderbank Bayern“. Es ist schon bemerkenswert und für den Zustand der Uninformiertheit der bayerischen SPD kennzeichnend, dass ihr Spitzenkandidat für die Bundestagswahl so wenig Ahnung hat.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Bayerische Landesbank betreibt nach ihren rechtlichen Grundlagen und nach ihrem Selbstverständnis als Universalbank grundsätzlich Bankgeschäfte aller Art – und dies weltweit. Die Begründung zum Landesbankgesetz von 1972 führt aus, dass die Landesbank als Universalbank mit dem Ziel errichtet wurde, die Stellung der Bank und der gesamten Sparkassenorganisation im Groß- und Konsortialkredit zu stärken. Dies entspricht der Regelung bei allen anderen deutschen Landesbanken, die alle als Universalbanken gegründet wurden. Von der Besonderheit ihres öffentlichen Auftrags abgesehen, ist die Landesbank damit wie andere private Banken in dieser Größenordnung tätig. Dass die Banken dabei jeweils unterschiedliche Schwerpunkte setzen, ist selbstverständlich. Die Geschäftsfelder der Landesbank sind dementsprechend weit gestreut. Sie reichen vom Investment Banking und Asset Management über strukturierte Finanzierungen, Immobilienkunden bis hin zu Konzern- und Firmenkunden. Sagen Sie also bitte Herrn Schily: nicht Mittelstandsbank. Da kann man dazulernen.

Zur letzten Gruppe zählt auch das Kreditengagement bei der Kirch-Gruppe. Um ein Verständnis für die Größenordnung zu gewinnen: Das Kirch-Engagement beträgt 0,9% des Konzern-Gesamtkreditvolumens in Höhe von 218 Milliarden €.

Es ist völlig klar: Grundlage jeder Kreditvergabe der Landesbank ist zunächst die betriebswirtschaftliche Prüfung des Engagements. Es ist deshalb nicht so, wie immer unterstellt wird, dass das Motiv für das Engagement der Bayerischen Landesbank bei Kirch vorrangig die Erfüllung eines öffentlichen Auftrags war. Erst recht nicht richtig ist die Behauptung, dass der Landesbank von der Staatsregierung dieses Kreditengagement aufgedrängt worden sei. Die gestrige Behauptung des Bundeskanzlers, von der Landesbank seien wirtschaftspolitisch motivierte Kredite vergeben worden, zeigt: Dem SPD-Vorsitzenden geht es allein um parteipolitisch motivierte Polemik.

(Beifall bei der CSU)

Ich betone: Kredite der Bayerischen Landesbank an die Kirch-Gruppe sind nach bankinterner betriebswirtschaftlicher Prüfung im Rahmen des Firmenkundengeschäfts der Bank vergeben worden. Sie wurden und werden damit grundsätzlich nicht anders behandelt als Kredite an andere Unternehmen in ähnlicher Größenordnung.

Selbstverständlich entspricht es dem Selbstverständnis der Bayerischen Landesbank, dass sie besonders in Bayern ansässigen Unternehmen ihre Leistungen anbietet. Damit unterstützt sie entsprechend ihrem Auftrag standortpolitische Interessen des Freistaats Bayern. Ich glaube, das ist in diesem Hause eine Selbstverständlichkeit; wir haben darüber schon wiederholt diskutiert.

Ich muss zunächst eine Anmerkung zum Bankgeheimnis machen: Ich will in dieser Sitzung nicht unter Verweis auf das Bankgeheimnis eine Aufklärung gegenüber dem Parlament verhindern. Ich bin aber an Recht und Gesetz gebunden. Kunden einer Bank müssen auf die Diskretion einer Bank vertrauen können. Dieses Vertrauen auf Diskretion kann ich auch gegenüber dem Parlament nicht verletzen. Wenn allgemein der Eindruck entsteht, dass Kunden der Bayerischen Landesbank nicht auf die von ihr erwartete Diskretion vertrauen können, dann schadet dies dem geschäftlichen Erfolg dieser Bank nachhaltig. Das wollen wir vermeiden. Ich versuche allerdings, in diesem Bericht mit meinen Informationen so weit wie möglich zu gehen.

Die Bayerische Landesbank ist derzeit mit 2,02 Milliarden Euro bei der Kirch-Gruppe engagiert. Die präzise Höhe des Engagements wird durch Wechselkurschwankungen beeinflusst, da der Formel-1-Kredit in US-Dollar ausgereicht wurde. Die Ausreichung von Krediten in Fremdwährung ist übrigens tägliche Praxis auch der Bayerischen Landesbank.

Die Kirch-Gruppe hat sich im Zuge ihres schnellen Wachstums vor drei Jahren in drei rechtlich selbständige Teilkonzerne aufgegliedert, nämlich in die Kirch-Media GmbH & Co. KGaA, die Kirch-Pay-TV-GmbH & Co. KGaA und die Kirch-Beteiligungs GmbH & Co. KG. Die Obergesellschaft dieser Teilkonzerne ist die Taurus-Holding GmbH & Co. KG.

Die Bayerische Landesbank stand erstmals 1973 in geschäftlichen Beziehungen mit der Kirch-Gruppe. Sie hat zu Beginn der Geschäftsbeziehung vor allem Kredite

für Aktivitäten vergeben, die heute im Teilkonzern Kirch-Media gebündelt sind. Die Kirch-Media betreibt das Kerngeschäft der Kirch-Gruppe. Das umfasst den Handel mit TV-Lizenzen und den Betrieb des Free-TV.

Ich werde Ihnen zu den wesentlichen Teilen des Kreditengagements der Bayerischen Landesbank der Übersichtlichkeit halber aufgegliedert auf die genannten drei Teilkonzerne berichten:

Zunächst zum Kreditengagement im Zusammenhang mit dem Teilkonzern Kirch-Media: Eine erste wesentliche Ausweitung des Kreditengagements mit der Kirch-Gruppe, die berichtenswert ist, gab es im Herbst 1996, als neben einer Reihe anderer Banken auch die Bayerische Landesbank der Taurus-Film GmbH & Co. KG einen Betriebsmittelkredit in dreistelliger Millionenhöhe einräumte. Die Taurus-Film GmbH & Co. firmiert heute als Kirch-Media KGaA. Im Sommer 1998 wurde dieser Kreditrahmen der Taurus-Film GmbH & Co. KG deutlich erhöht. Auch andere Banken erhöhten zu diesem Zeitpunkt ihre Kreditlinien für die Taurus-Film GmbH & Co. KG.

Dieser Kredit ist im Rahmen eines Sicherheitenpools erstens durch die Verpfändung der Geschäftsanteile der Taurus-Lizenz KG, die Eigentümerin des Free-TV-Filmstocks ist, und zweitens durch die Übereignung von Teilen des Filmstocks besichert. Grundlage der Sicherheitenbeurteilung durch die Landesbank bei der Kreditvergabe war ein unabhängiges Gutachten einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Bewertung des Filmstocks, das in zweijährigem Turnus aktualisiert wurde. Es handelte sich also nicht um eine alleinige Einschätzung von Bankangestellten. Dieses Gutachten wies bei vorsichtiger Bewertung einen Wert auf, der mehrfach – ich unterstreiche: mehrfach – über der Höhe der damit besicherten Kredite lag.

Ich stelle also fest: Die Bayerische Landesbank hat gemeinsam mit anderen Banken der Kirch-Media Kredite gegeben und ist in gleicher Weise wie diese besichert.

Wenn Bundeskanzler Schröder gestern frei von der Leber weg behauptet hat, die Landesbank habe Kredite vergeben, „deren Absicherung fragwürdig ist“, so beweist er damit nur, dass ihn die Fakten nicht interessieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, der Bürger steht solch plumper Wahlkampfpolemik nur kopfschüttelnd gegenüber. Ich kann nur sagen: Armer Kanzler – armes Deutschland!

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Wie soll man es anders interpretieren, wenn er uninformiert solche Dinge behauptet.

Ich komme zum Kreditengagement im Zusammenhang mit dem Teilkonzern Kirch-Pay-TV: Mit Vertrag vom 25.03.1999 hat die Kirch-Gruppe von einem Unternehmen der Bertelsmann-Gruppe 45 % der Geschäftsanteile

an dem Pay-TV-Sender Premiere erworben. Für den bis zum 30.12.1999 in Raten zu zahlenden Kaufpreis hatte die Kirch-Gruppe vertragsgemäß zugunsten der Verkäuferin eine Bankgarantie zu stellen. Diese Garantie hat die Bayerische Landesbank am 03.05.1999 übernommen. Der Kaufpreis wurde in der Zwischenzeit vollständig bezahlt. Die Garantie der Bayerischen Landesbank für den Kaufpreis ist damit erledigt.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1999 beteiligte sich die Bayerische Landesbank in einem Bankenkonsortium maßgeblich an einem Betriebsmittelkredit für Kirch-Pay-TV. Durch die Hereinnahme von Investoren flossen der Kirch-Pay-TV im Sommer 2000 umfangreiche Mittel zu, die es der Gesellschaft ermöglichten, den Kredit vollständig zurückzuzahlen.

Im Herbst 2000 wurde der Kirch-Pay-TV von einem Bankenkonsortium unter Führung der Landesbank im Rahmen eines bereits bestehenden Kreditrahmens – eine erneute Genehmigung durch den Kreditausschuss war nicht erforderlich – ein neuer Kredit zur Betriebsmittelfinanzierung zugesagt. Entscheidende Aspekte für die Kreditausreichung – es handelte sich um eine alleinige Entscheidung des Vorstandes – waren zu diesem Zeitpunkt zum einen die nach dem Einstieg genannter Investoren auf rund 90% erhöhte Eigenkapitalquote, zum anderen ein erheblicher Unternehmenswert, der durch Anteilsverkäufe belegt wurde und schließlich der von einer Marktstudie von Arthur D. Little unterlegte Businessplan, der in Zusammenarbeit mit BSKyB – Sie kennen diese Firma aus den Zeitungen –, der Gesellschaft von Murdoch, erstellt wurde.

(Zuruf von der SPD)

– Sie sind aber leicht zufrieden zu stellen.

Dieser Bankenkonsortialkredit ist zum einen durch die Verpfändung der Geschäftsanteile sämtlicher wesentlicher Gesellschaften des Pay-TV-Bereichs und zum anderen durch die Abtretung und Übereignung von Teilen des Pay-TV-Filmstocks besichert.

Ich stelle also auch im Zusammenhang mit diesem Teilaspekt fest: Die Landesbank hat diesen Kredit in einem Bankenkonsortium vergeben. Sie hat die gleichen Sicherheiten wie die Konsortialpartner. Anderslautende Pressemitteilungen sind schlichtweg falsch.

Drittens. Das Kreditengagement mit dem Teilkonzern Kirch-Beteiligungs GmbH & Co. KG. Im ersten Quartal 2001 hat die Bayerische Landesbank bekanntermaßen einen Kredit in Höhe von einer Milliarde US-Dollar zur Mitfinanzierung der Investitionskosten für den Einstieg der Kirch-Gruppe in die Formel 1 gewährt. Für die Kirch-Gruppe ergab sich damals die Chance zum Einstieg in die Formel 1, da EM.TV aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen war, Anteile an der Formel 1 aufzugeben. Der Einstieg war für Kirch vor allem im Hinblick auf die Verwertung der TV-Lizenzrechte an der Formel 1 von Bedeutung, da diese den Umsatzschwerpunkt des Formel-1-Geschäfts darstellen. Ferner bildete dieser Einstieg einen wichtigen Baustein zur wirtschaftlichen Stabi-

lisierung von EM.TV, einer Firma, die auch in München angesiedelt ist.

Ohne dies zu kommentieren, zitiere ich hierzu einen Bericht aus dem „Handelsblatt“ vom 30. November 2000:

In Branchenkreisen heißt es, dass EM.TV möglicherweise dazu verpflichtet werden könnte, weitere 25% an SLEC für 2,2 Milliarden DM zu übernehmen. Ecclestone verfüge über eine entsprechende Verkaufsoption. Dann werde das Geld bei EM.TV wirklich knapp.

Ich will das weiter nicht kommentieren.

Zur Klarstellung: Die Bayerische Landesbank ist bei der Formel-1-Finanzierung nicht der einzige Kreditgeber. Neben der Landesbank haben zwei große internationale Geschäftsbanken der Kirch-Gruppe Mittel zur Durchführung dieser Investition zur Verfügung gestellt. Die Bayerische Landesbank hat im Rahmen eines Sicherheitenpools folgende Sicherheiten für diesen Kredit: Erstens. Zweitrangige Verpfändung von rund 40% des Aktienkapitals der Axel Springer Verlag AG. Sie haben öffentlich zugänglich schon gelesen, was die Deutsche Bank erst-rangig hat und was möglicherweise darüber hinaus erlöst werden kann. Zweitens. Verpfändung von 75% der Anteile an der Formel-1-Gesellschaft SLEC. Ich wäre vorsichtig mit der Behauptung, dass die Formel 1 nicht viel wert ist. Die Vielzahl der Interessenten, die sich mittlerweile gemeldet hat, zeigt ein anderes. Drittens. Verpfändung von 25,1% der Geschäftsanteile an der Kirch-Media.

Ich stelle auch hier fest, meine Damen und Herren: Auch beim Formel-1-Kredit ist die Bayerische Landesbank in gleicher Weise wie die anderen beteiligten Banken besichert. Anderslautende Meldungen sind schlicht erfunden und falsch.

Ich lese nun, dass sich unter den vielen aus der SPD auch Herr Wowereit um die Kredite der Bayerischen Landesbank Sorgen macht.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Ich kann Herrn Wowereit und seiner SPD in Berlin nur empfehlen, sich um die Bankgesellschaft Berlin zu kümmern,

(Beifall bei der CSU)

um ihre unmittelbar drohende Schließung durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen abzuwenden.

(Zuruf von der SPD: Wer hat das herbeigeführt?)

Immerhin geht es hierbei um Immobilienrisiken von bis zu 21 Milliarden Euro.

(Zurufe von der SPD)

Im Übrigen: Herr Wowereit kann sich die beabsichtigte Garantie gegenüber der Bankgesellschaft Berlin, die

heute offenbar beschlossen werden soll, letztlich nur leisten, weil er nicht zuletzt aus Bayern im Jahr 2001 über 2,5 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich bekommen hat. So sieht die tatsächliche Situation in unserem Land aus.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Zu Ihren Zwischenrufen kann ich im Übrigen nur sagen: Schauen Sie sich an, wer in den letzten Jahren Finanzsenator in Berlin war und von welcher Partei er gekommen ist. Sie sind offenbar auch hier nicht informiert.

Ich fasse jetzt die Punkte hinsichtlich des Kreditengagements der Landesbank zusammen.

Erstens. Bei der jeweiligen Kreditvergabe muss die Bayerische Landesbank die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers jeweils umfassend prüfen und auf eine ordnungsgemäße Besicherung achten. Folgerichtig lagen jeder Kreditentscheidung an die Kirch-Gruppe umfangreiche Unterlagen und Vorprüfungen zugrunde.

Zweitens. Zum Zeitpunkt der Vergabe des Formel-1-Kredits Anfang 2001 hat die Landesbank die Bonität der Kirch-Gruppe auf der Basis der ihr vorliegenden Informationen als zufriedenstellend beurteilt. Alle beteiligten Banken gingen davon aus, dass die Kirch-Gruppe ihren Verpflichtungen aus den Krediten ordnungsgemäß nachkommen kann. Andere Meldungen, andere Informationen lagen nicht vor.

Lassen Sie mich etwas zu den Gründen für die Schwierigkeiten der Kirch-Gruppe sagen. Ich kann hier keine detaillierteste Ursachanalyse vornehmen. Ich möchte nur aus meiner heutigen persönlichen Sicht der Dinge auf der Basis der Informationen, die im Übrigen jedermann der Zeitung entnehmen kann, die wesentlichen Ursachen kurz darlegen. Ich nenne vier Problembereiche.

Erstens. Die Kirch-Gruppe hat in den vergangenen Jahren umfangreiche Verträge mit internationalen Filmstudios zum Kauf von Filmrechten abgeschlossen. Ferner erwarb sie eine Reihe von Übertragungsrechten für sportliche Großereignisse. Diese Programmeinkäufe erfolgten in Zeiten, als zum einen viele Medienfirmen des Neuen Marktes die Preise nach oben trieben – EM.TV, Kinowelt und andere. Damals waren die Preise im Wettbewerb und in der Gesamtsituation marktgerecht, heute sind sie erkennbar weit überhöht; zum anderen, als Fernsehsender damals noch aufgrund der guten Werbeeinnahmen bei Programmeinkäufen sehr spendabel waren. Die Preise waren gut, die Situation war gut. Das hat etwas mit der wirtschaftlichen Gesamtsituation zu tun, die heute miserabel ist. Die Wirtschaft liegt am Boden.

(Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

– Es ist so. Schauen Sie sich die Wachstumsraten an. Schließlich waren damals noch große Hoffnungen an das Pay-TV geknüpft. Die hohen Investitionen mussten sich rentieren. Genau dies ist zum Teil nicht geglückt.

Zweitens. Die Kirch-Gruppe knüpfte an das Pay-TV hohe geschäftliche Erwartungen. In der Hoffnung, dass innerhalb von wenigen Jahren Millionen von Deutschen Pay-TV neben dem frei empfangbaren Fernsehen abonnieren würden, wurden extrem hohe Investitionen in technische Infrastruktur und Programme vorgenommen. Diese Aufwendungen lagen in der Vergangenheit weit über den Erlösen. Trotz wiederholter Versuche gegenzusteuern, zehrte diese ständige Verlustfinanzierung entscheidend, wie ich meine, an der Finanzkraft der gesamten Gruppe.

Drittens. Zur Finanzierung des dynamischen Wachstums ihrer Geschäftstätigkeit benötigte die Kirch-Gruppe in der Vergangenheit zusätzliches Eigenkapital. Dieses Kapital besorgte sich Kirch auch in erheblichem Umfang von Investoren, die Anteile an Kirch-Media und Kirch-Pay-TV erwarben. Hierzu verpflichtete sich die Kirch-Gruppe gegenüber den Investoren, die Kirch-Media und die Kirch-Pay-TV bis zu einem bestimmten Termin an der Börse einzuführen, um den Investoren somit die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Geschäftsanteile zu gegebener Zeit gewinnbringend über die Börse zu verkaufen. Sofern jedoch die Kirch-Gruppe dies nicht schaffen sollte, sahen die Verträge die vollständige Rückzahlung der Gelder an die Investoren zuzüglich Zinsen vor.

Die Kirch-Media verkündete im Herbst letzten Jahres ihre Absicht, mit der Pro-Sieben-Senderfamilie, die bereits an der Börse notiert ist, zu fusionieren. Dieses Vorhaben wurde bekanntlich im Hinblick auf die Turbulenzen um die Kirch-Gruppe in den letzten Wochen gestoppt. Hierdurch wurden die Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber den Kirch-Media-Investoren ausgelöst.

Insbesondere die Put-Optionen von Rupert Murdoch aus seiner Beteiligung an der Kirch-Pay-TV und des Axel Springer Verlags, die im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Sender Pro Sieben und Sat.1 gewährt wurden, schwebten wie ein Damoklesschwert über der Kirch-Gruppe. Nur durch Stillhalten aller Put-Gläubiger hätte die Kirch-Gruppe von finanziellen Verpflichtungen aus den Put-Optionen verschont werden können. Bekanntlich hat aber der Axel Springer Verlag seine Option bereits ausgeübt. Murdoch hat öffentlich angekündigt, seine Option im Herbst dieses Jahres ziehen zu wollen. Meine Damen und Herren, diese Situation hat es den Banken natürlich besonders schwer gemacht, eine Lösung ohne Insolvenz mitzufinanzieren. Es macht wenig Sinn, ein Unternehmen mit Krediten der Banken in wenigen Monaten besser aufzustellen, um dann das Ergebnis den Put-Berechtigten frisch gereinigt und poliert zu übergeben.

Nun zum vierten Punkt der Analyse: Die Kirch-Gruppe ist in Zeiten der Medienkonjunktur sehr schnell, vielleicht zu schnell, gewachsen. Sie war dabei in vielen Bereichen wirtschaftlich erfolgreich, vor allem im sogenannten Free-TV. Aber letztlich konnte offensichtlich weder die Eigenkapitalkraft, noch die Fähigkeit zu konsequenter Steuerung der Vielzahl von Geschäftsfeldern mit diesem Wachstum mithalten. In den letzten Wochen ist gerade die Komplexität der Firmengruppe von den Banken als Problem genannt worden. Schließlich reichte die

Ertragskraft der gesunden Teile der Gruppe nicht mehr aus, um die wirtschaftlich schwierigen Aktivitäten zu stützen. Im Nachhinein betrachtet kann festgestellt werden, dass die Trennung von Verlustbringern zu spät eingeleitet wurde.

Ich stelle fest: Nicht der Einstieg in die Formel 1, geschweige denn die Vergabe des Formel-1-Kredits waren ursächlich für die Insolvenz, sondern eine Reihe von Entscheidungen der Kirch-Gruppe, die sich im Nachhinein als fehlerhaft erwiesen haben. Heute gibt es eine Vielzahl von Kritikern, die der Auffassung sind, dass alle Probleme seit langem evident auf dem Tisch lagen. Ministerpräsident Clement, der sich jetzt so negativ über das Engagement der Bayerischen Landesbank äußert, wollte noch im April 1997 – ich zitiere – „eigenhändig einen roten Teppich für Kirch ausrollen“, wenn Kirch nach Nordrhein-Westfalen komme. Was meinte er denn damit? – Wahrscheinlich meinte er bessere Bankkonditionen und Kredite der West-LB. Die heutigen Kritiker haben selbst nichts zustande gebracht und hätten gerne rote Teppiche ausgerollt.

(Beifall bei der CSU)

Der Neid führt Herrn Clement das Wort.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

– Wir haben die Medienhauptstadt, nicht Herr Clement. Den Medien war in den vergangenen Wochen täglich zu entnehmen, dass intensive Gespräche zwischen allen Beteiligten, also der Kirch-Gruppe, den Banken, den Minderheitsgesellschaftern und den Filmstudios, laufen, um der Kirch-Gruppe einen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu öffnen. Im Zuge dessen sahen sich die Kirch-Media-Banken veranlasst, die Liquiditätssituation der Kirch-Media erneut kritisch zu hinterfragen. Hierbei wurden im Gegensatz zu dem den Banken vorliegenden aktuellen Liquiditätsplan beachtliche, kurzfristig zu schließende Liquiditätslücken und Zahlungsrückstände offenkundig.

Von Kirch wurde daraufhin ein externes Beraterteam um Herrn van Betteray engagiert, was die Banken sehr befürworteten. Die Aufgabe dieser Berater war es, die aktuelle Situation aufzuhellen, Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und eine Indikation zur Sanierungsfähigkeit der Kirch-Media abzugeben. Anfang März war das Beraterteam zu dem Zwischenergebnis gekommen, dass die Probleme ernsthaft, aber möglicherweise bei Ergreifen einer Vielzahl konsequenter Maßnahmen lösbar seien. Das Beraterteam hat nach meinem Eindruck in extrem kurzer Zeit nicht nur mehr Transparenz geschaffen, sondern auch eine Reihe von zukunftsweisenden Konzepten entwickelt.

Dann wurden intensive Gespräche mit den Minderheitsgesellschaftern der Kirch-Media aufgenommen, die im Besitz der Mehrheit der Stimmrechte sind. In zahlreichen langwährenden Sitzungen wurde über Lösungen verhandelt. Noch am vergangenen Wochenende fanden letzte Rettungsversuche statt. Grundsätzlich ging es dabei um zwei Lösungsrichtungen, nämlich entweder

um eine „Fortführungslösung“ oder um eine geordnete Insolvenz.

Diese Gegenüberstellung bedeutet nicht notwendigerweise „Alles oder Nichts“. Eine geordnete Insolvenz kann im Gegenteil die Fortführung wesentlicher Unternehmensteile erheblich erleichtern. Eine Fortführungslösung hätte erhebliche Zugeständnisse aller Beteiligten erfordert. Dieser Konsens konnte leider nicht erreicht werden. Diesen Sachverhalt haben die Banken gestern auf ihrer Pressekonferenz präzise erläutert. Das Papier liegt Ihnen vor. Deshalb war die Geschäftsführung der Kirch-Media gezwungen, am gestrigen Montag Antrag auf Einleitung eines Insolvenzverfahrens zu stellen.

Ich sage hier in aller Deutlichkeit: Nach meiner Auffassung sind die Kernbanken von Kirch-Media bis an die Grenzen des Zumutbaren gegangen, um eine Lösung zu ermöglichen. Dass die Insolvenz letztlich nicht vermieden werden konnte, kann den Banken nicht angelastet werden. Alle auf deutscher Seite Beteiligten können dabei bezeugen: Für die Rettung im Rahmen eines Fortführungskonzeptes war es in höchstem Maße kontraproduktiv, dass sowohl der Bundeskanzler als auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Clement öffentlich dokumentierten, dass sie ausländische Investoren für unerwünscht halten. Die Globalisierung macht auch vor dem Medienmarkt nicht halt. Herr Schröder und Herr Clement haben nicht nur einen Lösungsversuch aktiv und unverantwortlich behindert, vielleicht auch verhindert. Sie haben auch nationales ökonomisches Schrebergartendenken offenbart.

(Beifall bei der CSU)

Der große Weltkanzler. Wenn es jedoch um einen inländischen Markt geht, will er keine ausländischen Investoren. Ich habe kein einziges Wort vom Bundeskanzler zu dem Umstand gehört, dass ein deutscher Konzern, nämlich Bertelsmann, der größte Buchhersteller in den USA ist. Dazu hat niemand etwas gesagt. Das ist selbstverständlich. Das ist Globalisierung. Hier wird jedoch Schrebergartendenken vorgeführt.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, diese Insolvenz bedeutet nicht das Aus für Kirch-Media. Die Insolvenz ist die Chance für einen Neubeginn. Die Insolvenzverwaltung wird nun gemeinsam mit den Banken die Aufgabe haben, die Liquidität von Kirch-Media für die kommenden Monate sicherzustellen. Dies gilt auch für die Mai-Rate für die Bundesliga. Diese Saison dauert schließlich nicht mehr sehr lange. Das Gerede von Herrn Schröder und Herrn Clement über eine Staatsbürgerschaft stellte eine besonders trübe Verirrung dar. Ich halte es für richtig, dass Ministerpräsident Dr. Stoiber dieses Abseitspiel energisch beendet hat. Die Fernsehrechte für die Fußballweltmeisterschaften 2002 und 2006 wurden ohnehin vor kurzem von der insolvenzgefährdeten Kirch-Media übertragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mutmaßungen, dass mit der Übertragung der WM-Rechte diese Rechte den Gläubigern der Kirch-Gruppe entzogen werden sollten,

sind falsch. Vielmehr ging es darum, dass die Rechte nicht durch die Insolvenz an die Fifa zurückfallen, woran auch die Fifa kein Interesse hatte. Da die Kirch-Sport-WM-AG zur Kirch-Media gehört, liegt dieser Vorgang ebenso im Interesse der Gläubiger der Kirch-Media und damit auch im Interesse der Bayerischen Landesbank. Die Opposition sollte sich vor voreiligen öffentlichen Maßnahmen über den Sachverhalt hüten und keine Veröffentlichungen herausgeben, bevor der Sachverhalt aufgeklärt ist.

Dann wird zu klären sein, wie möglichst viele Aktivitäten der Gruppe im Interesse der Arbeitsplätze und des Medienstandortes fortgeführt werden können. Ich bin zuversichtlich, dass die zukunftssträchtigen Kernaktivitäten der Kirch-Media unter anderen Eigentümerverhältnissen fortgeführt werden können. Dazu wird Herr Kollege Dr. Wiesheu genauere Ausführungen machen.

Ich möchte jetzt etwas zu den Folgen der Insolvenz für die Bayerische Landesbank sagen: Wie bei den anderen Kirch-Banken bleibt die Insolvenz der Kirch-Media auch bei der Bayerischen Landesbank nicht ohne Auswirkungen. Klar ist: Ein Insolvenzverfahren hat Auswirkungen auf den Wert der Sicherheiten. Die Werthaltigkeit dieser Sicherheiten hängt nicht zuletzt vom Erfolg des Insolvenzverfahrens und den Entwicklungen am Markt ab. Umso wichtiger ist es, dass im Insolvenzverfahren möglichst schnell geklärt wird, in welcher Form Aktivitäten der Kirch-Gruppe fortgeführt werden können.

Dies ist auch die feste Absicht der Herren um van Bette-ray und der Banken, welche dies im Rahmen der Eigenverwaltung jetzt voranzutreiben haben.

Aber die Landesbank ist gut aufgestellt. Die bankaufsichtlich geforderte Mindestausstattung mit Eigenmitteln muss 8% betragen. Bei der Bayerischen Landesbank liegt diese Quote bei 9,7%. Damit hat die Landesbank in jedem Fall auch für andere Dinge bei den Eigenmitteln ein, wie ich meine, gutes Polster. In Bayern herrschen keine Berliner Zustände; das muss ich ganz klar sagen.

Für das erste Quartal 2002 zeichnet sich für die Bank nach vorläufigen Daten ein insgesamt zufriedenstellendes Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertungen ab. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertungen steht auch im Jahr 2002 zur notwendigen Risikovorsorge zur Verfügung. Darüber hinaus verfügt die Bayerische Landesbank über erhebliche versteuerte Reserven – das sind die Reserven nach § 340 f HGB – sowie unversteuerte Reserven, insbesondere der Finanzanlagen. Deshalb wird die Bayerische Landesbank – das ist keine Voraussage – auch Ausfälle aus ihrem Engagement bei der Kirch-Gruppe verkraften können. Ob es welche gibt und in welcher Größenordnung, weiß zum gegenwärtigen Zeitpunkt niemand. Man sollte sich davor hüten, irgendwelche vorschnellen Schlussfolgerungen zu ziehen oder Ankündigungen zu machen. Dies ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht zu kalkulieren; das hängt von der Bewältigung durch die Eigenverwaltung ab.

Behauptungen, es gäbe Auswirkungen auf den bayerischen Staatshaushalt, sind gezielte Panikmache.

(Franzke (SPD): CSU-Antrag! – Prof. Dr. Gantzer (SPD): 1000 Polizeibeamte!)

– Hören Sie doch erst zu, bevor Sie dazwischenrufen. – Die Bayerische Landesbank wird auch im Jahr 2002 in der Lage sein, die gewohnte Gewinnausschüttung von 7% auf das eingezahlte Grundkapital zu leisten. Damit können auch die bewährten Gewinnverwendungsprogramme, zum Beispiel bei der Wohnungsbauförderung, wie geplant dotiert werden.

Infolge der schwachen Weltkonjunktur und insbesondere der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland macht das gesamte deutsche Bankengewerbe gegenwärtig schwere Zeiten durch. Dies gilt für alle drei Säulen des deutschen Bankensystems. Zudem steht der Bankensektor infolge der Globalisierung und der rasanten Veränderung seiner Märkte vor extremen Herausforderungen. Alle Pressekonferenzen der Bankenchefs in letzter Zeit dokumentierten dies nachhaltig und detailliert.

Die Landesbank hat gemeinsam mit ihren Anteilseignern deshalb bereits vor einem Jahr Weichenstellungen für ihre Neuausrichtung vorgenommen. Das Bayerische Landesbank-Modell, dessen gesetzliche Grundlagen derzeit in diesem Haus beraten werden, schafft hierfür die zwingend notwendigen Voraussetzungen; dann sind wir auch strukturell gut aufgestellt. Das Kreditgeschäft bleibt dabei für die Landesbank das Kerngeschäft. Genau dieses Geschäft ist eben von Natur aus risikobehaftet. Auch künftig wird es selbstverständlich Ausfälle geben. Das ist das Geschäft dieser Banken.

Als bayerischer Finanzminister bin ich kraft Gesetzes Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bayerischen Landesbank; gegenwärtig bin ich stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates. Nach der Satzung der Bank bin ich zudem Mitglied des Kreditausschusses, in dem übrigens auch eine Reihe von Sozialdemokraten mit Verantwortung trägt.

(Lachen bei der SPD)

Deshalb erstaunt mich besonders ein Brief des Herrn Ude, der heute beim Ministerpräsidenten eingegangen ist, in dem Herr Ude davon spricht, dass es ein Finanzabenteuer der Bayerischen Landesbank im Zusammenhang mit dem Bezahlfernsehen und der Formel 1 gibt, und dann sagt, dass die Mitglieder der Staatsregierung im Kreditausschuss der Landesbank politisch dafür geradestehen haben. Dazu kann ich nur sagen: Dafür stehen zum Beispiel auch der Wirtschaftsreferent der Landeshauptstadt München, Herr Wiczorek, oder der Sparkassenchef der Stadtparkasse München gerade. Ich kann diese beiden Sozialdemokraten und weitere Sozialdemokraten in diesem Kreditausschuss durchaus beruhigen. Ich glaube, dass die Entscheidungen seinerzeit vertretbar und richtig waren. Ich stehe nach wie vor zu diesen Krediten. Ich habe eine besondere Verantwortung in dieser Landesbank, und dazu stehe ich auch heute noch.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Böhmer: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Technologie das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Wiesheu.

Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Kollege Fallthäuser hat die Kreditengagements der Landesbank und deren Umstände, die Frage der Sicherheiten und der Bewertungen dargelegt. Ich möchte, daran anschließend, darlegen, wie es weitergehen kann, soll oder wird, wie die Perspektiven sind, welche Überlegungen zur Fortführung es gibt, welche Probleme und Chancen hier bestehen.

Zum Ersten. Es hat sich wohl herumgesprochen, dass der Kirch-Konzern drei große Bereiche umfasst. Der erste ist Kirch-Media mit einer ganzen Reihe von Gesellschaften. Darin sind der Rechtehandel enthalten, die Sportrechte, Free-TV, die Sender Pro-Sieben, Sat-1 und andere, die Produktion und die technischen Dienstleistungen. Die zweite Säule ist Kirch-Pay-TV mit dem Pay-TV-Rechtehandel, den zugehörigen Call-Centers und den verschiedenen Kanälen. Der dritte Bereich ist die Kirch-Beteiligungs GmbH; das setze ich als bekannt voraus. Darüber sitzt die Taurus-Holding.

Gestern hat die Kirch-Media Insolvenzantrag gestellt. Das ist der größere und bedeutendere Teil des Konzerns. Die Gründe dafür, weshalb die Kirch-Media in die Insolvenz geht, wurden schon lang und breit in den Medien dargestellt. Ich möchte sie deshalb nicht im Einzelnen wiederholen. Ich verweise darauf, was zum Beispiel gestern die Banken dazu gesagt haben. Sie haben gesagt, aus einem ehemaligen kleinen Film- und Rechthändler sei eines der bedeutendsten Medienunternehmen Europas geworden mit stürmischem Wachstum und neuen Geschäftsfeldern. Es wurde auf die Entwicklung des internationalen Medienmarktes hingewiesen und auf die großen Volumina, die ge- und verkauft wurden. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass es zu Quersubventionen innerhalb der Kirch-Gruppe gekommen ist, dass es immer neue Engagements gab, Restrukturierungen notwendig waren und strukturelle Probleme verdeckt wurden. Es wurde darauf hingewiesen, dass es weitere Probleme gab und gibt, dass es ausführliche Verhandlungen über ein Rettungskonzept gegeben hat, und zwar auch deswegen, weil die Verflechtung zwischen den Bereichen sehr groß war.

So hat für die Sport- und Filmrechte in der Kirch-Pay-TV GmbH die Kirch-Media GmbH gehaftet. Wenn es beim Pay-TV Defizite gab, mussten sie von Kirch-Media ausgeglichen werden, was zwar in einem überschaubaren Rahmen geht, aber nicht auf Dauer. Deshalb ist es notwendig, diese Verflechtungen aufzulösen, entweder auf dem Verhandlungsweg, was die schönere Lösung gewesen wäre, oder über das Insolvenzverfahren. Für die Rechte insgesamt mussten die Sicherheiten für einen bestimmten Geschäftsbereich in diesem Bereich selbst liegen. Darüber sollte verhandelt werden. Es wäre gut gewesen, dafür die Investoren zu gewinnen. Darüber wurde zwar lange verhandelt, aber das ist nicht gelungen.

Es gab einen zweiten Bereich, der hier von außerordentlicher Bedeutung war, nämlich die Frage der so genannten Put-Optionen, die im Wesentlichen gegen die Holding geltend gemacht wurden und die natürlich derzeit nicht eingelöst werden konnten.

Bei den Put-Optionen war immer vorgesehen, dass sie mit dem Börsengang der Kirch-Gruppe eingelöst werden. Der Börsengang der Kirch-Gruppe war für das Jahr 2002 geplant. Wenn alles normal gelaufen wäre, wäre er auch erfolgt. Dann hat aber im Herbst letzten Jahres bzw. Anfang dieses Jahres eine größere Kampagne eingesetzt. Der Grund hierfür waren das Darlehen der Dresdner Bank, die Veröffentlichung der Put-Option von Murdoch, der Put-Option von Springer, welche regelmäßig genannt wurde, und die Verunsicherung, welche auf diesen Markt getragen worden ist. Dies hatte zur Konsequenz, dass Kirch den Börsengang zunächst verschoben wollte und ihn dann ganz aufgegeben hat. Dies hatte aber auch zur Folge, dass die Put-Optionen nicht mehr zeitgerecht erfüllt werden konnten. Sie sollten mit dem Börsengang erfüllt werden, welcher jetzt natürlich nicht mehr stattfinden kann.

Sie haben wohl Einiges über die Höhe der Put-Optionen gelesen. Mancher wird sich dabei gefragt haben, warum denn die Gesellschafter für zweieinhalb, drei oder vier Prozent so hohe Beträge bieten oder ob die Anteile so viel Wert sind. Zwar betragen die Put-Optionen mehrere Milliarden, trotzdem aber geht der Gesellschafteranteil nicht einmal über 20 % hinaus. Dieser Widerspruch klärt sich aus einer Bewertung allein für Pay-TV, welche nicht von der Landesbank, der Dresdner Bank, der Commerzbank oder sonst einer Bank erstellt wurde, sondern von Lehman-Brothers. Diese Bewertung liegt noch gar nicht so lange zurück. Darin wurde festgestellt, dass Pay-TV alleine 8 Milliarden Euro Wert sei. Lehman-Brothers stellte insgesamt Vermögenswerte in Höhe von 16 Milliarden DM fest. Bei diesem Unternehmen handelt es sich im Übrigen um eine Investmentbank, deren regelmäßige Aufgabe es ist, Firmenwerte für einen Börsengang oder einen Verkauf festzustellen. Das sind doch keine Trottel. Diese Werte sind hier festgestellt worden. Bei Kirch-Media ist noch ein höherer Wert geschätzt worden. Deswegen ist es leichtfertig, heute zu sagen, bei der Wertermittlung hätte man etwas übersehen oder es sei etwas schief gelaufen.

Zur Frage, warum die Verhandlungen gescheitert sind, sagen die Bankenvertreter, dass während der Sanierungsphase ein deutlicher Finanzierungsmehrbedarf entstanden wäre. Weitere Gründe dafür waren die Put-Optionen, die Vertragsverpflichtungen bei den Filmstudios, die Fußballbundesliga und die mangelnde Bereitschaft der Aktionäre, durch Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel eine Sanierung konstruktiv zu begleiten. Ich kann das bestätigen, denn die Verhandlungen auch der letzten Tage haben leider zu keinen Ergebnissen geführt. Bei diesen Verhandlungen haben sich die Positionen eher verhärtet als gelockert. Wahrscheinlich haben die Put-Optionsgeber darauf spekuliert, dass es keine Insolvenz gibt und die Banken zahlen werden. Damit haben sie sich aber verrechnet. Auf diese Art und Weise geht es nicht. Das wussten sie aber, das ist ihnen ausreichend klargemacht worden.

Wie soll es weitergehen? Auch dazu nehmen die Banken und die Personen, die in die Eigenverwaltung entsandt werden, Stellung. Herr Hartmann von der Commerzbank meint, das geregelte Insolvenzverfahren sei gerade nicht das Ende von Kirch-Media. Ganz im Gegenteil, da eine außergerichtliche Sanierung nicht mehr durchführbar war, werde das im Rahmen der Insolvenzordnung mögliche Verfahren der Eigenverwaltung für das beste Instrument gehalten, um das Kerngeschäft der Kirch-Media zu erhalten und auf Dauer profitabel zu betreiben. Das Ziel der Eigenverwaltung sei damit nicht die Verwertung der Firmengruppe sondern die Entwicklung eines tragfähigen Fortführungskonzeptes. Die börsennotierte Sender-Familie Pro Sieben-SAT.1 ist von der Insolvenz der Kirch-Media nicht unmittelbar betroffen. Hartmann meint, er sei zuversichtlich, dass es gelingen werde, den wesentlichen Teil der Arbeitsplätze bei Kirch-Media im Rahmen der Eigenverwaltung zu erhalten. Dieses Ziel wird allgemein verfolgt. Deshalb ist es reine Panikmache, wenn gesagt wird, alle Arbeitsplätze bei Kirch-Media seien gefährdet. Dafür gibt es keinen Grund. Kirch-Media ist in sich weitgehend stabil. Es gibt einige Verlustbringer, und das muss korrigiert werden. Im Übrigen aber kann Kirch-Media profitabel gestaltet werden.

Die Banken haben sich auch zum Thema Sport geäußert. Sie haben klargelegt, dass die Erste und die Zweite Fußball-Bundesliga ein Schwerpunkt der Sendeaktivitäten bleiben sollen. Man will diese Sendungen bei SAT.1 behalten. Ich kann das nur begrüßen. Über die Senderechte für Pay-TV muss verhandelt werden. Die nächste Rate im Mai soll sichergestellt werden. Es besteht dann also genügend Zeit, zu verhandeln.

Es ist nicht erforderlich, dass der Staat in dieses Geschäft einsteigt. Die Vorschläge der Bundesregierung hierzu hat niemand in der Bevölkerung verstanden. Sie waren nicht notwendig, sondern völlig überflüssig. Ich glaube, dass eine angemessene Korrektur der Preise für die Übertragungsrechte durchaus zu vertreten und zu verantworten ist.

Jetzt zur Fortführung, meine Damen und Herren. Hier bekennen sich die Banken dazu, dass sie auch weiterhin die Verantwortung für eine erfolgreiche Umsetzung des Rettungsplanes übernehmen wollen. Das ist nicht immer der Fall gewesen, das weiß ich aus meinen Erfahrungen bei vielen Insolvenzverfahren.

Wir sind davon überzeugt, dass eine restrukturierte neue Kirch-Media gute Aussichten hat, auf dem Markt zu bestehen. Wir erwarten das nicht nur, sondern wir meinen, dass diese Geschäfte laufen werden. Wir werden deshalb mit dem Insolvenzverwalter und mit der neuen Geschäftsleitung eng zusammenarbeiten. Dies umfasst auch unsere Bereitschaft, notwendige Massekredite auf der Basis üblicher Sicherheiten zu gewähren. Wir wollen dazu beitragen, dass durch eine schnelle Liquiditätszufuhr Schäden für das Unternehmen vermieden werden. Dabei werden wir im Gläubigerbeirat eine konstruktive Rolle spielen. Wir sind auch bereit

– das ist eine absolute Ausnahme –,

als Eigenkapitalgeber aufzutreten und damit Vertrauen in eine erfolversprechende Sanierung zu schaffen.

Ich kann die Haltung der Banken nur begrüßen, weil sie damit zum Ausdruck bringen, dass sie diesem Unternehmen eine absolut verlässliche Zukunft geben. Diese Botschaft sollten wir verkünden, nicht aber die Verunsicherung und die allgemeine Irritation.

(Beifall bei der CSU).

Weiter meinen die Banken, dass es Voraussetzung einer Rettung sei, dass auch andere Beteiligte das Fortführungskonzept mit eigenen substanziellen Beiträgen ermöglichen. Sie appellieren an die Investoren und die bisherigen Aktionäre, an die US-Filmproduktionsgesellschaften, an den Sport und an alle Interessengruppen, sich in den kommenden Tagen und Wochen konstruktiv an den Gesprächen zu beteiligen. Die Banken weisen auch darauf hin, dass es sich bei Deutschland um den zweitgrößten Medienmarkt der Welt handelt. Das heißt natürlich auch, dass die Investoren an diesem Markt ein Interesse haben und dass die Majors in Los Angeles auf diesem Markt den Wettbewerb erhalten wollen. Sie haben kein Interesse daran, dass es zu weiteren größeren Zusammenschlüssen kommt. Das bedeutet auch, dass die Voraussetzungen für die Fortführung des Unternehmens positiv und gut sind.

Ich habe bisher nur die Banken zitiert. Schon ihre Haltung zeigt, dass bei Kirch-Media kein Grund für eine große Verunsicherung besteht. Kirch-Media ist ein im Kern gesundes – ich sage nicht kerngesundes – und potenziell ertragreiches Unternehmen, welches auch ordentliche Erträge abwirft.

Die Voraussetzungen für die Fortführung haben wir letzten Freitag noch abgewogen in einem Gespräch zwischen den Bankenvertretern, den Herren Kirch, Hahn, Betteray, den Kollegen Huber, Falthäuser und mir. Wir haben die Gespräche in den letzten Wochen im Übrigen stets gemeinsam und in engster Abstimmung geführt. Für Spekulationen über irgendwelche unterschiedlichen Ansichten gibt es überhaupt keinen Boden, gar keinen! Wir haben bei diesem Gespräch abgewogen, ob wir die Probleme eher über die Fortführung oder über das Insolvenzverfahren lösen können. Dass die Vertreter der Kirch-Gruppe gesagt haben, sie könnten sich die Lösung der Probleme durch eine Fortführung des Unternehmens gut vorstellen, ist natürlich verständlich. Sie haben aber auch die Vorzüge eines geordneten Insolvenzverfahrens gesehen, welches zu einer zügigen Stabilisierung der einzelnen Bereiche führt. Das sage ich hier ausdrücklich mit Respekt, denn am Schluss waren wir der Meinung, dass der Weg der Fortführung und Sanierung des Unternehmens, der Neuverhandlung über bestimmte Rechte und der Korrektur bestimmter Bereiche über die Insolvenz der bessere sei, wenn nicht noch über das Wochenende neue Fakten entstehen; und hierzu hat es ja noch Überlegungen und Bemühungen auf Seiten der Investoren gegeben, welche sich am Samstag und Sonntag allerdings nicht ausreichend um eine Sanierung bemüht haben. Das war unsere weitgehende Übereinstimmung.

Es bestand überhaupt keine Frage, dass Kirch und Hahn lieber das Unternehmen fortgeführt hätten. Sie haben aber auch die Probleme gesehen. Die Put-Optionen hätten bei einer Fortführung durchgeschlagen. Die Haftung für die Filmrechte und die Übertragungsrechte bei Sportveranstaltungen können jetzt in der Insolvenz erheblich leichter aufgelöst werden und auf Pay-TV, soweit sie Pay-TV betreffen, übertragen werden. Die Kosten für Programme und Lizenzen können jetzt zurückgeführt werden. Die Trennung der einzelnen Bereiche wird jetzt ermöglicht, und auf diese Weise ist eine Restrukturierung des gesamten Konzerns leichter möglich.

Was beinhaltet das? – Das alles hätte es bei der Fortführung genauso gebraucht wie bei der Insolvenz. Ich füge hinzu: Der Arbeitsplatzabbau, der angekündigt ist, wäre auch bei der Fortführung fällig gewesen. Das, was Herr Kofler für Pay-TV angeführt hat, ist auch bei der Fortführung des Betriebes notwendig. Es geht um die Kostensenkung bei der Kirch-Media und ihren Tochtergesellschaften. Es geht um die Reduzierung der Programminvestitionen durch Nachverhandlungen von Lizenzverträgen. Es geht um die Abkoppelung des Programmeinkaufs für Kirch-Pay-TV, und es geht in einigen Bereichen um Desinvestitionen.

Noch einmal: Ziel ist es, die Gruppe als Ganzes zu erhalten und – das sagt auch van Betteray – den weitaus größten Teil der Arbeitsplätze zu retten. Deshalb will man eine Insolvenz in Eigenverwaltung. Dem wurde vonseiten des Gerichtes entsprochen. An dieser Zielsetzung sollte man nicht im Nachhinein zweifeln.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf einen Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ von vor ein paar Tagen, in dem Herr Nikolaus Piper unter der Überschrift „Das Gespenst der Pleite“ über die Insolvenzen schreibt: „Es ist Zeit, mit dem Instrument der Insolvenz rational umzugehen.“ – Das sage ich auch, denn das Insolvenzrecht hat mit der Thematisierung der Eigenverwaltung die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass man Betriebe als Ganzes und auch die Arbeitsplätze erhalten kann. Darüber ist jahrelang diskutiert worden, bis das Gesetz 1999 verabschiedet worden ist. Dem Inhalt des Artikels schließe ich mich an. Deswegen sage ich, bei Kirch-Media wird es eine Lösung geben, wird es eine positive Fortführungslösung geben, und wird es eine marktwirtschaftliche Lösung geben. Wir brauchen dazu keinen Staatszuschuss und keine staatliche Bürgschaft. Das ist ein Thema des Marktes, das im Markt zu lösen ist und nicht durch „G,schaftlhuberei“, von wem auch immer, sondern durch marktwirtschaftliche Methoden.

(Beifall bei der CSU)

Ich lese heute, dass der Herr Bundeskanzler, der sich gestern recht seltsam geäußert hat – ich komme noch auf ein paar Punkte – zum Thema Kirch sagt, er bietet die Hilfe der Bundesregierung zur Rettung der Arbeitsplätze an. Dazu sagt er: Was bei Holzmann richtig war, ist auch bei Kirch richtig.

(Lachen bei der CSU)

Ich kann nur sagen, dazugelernt hat er nichts, denn sonst müsste er sagen: Was bei Holzmann schon falsch war, ist auch bei Kirch falsch.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Der Einsatz von Schröder bei Holzmann hat im Ergebnis zu nichts anderem geführt, als dass ein langes Leiden eingesetzt hat und am Schluss Holzmann zerlegt wird.

(Dr. Kaiser (SPD): Woher wissen Sie das?)

– Das ist zur Zeit der Fall. Es steigt doch keiner ein. Es gibt nicht einmal erfolgreiche Verhandlungen über einen Massekredit. Bei den Betriebsangehörigen von Kirch gibt es bereits ein neues Morgengebet. Es lautet: Der liebe Gott bewahre uns vor dem Sanierer Schröder.

(Beifall bei der CSU)

Da bliebe nämlich am Schluss nichts mehr übrig. Genau das wollen wir nicht. Deswegen gehen wir mit den Banken, der Insolvenzverwaltung und den Eigenverwaltern einen anderen Weg. Dort, wo unsere Beratung oder Mithilfe politisch erforderlich und erwünscht ist, leisten wir sie natürlich und achten darauf, dass es vernünftig weitergeht. Soviel zu Kirch-Media. Ich sage noch einmal, die Aufregung über diesen Bereich wird sich sehr schnell legen.

Ich komme nun zu Kirch-Pay-TV. Den Marktwert, wie ihn Lehman festgestellt hat, habe ich bereits genannt. Dass Kirch-Pay-TV eine Menge an Defiziten verursacht hat, ist auch bekannt. Das hat mehrere Ursachen. Beim Einkauf der Filmrechte – das werden manche nicht mehr wissen – stand Kirch seinerzeit im Wettbewerb mit Bertelsmann. Bertelsmann hat damals Premiere in Hamburg aufgebaut und hatte die Mehrheit daran. Kirch hielt einen Minderheitsanteil; ich weiß nicht, ob es mehr oder weniger als 25 % waren. Kirch wollte eine eigene Pay-TV-Station aufbauen. Beide haben in Los Angeles eingekauft – beide zu teuer, auf jeden Fall überteuert. Beim Fußball hat sich das erst später entwickelt meines Wissens durch das Angebot vor eineinhalb oder zwei Jahren von Kino-Welt. Vorher kosteten die Rechte rund 200 Millionen Euro pro Saison. Die Konkurrenz bot 350 Millionen Euro und wurde dann von Kirch überrundet. Deswegen ist der Preis über das hinaus gestiegen, was der Markt hergibt. Es war also nicht die frühere Wettbewerbssituation zur Zeit der Gründung.

Damals hat man gesagt, zwei Sender im Pay-TV werden kaum rentabel sein. Was dann gelaufen ist, sage ich Ihnen jetzt. Bertelsmann wollte, Kirch wollte Pay-TV betreiben. Bei den Übertragungsrechten hatte die Telekom Probleme damit, mit wem sie was aushandelt. Mit Kirch allein wollte Herr Sommer nicht, weil er die Kampagnen der linken Medien gefürchtet hat. Mit Bertelsmann allein wollte er auch nicht, weil er gefragt hat: Warum eigentlich? Es hat dann eine Empfehlung gegeben. Damals war Herr Clement noch Wirtschaftsminister. Man hat darüber gesprochen, ob man die beiden bei Pay-TV nicht zusammenführen kann. Die beiden sind auch zusammengegangen. Bertelsmann und Kirch haben sich beim Pay-TV zusammengeschlossen. Die Schluss-

verhandlungen über die Durchleitungsrechte haben in der Zentrale der Telekom in Bonn stattgefunden. Auf der einen Seite saßen die Vertreter von Kirch und Bertelsmann, auf der anderen Seite die Vertreter der Telekom. An der vorderen Seite des Tisches saßen Herr Clement und ich. Wir haben das Gespräch moderiert. Das war die Ausgangslage. Damals hat niemand von den linken Medien etwas gegen das Pay-TV gehabt.

Anschließend musste das Geschäft kartellrechtlich genehmigt werden. Das war nicht in Berlin, sondern in Brüssel zu bewerkstelligen. Herr van Miert hatte Bedenken und wollte Auflagen machen. Über die Auflagen wurde verhandelt. Man hat sie weitgehend akzeptiert. Am Tag vor der Entscheidung ist van Miert mit einer letzten Auflage dahergekommen, die Kirch akzeptiert hat, Wössner aber nicht. Daraufhin hat die Kommission abgelehnt. Damit stand die Frage im Raum: Wer macht es weiter? Kirch hat den Anteil von Bertelsmann gekauft. Damit kam Premiere nach München, aber Kirch trug das ganze Risiko allein.

Im Übrigen war das die Zeit, in der Herr Clement gesagt hat, wenn Kirch nach Nordrhein-Westfalen käme, würde er ihm einen roten Teppich ausrollen. Herr Clement hat Herrn Kirch, ohne jemals eine Unterlage anzusehen, mehrere Milliarden Kredit angeboten, wenn Kirch nach Nordrhein-Westfalen kommt. Den Umzug hätte er ihm auch noch bezahlt.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Das war damals der Standortwettbewerb. Darum wundere ich mich darüber, dass gerade diese Leute aus NRW heute so altklug daherreden und sagen, wir in Bayern hätten einen Fehler gemacht. Das ist doch scheinheilig.

(Beifall bei der CSU)

In der Folge wird alles sehr seltsam. Heute geht es darum, wer kommt als Investor. Herr Clement, der die Übernahme durch ausländische Investoren verhindern will, führt Artikel 5 des Grundgesetzes an, aus dem seiner Meinung nach hervorgeht, dass internationale Medienunternehmer in Deutschland keine Sendestationen übernehmen können. Er müsse seine Staatskanzlei beauftragen, den Fall verfassungsrechtlich zu bewerten, sagt er. Dazu kann ich nur sagen, man lese einen Artikel von Herrn Büschemann in der SZ vom letzten Samstag mit der Überschrift: „Kirch, Heuchler und Bösewichter.“ Er schreibt:

Fragwürdig äußert sich auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Wolfgang Clement: „Es geht nicht an, dass Ausländer beliebige Anteile deutscher TV-Sender kaufen.“ Und der Kanzler trifft sich im Wirtshaus mit Bankern und Medienbossen, um eine nationale Lösung für das Kirch-Problem zu finden. Ein blamables Szenario. Europas wichtigste Wirtschaftsnation sollte nicht versuchen, den rheinischen Kapitalismus zu renovieren.

Dann lässt er sich über Murdoch und Berlusconi und die gegen beide bestehenden Bedenken aus – davon teile ich durchaus einige, es ist nicht alles ganz einfach.

Dann geht es weiter, und ich glaube, das ist zutreffend formuliert:

Deutschland ist aber heute ein Rechtsstaat. Ein Gesetz, das Murdoch & Co. verhindern kann, gibt es nicht. Auch für unerfreuliche Partner gilt das Grundgesetz, das die Freiheit der Presse garantiert, aber auch deren Grenzen nennt. Es wäre ein Mangel an politischem Selbstbewusstsein, wenn Berlusconi und Murdoch mit Zugbrückenmentalität der Zugang zum deutschen Markt verwehrt werden würde.

Dann heißt es: „In dieser Debatte melden sich viele Heuchler zu Wort.“

(Zuruf von der SPD)

Zu den Heuchlern zählt er diejenigen – und die zähle ich auch dazu –, die plötzlich sagen: Lassen wir doch alles so, wie es ist. Jetzt kommen plötzlich ARD und ZDF und andere daher und sagen: Kirch ist eigentlich ganz gut, der Kirch soll bleiben, den Kirch muss man halten. Jahrelang haben sie ihn verteufelt, verdammt und verflucht.

(Beifall bei der CSU)

Jahrelang hat man versucht, Kirch zu verdrängen und ihm möglichst große Schwierigkeiten zu machen. Jahrelang hat man ihn als Negativfigur hingestellt. Jetzt sagen ARD und ZDF: Wir warnen vor Murdoch, es sollte alles bei Kirch bleiben.

Jetzt plötzlich steht man auf und sagt, es darf alles nicht anders werden.

(Zuruf der Frau Abgeordnete Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist Scheinheiligkeit in höchster Güte.

(Beifall bei der CSU)

Herr Murdoch ist längst da, angeworben von Herrn Clement.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stoiber war doch dort!)

Murdoch hat angeworben von Clement einen großen Anteil am Fernsehsender VOX erworben, als dieser vor der Pleite stand. Das Nachrichtenmagazin „Focus“ hat über den Besuch von Clement 1998 geschrieben:

Rupert Murdoch schickte eine schwarze Limousine mit Fahrer zum Beverly Willshire Hotel in Los Angeles. Dort stieg Wolfgang Clement, Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, in die abgedunkelte Karosse und ließ sich zur privaten Residenz – –

(Heiterkeit bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Hören Sie es sich an:

und ließ sich zur privaten Residenz des Medientycoons in Hollywood chauffieren.

Das ist ein Ausweis für die Bedeutung von Herrn Clement.

(Starzmann (SPD): Hat der viel Zeit!)

Zwei Stunden lang berieten der Politiker und der Unternehmer unter vier Augen über Murdochs Interesse am deutschen Markt. Das ist riesengroß, sagt Clement. Murdoch würde gerne neben Bertelsmann und Kirch als dritter Medienkonzern in das digitale Fernsehen einsteigen.

Dann geht es weiter:

Seit 1994 besitzt der Australo-Amerikaner, Herrscher über ein weltweites Imperium von Tageszeitungen, Fernsehsendern und Filmstudios, eine 49,9prozentige Beteiligung am Kölner Fernsehsender VOX.

Clement sagt: Murdoch ist ein hochinteressanter Typ, den man auf Dauer nicht aus Deutschland heraushalten darf.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): Jetzt wird es peinlich!)

Jetzt kommt er daher und meint, er müsse Artikel 5 des Grundgesetzes zitieren, um Ausländer zu verhindern. Da muss ich fragen: Was ist das für eine verlogene Bande?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Damit man auch eine Freude an dem Thema hat, muss ich noch einen weiteren Absatz vorlesen. Da heißt es:

Auch RTL-Chef Helmut Thoma, wie WDR-Intendant Fritz Pleitgen

– Da waren also alle Kameraden zusammen –

und VIVA-Chef Dieter Gorny Mitglied in Clements Reisegruppe, kehrten nicht mit leeren Händen zurück. Zusammen mit dem Wasch- und Haushaltsmittelkonzern Procter & Gamble, die unter anderem Ariel und Lenor herstellen, wird RTL in den neuen Kölner Studios täglich eine einstündige Seifenoper produzieren.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das ist medienpolitisch eine absolute Innovation, dass man mit einem Waschmittelkonzern gemeinsam eine Seifenoper macht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich stelle fest, dass Herr Clement Herrn Murdoch in einer einzigartigen Weise nachgelaufen ist; heute möchte er davon anscheinend nichts mehr wissen. Das ist seltsam.

Ich würde ihn zudem fragen wollen, was passiert wäre, wenn sich die US-Regierung beim Einstieg von Bertelsmann – die haben riesige Verlage aufgekauft – so aufgeführt hätte, wie hier Schröder und Clement.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

Vor ein paar Tagen verkündete Herr Middelhoff, dass er für seine Senderkette RTL große Chancen in Frankreich, England, Spanien und Italien sieht. Da muss ich fragen: Warum nicht? – Dann darf man aber nicht sagen, es darf kein Ausländer in Deutschland senden. Die übrigen Länder in der EU müssen denken: Die Deutschen haben eine seltsame Einstellung, um nicht zu sagen, eine Macke.

(Ach (CSU): Vornehm ausgedrückt!)

Das ist eine ganz seltsame Vorgehensweise. Ich sage noch einmal: Für jeden gilt das deutsche Medienrecht.

Herr Schröder war etwas vorsichtiger. Erst hat er gesagt, er will eine nationale Lösung. Dann hat er sich vorsichtiger geäußert – ich zitiere –:

Im Kampf um die Kirch-Gruppe lehnt Bundeskanzler Schröder eine internationale Lösung nicht grundsätzlich ab. Man müsse vorsichtig sein, private ausländische Investoren abzuwehren, sagte Schröder vor dem Hintergrund einer möglichen Übernahme –

(Dr. Kaiser (SPD): Wiesheus Lesestunde!)

Da muss Herr Schröder selbst vorsichtig sein. Wo ist denn seine Position zu ausländischen Investoren und bei der Rettung des Kirch-Konzerns?

Man muss die Dinge immer im Zusammenhang betrachten. Es hat Ende Januar ein Treffen in Hannover gegeben – das ist alles schön dokumentiert, das sollte jeder nachlesen – zwischen Bundeskanzler Schröder, Bertelsmann-Chef Middelhoff und Erich Schumann, dem Geschäftsführer der WAZ-Gruppe. Die haben miteinander die Lage erörtert und darüber diskutiert, wie bei einem Zusammenbruch Kirchs Murdoch und deutsche Investoren bedient werden könnten. Das war das Thema.

(Loscher-Frühwald (CSU): Wahnsinn!)

Kirch selbst war bereits bei einem Termin im Dezember beim Regierungschef. Am 4. Februar haben die Zeitungen über Murdoch ausführlich berichtet. Da meldet sich der Deutsche-Bank-Chef Rolf Ernst Breuer aus New York zu Wort, mit seiner Aussage, dass Kirch nicht mehr kreditwürdig wäre. Mit solchen Ausführungen beschleunigt man einen Prozess. Damit trägt man nicht zur Beruhigung bei.

Wie kommt ein Kanzler, der sich gestern hinstellt, als ob er den Kirch-Konzern retten möchte, Ende Januar dazu, den Konzern zu zerteilen und die Anteile auf die Interessenten zu verteilen?

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Wie kommt ein Kanzler dazu, Herrn Murdoch in diesem Stadium bereits zuzusagen, dass er das Pay-TV bekommt? – Das hat sich bei den Verhandlungen letzte Woche in Los Angeles bestätigt. Wie kommt ein Kanzler zu der Scheinheiligkeit, nach außen so zu tun, als wollte er Kirch erhalten, obwohl er seine Versprechungen von Ende Januar nur einhalten kann, wenn der Konzern zerlegt wird? – Das ist wohl seine Absicht im Rahmen eines Insolvenzverfahrens. Das ist die Wirklichkeit. Es ist auch deshalb so gekommen, weil dazu von anderen wesentliche Beiträge mit diesem Ziel geleistet worden sind.

(Lachen bei der SPD)

Wie kommt der Kanzler dazu, den Chef der WAZ zu einer derartigen Besprechung einzuladen? Was hat der mit Kirch zu tun? – Der Chef der WAZ hat sich vor ein paar Tagen geäußert und hat gesagt: Am TV-Bereich sind wir nicht interessiert.

An was denn dann? – An der Filmproduktion kaum, an der Formel 1 auch nicht. Sein Interesse gilt dem Springer-Anteil.

(Ach (CSU): So ist es! – Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

– Das ist zunächst nicht verboten. Dazu kommt: Das ist auch im Interesse des Kanzlers, dass der Springer-Anteil Kirchs an jemand anderen verkauft wird.

Es ist doch noch nicht lange her, dass der Kanzler gesagt hat, er werde eine Kampagne gegen Springer organisieren. Dies wollte er machen, weil ihm die Berichterstattung politisch nicht passt. Ihm wäre offensichtlich die medienpolitische Gleichschaltung lieber. Er verträgt Kritik nicht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Am Anfang seiner Amtszeit hat er versucht, Friede Springer zu umgarnen. Seine Frau musste regelmäßig zum Kaffeetrinken hingehen. Hoffentlich hat ihr Magen es gut vertragen.

(Dr. Kaiser (SPD): Welch ein Niveau!)

– Das war nur eine ironische Bemerkung.

Später hat er eine Kampagne gegen Springer angekündigt.

(Zuruf des Abgeordneten Maget (SPD))

– Jetzt geht es weiter, Herr Maget. Ich halte es für unmöglich, dass der SPD-Vorsitzende Schröder seine parteipolitischen Ziele im Medienbereich mit den Mitteln des Bundeskanzlers umzusetzen versucht.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Maget (SPD): Ausgerechnet Sie müssen das sagen!)

Das stört Sie natürlich. Ich halte es für arrogant, die Zerlegung des Kirch-Konzerns schon Ende Februar als Ziel zu nennen. Eben wurde der Ausdruck „menschlich unan-

ständig“ verwendet. Was Herr Schröder hier macht, ist mehr als unanständig.

(Beifall bei der CSU)

Gestern und heute war von der eventuellen Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zu lesen. Das würde ich begrüßen. Ein solcher Untersuchungsausschuss wäre interessant. Dann könnte man fragen, was sich im Vorfeld zu diesem Treffen alles ereignet hat. Es gibt nämlich dazu eine Vorgeschichte. Seien Sie von der SPD vorsichtig, wovon Sie reden. Es wäre auch interessant, vielleicht zunächst einmal parteiintern, die Kreditvergabe der Landesbank zu durchleuchten. Der zuständige Dezernent war nämlich der Vorstandsvorsitzende der Landesbank, Herr Lehner. Wenn ich mich recht erinnere, gehört er zu Ihrer politischen Fakultät. Im liberalen Bayern ist es möglich, dass ein Landesbankchef der Oppositionspartei angehört.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Mehrlich (SPD))

Fragen Sie ihn einmal, was er zu diesen Kreditvergaben zu sagen hat. Es wäre interessant, seine Antwort zu erfahren. Es wäre vielleicht auch für die CSU-Fraktion interessant. Wir sehen dem mit größter Gelassenheit entgegen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Hecht (SPD))

Wir sehen dem sogar mit einer gewissen Erwartungsfreude entgegen.

(Lachen bei der SPD)

Alle die Leute, die dabei waren, müssen dann mit der Wahrheit herausrücken.

(Maget (SPD): Sie auch!)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, an dem Sie auch Ihre Freude haben werden. Man kann im Zusammenhang mit diesem Thema gleich untersuchen, wie es sich mit Ihrer Behauptung verhält, das sei die größte Pleite der Nachkriegsgeschichte. Die größte Pleite der letzten Zeit ist die Pleite von Holzmann mit 23000 Arbeitsplätzen. Die ist Herrn Schröder zuzuordnen. Das bleibt so.

(Beifall bei der (CSU) – Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich erinnere auch an die Bremer Vulkan. Ich weiß nicht, wer sich diesen Schuh anziehen will, auf jeden Fall die CSU in Bayern nicht. Da waren 22800 Arbeitsplätze gefährdet. Über SKET in den neuen Bundesländern will ich nicht reden, weil dort andere Voraussetzungen herrschen. Einen anderen Betrieb will ich nicht nennen, weil es die Marke noch auf dem Markt gibt und ich diese nicht beeinträchtigen will. Da war noch erheblich mehr im Dampfer.

Das Schrecklichste aber ist der Abschlussbericht zur Neuen Heimat im Bundestag. Wenn man schon über Schädigungen des Steuerzahlers reden will, dann muss

man die Neue Heimat erwähnen. Durch Kirch ist der Steuerzahler bisher jedenfalls nicht geschädigt worden. Im Gegenteil: In den 48 Jahren der Tätigkeit von Kirch haben alle finanzierenden Banken gut verdient, und der Staat auch. Viele Mitarbeiter wurden mit guten Löhnen beschäftigt, wodurch auch der Staat hohe Steuereinnahmen hatte. Das sollte man auch einmal in diese Bilanz einbringen.

(Beifall bei der CSU)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben von der größten Pleite der Nachkriegsgeschichte gesprochen. Wenn Sie schon einen derart langen Zeitraum nehmen, dann muss ich als stärksten Hammer die Neue Heimat erwähnen. Sie war gemeinnützig, hat 4 Milliarden DM an Steuervergünstigungen bekommen, 10 Milliarden DM Finanzhilfen von Bund, Ländern und Gemeinden und hatte bis Mitte 1985 dennoch ein Minus von 17 Milliarden DM erwirtschaftet. Wenn man diese Summe auf die heutige Kaufkraft umrechnet, dann ist der Schaden noch erheblich höher. Das war und bleibt der größte Hammer der Nachkriegsgeschichte.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sollten Sie diese Geige leiser spielen. Schröder sollte sich um andere Themen kümmern, zum Beispiel um die Entwicklung der Insolvenzen seit 1999, seinem ersten Regierungsjahr. 1999 gab es in Deutschland insgesamt 34 000, im Jahr 2000 42 000 und im Jahr 2001 49 300 Insolvenzen. Darin sind auch die Privatinsolvenzen enthalten. Daran sieht man, dass die soziale Symmetrie unter Schröder nachhaltig beeinträchtigt worden ist. 1999 gab es 26 400 Firmeninsolvenzen, im Jahr 2000 28 200 und im Jahr 2001 32 200. Das ist ein gewaltiger Anstieg. Angesichts dieser Zahlen sollte man erwarten, dass sich Schröder nicht um einzelne Firmen kümmert, sondern um eine ordentliche Wirtschaftspolitik, die es unseren Betrieben wieder erlaubt, erfolgreicher zu arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Das wäre seine Aufgabe, und nicht das unqualifizierte Herummosern an Einzelfällen, von denen er zu wenig Ahnung hat.

(Beifall bei der CSU)

Gestatten Sie mir eine vorletzte Bemerkung. Es heißt, unsere Medienpolitik sei gescheitert. Vor 20 Jahren hat diese Politik begonnen. Der damalige Leiter der Staatskanzlei und heutige Ministerpräsident Edmund Stoiber hat diese Themen damals vorangetrieben. Seinerzeit hatten alle Länder in Deutschland die gleichen Chancen.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz (SPD))

Komischerweise gab es unterschiedliche Entwicklungen. Es ging um privaten Hörfunk und privates Fernsehen. Woran hat man bei uns gearbeitet? – An der Verbesserung der Rahmenbedingungen, an einer guten Ausbildung, an einer qualifizierten Forschung und Entwicklung speziell im Bereich der Information und Kom-

munikation, an guten Standortvoraussetzungen, an dem Bavaria-Filmstudio und anderen Dingen, um qualifiziertes Personal zu erhalten. Was haben wir heute? – Heute haben wir über 100 000 Beschäftigte im Bereich Medien in Bayern, wobei den Schwerpunkt die Region München bildet. Damit sind wir der beste Medienstandort in Deutschland, wahrscheinlich sogar in Europa. Das ist der Erfolg dieser Medienpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine Menge neuer Betriebe und Arbeitsplätze. Wir haben eine Menge von neuen Film- und Fernsehproduktionsstätten, von informations- und kommunikationstechnischen Firmen und von Softwarefirmen. Das ist Medienpolitik am Standort Bayern. Dadurch sind wir die Nummer Eins geworden. Wir werden auf internationaler Ebene benedict. Daran kann auch die Kritik von Rot-Grün nichts ändern.

Ich zitiere Herrn Ude, der vor einiger Zeit gesagt hat, dass er nie erwartet hätte, dass sich dieser Bereich so entwickeln könnte. Er war immer skeptisch und dagegen. Sie von der Opposition waren es auch, als es 1992/93 im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern I“ um die Informations- und Kommunikationstechnik gegangen ist. Wir haben damals darüber im Ausschuss diskutiert. Einige von Ihnen haben gefragt, ob ich angeben könne, ob die IuK-Technik ein Job-Knüller oder Job-Killer wird. Die zweite Frage war, ob man nicht erst eine Technikfolgenabschätzung vornehmen müsse, bevor man diese Technologie einführe. Meine Antwort darauf war: Wenn wir noch lange warten, dann wird es ein Job-Killer. Wenn wir die Chance nutzen, dann wird es ein Job-Knüller.

Ich kenne niemanden in der Welt, der, wenn eine neue Technik auftaucht, sagt, man müsse erst einmal darauf warten, dass die Deutschen die Technikfolgenabschätzung beenden, bevor mit dem Wettbewerb angefangen werde. Das gibt es bisher nicht.

(Beifall bei der CSU)

Am Erfolg dieser Medienpolitik können Sie mit Ihrer Kritik nichts ändern. Mit dem, was jetzt bei Kirch-Media usw. eingeleitet ist, werden wir die Situation dort stabilisieren. Damit wird der gesamte Bereich schnell wieder in ein ruhigeres Fahrwasser kommen.

Lassen Sie mich als Letztes noch Herrn Hartmann, den Sprecher der Banken, zitieren. Er hat gesagt:

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend eine persönliche Bemerkung. Ich habe große Achtung vor dem Lebenswerk des Dr. Leo Kirch, der aus kleinsten Anfängen eines der bedeutendsten Medienunternehmen Europas aufgebaut hat. Es ehrt ihn, dass er ausdrücklich alleine die Schuld für sein Scheitern auf sich nimmt. Alle – Banken, Investoren, Lieferanten, die Belegschaft, die öffentliche Presse und nicht zuletzt die Fernsehzuschauer – sollten dazu beitragen, dass das Unternehmen Kirch-Media als Ganzes erhalten bleibt.

Dem schließe ich mich an.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Maget.

(Zurufe von der CSU)

Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen zunächst meinen Dank dafür aussprechen, dass Sie diesem Hause heute nach langer Zeit der Abwesenheit wieder einmal – –

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

– Sie waren in den letzten Monaten – –

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Wenn Sie sich jetzt schon so aufregen, meine Damen und Herren, wie soll das noch werden, wenn ich weiterrede?

(Zurufe von der CSU)

– das Privileg Ihrer Anwesenheit zuteil werden lassen.

(Ach (CSU): Kindisch! – Weitere Zurufe von der CSU)

Nachdem Sie sich noch immer nicht als Redner gemeldet haben, weiß ich nicht, ob Sie uns auch das Privileg Ihres Wortes gönnen werden.

(Ach (CSU): Seine Sache! – Weitere Zurufe von der CSU – Dr. Zimmermann (CSU): Sind wir im Kindergarten?)

Ich jedenfalls möchte mit meinen Ausführungen einen Beitrag dazu leisten, der Sie dazu ermuntern soll, verehrter Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Es kann wohl nicht wahr sein, dass in Bayern wieder einmal andere die Kohlen für Sie aus dem Feuer holen sollen.

(Hölzl (CSU): Sie bestimmt nicht!)

Man wird es Ihnen nicht durchgehen lassen, weiterhin nach dem Motto zu verfahren, ausschließlich für gute Nachrichten und Erfolgsbotschaften zuständig zu sein,

(Zurufe der Abgeordneten Hölzl (CSU) und Gabsteiger (CSU))

für den Misserfolg aber andere als Sündenböcke zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wahr: Eine solche Flut von großen Pleiten und dazu auch noch bei Kirch im eigenen Bundesland mitverantworten zu müssen, ist nicht schön und auch nicht der Beweis großer wirtschaftlicher Kompetenz. Im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Dass Ihnen die Insolvenz von Kirch ausgerechnet jetzt im Wahljahr ungelegen kommt, kann jeder verstehen.

Dass Sie aber zu feige sind, die Regierungserklärung hier selbst abzugeben und schon wie bei der LWS-Pleite, beim Deutschen Orden oder in der BSE-Krise versuchen, sich persönlich aus der Verantwortung zu stehlen, ist unerträglich.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt muss ausgerechnet Wirtschaftsminister Wiesheu seinen Kopf hinhalten, dem Sie 1998 die Verantwortung für die Medienpolitik weggenommen und diese Ihrem Hause zugeteilt haben.

(Beifall bei der SPD)

Doch von den „großen“ Medienpolitikern Huber und Stoiber, die bei jedem Sektempfang der Medienbranche zugegen sind,

(Zuruf des Abgeordneten Brosch (CSU))

ist in den letzten Monaten wenig zu hören gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Huber, nach Ihnen hätte ich schon fast eine Vermisstenanzeige aufgegeben, so war das in den letzten Wochen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wer aber in Krisenzeiten, wenn es schwierig wird, versucht, sich in die Büsche zu schlagen und sich schweigend aus der Verantwortung zu stehlen, hat wirklich nicht das Zeug zum Bundeskanzler.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Herrn Faltlhauser und Herrn Wiesheu richtig gehört und verstanden habe, dann ist in Bayern überhaupt nichts passiert. Überhaupt nichts ist passiert. Alles ist in Ordnung. Kirch hat den Insolvenzantrag aus Jux und Tollerei gestellt. Das ist das Fazit Ihrer Worte.

(Prof. Dr. Eykmann (CSU): Sie haben nicht zugehört! – Zurufe von der SPD)

In Wahrheit ist der gestern gestellte Insolvenzantrag der Kirch-Gruppe ein absoluter Totalschaden für die bayerische Medienpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Mit Verbindlichkeiten von über 6,5 Milliarden Euro ist er nun mal die größte Firmenpleite in der Geschichte der Bundesrepublik. Und nicht nur das: Er hat auch den längsten Vorlauf. Der jetzige Konkurs ist nicht wie der Blitz aus heiterem Himmel gekommen. Längst schon waren die dunklen Wolken am Horizont und die schweren Gewitterfronten auch noch für den Stehplatzbesucher in den hintersten Rängen zu erkennen. Doch im Fall Kirch saßen die Verantwortlichen, also Sie, in der ersten und nicht in der letzten Reihe. Sie verhielten sich angesichts des sich abzeichnenden Desasters wie die berühmten drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

(Gabsteiger (CSU): Sind das SPD-Mitglieder?)

Das Unheil wurde mit staatlicher Hilfe immer nur weiter vergrößert.

(Zeitler (CSU): Wurde Ihnen das in Berlin aufgeschrieben?)

Der Vergleich mit Holzmann wurde heute mehrfach straziert. 1999 ist es durch den Einsatz des Bundeskanzlers leider nur vorübergehend gelungen, eine Insolvenz abzuwenden.

(Lachen bei der CSU – Dr. Bernhard (CSU): Er hätte das rechtzeitig erkennen können!)

Dies ist dadurch geschehen, meine Damen und Herren, dass der Bund – hören Sie gut zu – ein Darlehen und eine Bürgschaft in Höhe von insgesamt 125000 Millionen Euro übernommen hat. Bei Kirch dagegen belaufen sich die Kredithilfen der halbstaatlichen öffentlich-rechtlichen Bayerischen Landesbank – und das ist die Bank der bayerischen Bürgerinnen und Bürger, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht Ihre -

(Beifall bei der SPD)

auf über 2 Milliarden Euro. Das steht in keinem Vergleich zu 125 Millionen Euro bei Holzmann.

Jetzt sollen offenbar noch weitere neue Kredite in Höhe von über 1 Milliarde Euro, mitgetragen erneut von der Bayerischen Landesbank, erfolgen, um überhaupt ein tragfähiges Insolvenzverfahren zu ermöglichen. Das staatliche Engagement bei Kirch und das damit verbundene Risiko der öffentlichen Hand ist um ein Vielfaches höher und schon deshalb mit Holzmann nicht vergleichbar.

Eines jedoch haben beide Konkurse gemeinsam. Über die jetzt eingetretenen Insolvenzen weder bei Holzmann noch bei Kirch sollte sich irgendjemand freuen. Immerhin geht es um Tausende von Arbeitsplätzen, um menschliche Existenzen und um die Zukunftschancen unserer Wirtschaft.

Die Kirch-Pleite ist in der Tat die Folge einer Kette unternehmerischer Fehlentscheidungen, beruhend auf eklatanten Fehleinschätzungen des Marktes und gepaart mit einer zunehmender Hybris, die alle Warnungen – die es zuhauf gegeben hat – bedenkenlos in den Wind schlug.

Hier hat ein ursprünglich mittelständischer Unternehmer, dessen Verdienste in der Vergangenheit ich keineswegs schmälern will, ganz offensichtlich den Bezug zur Realität verloren und versucht, auf der Basis einer völlig unzureichenden Eigenkapitalausstattung das große Rad zu drehen. Ginge es nur um Herrn Kirch, würde man von einem bedauerlichen Unternehmerschicksal sprechen, von einem Unternehmer, der im Übrigen für seinen eigenen Lebensabend und für seine Familie Vorsorge getroffen haben dürfte. Doch hier geht es um Arbeitsplätze und um die berufliche Existenz tausender von Menschen. Übrigens geht es auch um die Existenz von vielen kleinen Produktionsgesellschaften, für die jetzt Lösungen gesucht und gefunden werden müssen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch dieses viel zu große Rad hätte Kirch niemals drehen können, hätten sich nicht insbesondere die CSU-Staatsregierung und die Bayerische Landesbank an dieser Konstruktion beteiligt. Die Großzügigkeit, mit der die Landesbank, getrieben von der Staatsregierung, Herrn Kirch Kredite gegeben hat, steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu den Schwierigkeiten, vor denen heute andere, vor allem kleine und mittlere Unternehmen stehen, wenn sie Kredite brauchen.

(Hoderlein (SPD): Sehr gut! – Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn heute, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ein durchschnittlicher bayerischer Handwerksmeister einen Bankkredit will, dann muss er hohe Zinsen zahlen, die persönliche Haftung erklären, sein Haus und sein gesamtes Eigentum verpfänden. Beim Kleinen werden die Daumenschrauben angezogen, bei Kirch dagegen hat man die pure Großzügigkeit walten lassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch diese Ungleichbehandlung ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist selbstverständlich, dass eine Landesbank bei Kreditvergaben in anderer Weise Standortkriterien berücksichtigt als Privatbanken. Das ist auch nicht zu kritisieren. Dafür ist die Landesbank schließlich da, und dafür werden wir auch in Zukunft eine gute, intakte und finanzstarke Landesbank benötigen.

Der Aufstieg von Leo Kirch wurde stets von CSU-Politikern hilfreich begleitet. Jetzt aber dem Bundeskanzler vorzuwerfen, er würde versuchen, mit Hilfe des Medieninflusses seine Politik zu befördern – und das ausge-rechnet aus Ihrem Mund –, das ist an Unverfrorenheit nicht zu überbieten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Aufstieg von Leo Kirch in Bayern wäre ohne die tatkräftige und politisch motivierte Mithilfe von Edmund Stoiber und seinem Kabinett niemals möglich gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

1997 versuchten Sie, Herr Wirtschaftsminister Wiesheu, den Einstieg Kirchs in das Bezahl-Fernsehen mit Hilfe eines 500-Millionen-DM-Großkredites der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung zu unterstützen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist die Bank, die für den Mittelstand zuständig ist! – Unruhe bei der CSU)

Hören Sie gut zu, Herr Prof. Faltlhauser. Es wurde versucht, mit Hilfe der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, die für die Mittelstandsförderung zuständig ist – –

(Zurufe von Abgeordneten der CSU)

– Ich habe Herrn Faltlhauser angesprochen, weil er Herrn Schily hierfür kritisierte. Sie haben versucht, hier die Landesbank für Aufbaufinanzierung ins Geschäft zu bringen. Man ist Ihnen aber dahintergekommen, und unter dem Druck der Öffentlichkeit konnten Sie dieses Geschäft dann nicht machen, und so haben Sie es zurückgezogen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kurze Zeit später engagierte sich die Bayerische Landesbank im Rahmen eines Milliardenkredits gemeinsam mit mehreren Großbanken beim Bezahl-Fernsehen. Auf unsere kritische Nachfrage im Landtag warnte der damalige Finanzminister – das waren Sie, Herr Huber – davor, Herrn Kirch jetzt im Stich zu lassen. Die Kreditwürdigkeit war im Übrigen bereits damals schlecht bewertet. Das wollten Sie jedoch nicht zur Kenntnis nehmen. Mit der Umressortierung 1998, als die Zuständigkeit der Medienpolitik aus dem Wirtschaftsministerium in die Staatskanzlei verlegt wurde, gaben Huber und Stoiber aber erst richtig Gas. Bereits im April 1999 finanzierte die Landesbank mit sage und schreibe 1,6 Milliarden DM den Herauskauf des Abo-Senders Premiere aus Bertelsmann. Minister Huber sprach damals in diesem Hause von einem „Big Point“ der bayerischen Medienpolitik

(Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und jubelte über die Stärkung des Medienstandortes Bayern durch die Verlagerung von Premiere von Hamburg nach München. In Wahrheit war dies, wie mein Kollege Hoderlein zu Recht bemerkte, der Anfang vom Ende und damit der Sargnagel für Kirch, den Sie tatkräftig für ihn organisiert haben.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der Folge begleitete die CSU-Staatsregierung aufmerksam das Engagement von Leo Kirch. Um den

Einstieg des Herrn Murdoch bei Premiere – und hier wird es wirklich interessant, Herr Wiesheu – zu bewerkstelligen, reiste wer nach Los Angeles? Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber höchstpersönlich. Ob er allerdings in der verdunkelten Limousine vorfuhr, weiß ich nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß aber, dass er dort war, um Herrn Murdoch persönlich zu überreden, bei Leo Kirch einzusteigen. Auch dies hat man wieder über eine Tochter der Bayerischen Landesbank finanziert, und zwar über die Wabag in Österreich.

Den Höhepunkt dieser äußerst fragwürdigen und letztlich verderblichen Aktivitäten der Staatsregierung bildete Kirchs Einstieg in das Formel 1-Geschäft, der schließlich nur noch durch die Landesbank zu finanzieren war, weil private Geschäftsbanken das Risiko bereits damals für viel zu hoch erachteten. Sie, Herr Huber, mussten damals auf unsere kritischen Anfragen hin bekennen, dass Sie versucht haben, die Hypo-Vereinsbank noch ins Boot zu bekommen, was Ihnen aber nicht gelungen ist. So blieb die Bayerische Landesbank zu ihrem Schaden allein im Regen stehen. Das müssen Sie jetzt zugeben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die politische Einflussnahme zeigt sich bereits an einem einzigen Umstand: je bayerischer die Bank, desto höher das Engagement, desto größer das Risiko und desto schlechter die Sicherheiten. Durch diese Politik hat die CSU-Staatsregierung die Bayerische Landesbank leider zum Hauptgläubiger Kirchs aufgebaut und Verbindlichkeiten von über 2 Milliarden Euro aufgetürmt.

Hier stellt sich selbstverständlich die Frage nach den Sicherheiten. Wir haben damals mehrfach danach gefragt, jedoch nie eine ehrliche Antwort erhalten. Eines steht jedenfalls fest: Im Gegensatz zur Deutschen Bank sind die Sicherheiten der Landesbank deutlich schwächer und wesentlich kritischer zu bewerten. Die verpfändeten Filmrechte beispielsweise sind mit Sicherheit nur einen Teil dessen wert, womit sie in den Büchern stehen. Wie hoch die Landesbank im Übrigen selbst das Risiko einschätzte, macht der Umstand deutlich, dass sie im Geschäftsjahr 2001 die Risikovorsorge in Form von Rückstellungen in Höhe von annähernd 1,2 Milliarden Euro aufstockte und damit das Betriebsergebnis von 1,5 Milliarden Euro auf nur noch 287 Millionen Euro heruntersetzen musste. Anhand dessen konnte jeder erahnen, worauf die Transaktion letztlich hinauslaufen würde.

Dieser äußerst fragwürdigen Finanzierungspolitik liegt eine vollkommene Fehleinschätzung des Marktes, der Chancen und der Risiken zugrunde. Die Presseerklärung der Kirch-Media-Banken von gestern spricht Bände, was die Fehlentwicklungen und die Fehler, die gemacht wurden betrifft. Ich zitiere aus dem Presstext:

Mit diesem Wachstum bei Kirch ging eine zunehmende Intransparenz und Verschuldung in dem Firmengeflecht der Kirch-Gruppe einher. Die Banken haben eine Entflechtung dieser Konstruktion frühzeitig angemahnt, im Hinblick auf die Verstärkung des Eigenkapitals durch die Investoren jedoch nicht nachdrücklich genug eingefordert. Zugleich wurde das schnelle Wachstum der Gruppe und damit auch die Erhöhung des Risikopotenzials zusätzlich verstärkt. Lizenzrechte – seien es Spielfilmrechte oder Sportübertragungen – wurden – auch aufgrund der völligen Überhitzung des Neuen Marktes – viel zu teuer eingekauft.

Diese Fehlentwicklung und Fehlspekulation wurde weder von den Banken noch von der Staatsregierung rechtzeitig erkannt und gestoppt. Vielmehr wurden sie von der CSU-Staatsregierung noch verstärkt. Die Regierung hat nicht begleitet und mitgesteuert, sondern nur bezahlt und finanziert, was immer an Land zu ziehen war.

(Beifall bei der SPD)

Im Falle Kirch wurde schon Beihilfe zu unverantwortlicher Zockerei geleistet. Die politische Verantwortung dafür ist keinem anderen so unmittelbar zuzuordnen, wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber.

(Beifall bei der SPD)

Herr Stoiber und Herr Huber, Sie haben die gesamte Medienpolitik in der Staatskanzlei an sich gerissen. Sie wollten sich mit Hilfe von Kirch ein standortpolitisches Denkmal setzen, das die ganze Republik ebenso ehrfürchtig wie neidvoll bestaunen sollte. Jetzt stehen Sie auf den Trümmern dieses Denkmals.

(Zurufe von der CSU)

Dass Sie dafür, dass nicht auch noch der Sockel völlig zerbröselt ist, noch Beifall erwarten, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten.

(Beifall bei der SPD)

Konkurrenz zwischen Bundesländern ist gut und recht. Fatal aber war der blinde Ehrgeiz, mit dem die CSU-Staatsregierung und Sie, Herr Stoiber, versuchten, andere Bundesländer, insbesondere Nordrhein-Westfalen, um jeden Preis zu überflügeln. Dafür wird jetzt die Rechnung präsentiert.

Sie, Herr Falthäuser, werfen dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Clement vor, er habe nichts zustande gebracht. Lieber Herr Falthäuser, was haben denn Sie zustande gebracht? – Eine Megapleite, wie wir sie noch nicht erlebt haben.

(Beifall und Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was hier vorgetragen wurde, ist doch nun wirklich dummdreist.

Im Übrigen hat die einseitige Förderung von Kirch auch zur Medienvielfalt in Deutschland wenig beigetragen – im Gegenteil: zur Konzentration.

Der Zeitpunkt, ab dem es mit Kirch bergab ging, lässt sich exakt bestimmen: Es war, als 1999 das ungleich finanzstärkere Haus Bertelsmann – auch das ist interessant – aus dem Premiengeschäft ausgestiegen ist.

(Hoderlein (SPD): Warum?)

– Das ist eine gute Frage. Dieser Ausstieg wurde damals von CSU-Politikern als großer Sieg Kirchs gefeiert, der sich damit das Monopol auf das Bezahlfernsehen in Deutschland gesichert habe. Tatsächlich hat er sich das Monopol auf die größte Geldvernichtungsmaschine der Republik hierher geholt.

(Beifall bei der SPD)

Zwar ist es noch gelungen, für diese Abenteuerfahrt Herrn Murdoch mit ins Boot zu holen. Aber er hatte im Gegensatz zu Kirch ausreichend Schwimmwesten angelegt und immer ein Rettungsboot in Reichweite gehabt.

Dass die Zahl von vier Millionen Abonnenten bis zum Ende des Jahres 2002 für das Bezahlfernsehen ein Ziel war, das im Lande Utopia angesiedelt ist, kann deshalb niemanden, der sich für medienkompetent hält, überraschen. In Deutschland gibt es 30 Sender, die frei zu empfangen sind. Daher ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, zusätzliches Geld für Pay-TV auszugeben, eben gering. Vor diesen Realitäten hat man im Hause Kirch, aber auch bei Ihnen in der Staatsregierung, die Augen fest verschlossen. Doch nicht nur das. Ungeachtet der für jedermann sichtbar prekären finanziellen Lage – Premiere macht immerhin täglich zwei Millionen € Verlust – hat man im Februar 2001 sicher nicht ohne Wissen und Billigung von Herrn Stoiber daran mitgewirkt, dass die Landesbank noch einmal 500 Millionen Dollar für das Abenteuer Formel 1 auf den Tisch blätterte. Was damals Herr Huber einen „Big Point“ der bayerischen Medienpolitik nannte, war in Wahrheit ein dicker Hund

(Zuruf des Abgeordneten Glück (CSU))

– so ist es doch, Herr Kollege Glück – und der letzte Tropfen, der das Schuldenfass Kirch schließlich zum Überlaufen brachte. Bedenken und Anfragen der Opposition hinsichtlich der finanziellen Entwicklung haben Sie wochen- und monatelang als parteipolitisch gefärbte Panikmache abgetan. Sie haben alle konkreten Auskünfte verweigert. Als einziges Beispiel nenne ich nur meinen Brief vom 7. Februar dieses Jahres an Sie, Herr Innenminister Beckstein mit der Frage, wie es mit den Sicherheiten der Landesbank aussehe. Ich habe Sie gebeten, eine rechtsaufsichtliche Prüfung der Landesbankkredite zu veranlassen. Bis zum heutigen Tage habe ich darauf nicht einmal einen Eingangsvermerk, geschweige denn eine Antwort erhalten. Das ist kein Umgang mit der Öffentlichkeit und keine Transparenz, das widerspricht auch demokratischen Gepflogenheiten.

(Beifall bei der SPD)

Was gestern von den Insolvenzberatern und den Banken vorgelegt wurde, lässt sich mit zwei Worten zusammenfassen: Prinzip Hoffnung; im Kern die Hoffnung darauf, dass sich jemand findet, der für die Kirch-Media einen vierstelligen Millionen-Eurobetrag, also mindestens eine Milliarde € zur Verfügung stellt. Von einer Entwarnung kann überhaupt keine Rede sein. Ein plausibles Sanierungskonzept oder eine tatsächlich existierende Aufgangsgesellschaft ist nicht in Sicht. Deshalb stehen wir jetzt nicht am Ende, sondern erst am Anfang einer schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung.

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Aspekt kurz Stellung nehmen. Bei den Konsequenzen aus der Kirch-Pleite stand in den letzten Tagen vor allem das Thema „Fußball“, konkret die Auswirkungen einer möglichen Zahlungsunfähigkeit der Bundesliga, im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Hierüber ist oftmals wieder besseres Wissen viel Unsinn geredet und geschrieben worden.

(Zuruf von der CSU)

– Von wem? – Zum Beispiel von Ihrem Ministerpräsidenten. Er hat mit seiner wiederholten Behauptung, der Bundeskanzler habe sich für eine Subventionierung der Spitzengehälter von Bundesligaspielern durch Steuergelder ausgesprochen, den Vogel der Unwahrhaftigkeit abgeschossen. Herr Stoiber, das ist eine glatte Lüge.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich ging es allein darum – das wissen Sie in Wahrheit ganz genau –, im Falle einer plötzlichen Zahlungsunfähigkeit von Kirch finanzschwächeren Erst- und Zweitliga-Vereinen eine Überbrückungshilfe zu gewähren; fragen Sie Herrn Kupka, was er davon hält.

(Zuruf von der SPD: Herrn Beckstein auch!)

– Auch Herrn Beckstein mit Blick auf die Möglichkeit, dem Club oder Greuther Fürth eine Überbrückung zu verschaffen. Das Risiko einer solchen Überbrückung wäre gleich Null gewesen, weil die Bundesliga in Zukunft Verwertungsmöglichkeiten hat. Wenn es in der laufenden Saison nicht dazu kommt, wie wir nach der gestrigen Garantieerklärung des Herrn Betteray hoffen, ist es umso besser. Ich will aber auch klar bekennen, dass ich die Überlegungen nach Bürgschaften für die Bundesliga von Anfang an für falsch und unverantwortlich gehalten habe.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesliga ist ein großer, privatwirtschaftlich organisierter Unterhaltungsbetrieb mit hohen Gagen und gewaltigen Umsätzen geworden. Er muss sich selbst helfen und finanzieren und auch einmal kürzer treten, wenn es der Markt erfordert. Dies wird auch in Italien oder England nicht ausbleiben.

Dass aber ausgerechnet Sie, Herr Ministerpräsident, im gleichen Atemzug die Bundesligaprofis dazu auffordern, den Gürtel enger zu schnallen, klingt zwar gut, über-

schreitet aber die Grenze zur Frivolität. Sie, Herr Stoiber, sind ausgerechnet im Verwaltungsbeirat des Bundesligaverbands Mitglied, der die höchsten Gehälter der Liga bezahlt.

(Beifall bei der SPD)

Der Höchstverdiener dieses Vereins erklärt im gleichen Atemzug mit Ihnen, dass er überhaupt nicht daran denkt und einsieht, auch nur auf eine Mark zu verzichten. Ein anderer Spitzenverdiener des gleichen Vereins, hat vor einiger Zeit mit seinem Weggang gedroht, wenn der Ministerpräsident nicht persönlich dafür sorgt, dass er seine brasilianische Putzfrau entgegen geltendem Recht beschäftigen kann. Herr Stoiber, Sie haben bei Ihrem Verein wirklich ein breites Betätigungsfeld für Appelle zum Maßhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich rate Ihnen: Anstatt sich am Gürtel anderer Vereine zu schaffen zu machen, nehmen Sie den, auf den Sie am ehesten Zugriff haben. Halten Sie sich an die alte Volksweisheit: Ein jeder kehrt vor seiner Tür und sauber ist das Stadtrevier.

Richtig wäre es jetzt, ARD und ZDF zur Übernahme der Übertragungsrechte zu bewegen. Es wäre gut, wenn damit gleichzeitig der Bundesligafußball wieder frei zugänglich im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu sehen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre endlich einmal eine vernünftige Lösung. Wenn man in dieser Zeit schon so viel von Chancen spricht, muss man sehen, dass das eine Chance ist, die man ergreifen sollte. Ich rege an, eine Initiative der deutschen Ministerpräsidenten zu starten. Bei dieser Initiative dürfen Sie ruhig an der Spitze stehen.

Die Auswirkungen des Kirch-Debakels auf den bezahlten Fußball stehen in einem krassen Gegensatz zu den sozialen Folgen, die mit dem drohenden Verlust vieler Arbeitsplätze verbunden sind. Mich wundert schon, wie leichtfertig vielfach über die Angst um einen Arbeitsplatz und über die Enttäuschung der Menschen hinweggegangen wird. Die Beschäftigten bei Kirch haben persönlich und beruflich gute Arbeit geleistet. Viele Tausende sind nach München gezogen, um hier zu leben und zu arbeiten, in der Hoffnung und der Erwartung, hier werde eine gute und erfolgreiche Medienpolitik betrieben. Leider wurden genau diese Erwartungen nicht erfüllt. Die Wahrheit ist, dass immer mehr und immer fahrlässiger das Geschäft bei Kirch aufgebläht und in eine Blase investiert wurde, die jetzt geplatzt ist.

Vieles wird jetzt davon abhängen, ob und wann es gelingen wird, einen Investor zu finden. Ohne einen solchen und ein damit verbundenes wirklich überzeugendes Konzept wäre es völlig unverantwortlich, der Kirch-Media frisches Geld in der genannten Größenordnung zur Verfügung zu stellen.

Auch wenn es nicht unsere Wunschvorstellung ist, kommt dabei auch ein ausländischer Investor in Frage, auch wenn viele von uns und auch ich stets eine nationale Lösung befürwortet haben. Eine Untersagung der Übernahme von Anteilen an der Kirch-Gruppe durch Murdoch oder Berlusconi wäre unter wettbewerbsrechtlichen oder kartellrechtlichen Gesichtspunkten derzeit sicherlich nicht begründbar, denn eine marktbeherrschende Stellung – das ist so; es sagt niemand etwas anderes, denn in diesem Fall, so glaube ich, stimmen wir hundertprozentig überein – auf dem deutschen Medienmarkt würde dadurch nicht erreicht. Allerdings halte ich es generell nicht nur für wünschenswert, sondern sogar für dringend geboten, international zu Regelungen auf Gegenseitigkeit zu kommen – darauf verweist Herr Clement –, die zur Folge haben, dass ein Investor aus dem Ausland bei uns keine höheren Beteiligungen als ein deutscher Investor in seinem Land halten kann. Zu solchen Regelungen muss es kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in Deutschland eine funktionierende Gesetzgebung – auch Mediengesetzgebung –, der jedermann in gleicher Weise unterworfen ist. Deshalb halte ich diesbezügliche Befürchtungen, beispielsweise gegenüber einem möglichen Engagement von Herrn Murdoch, in der Tat weitgehend für gegenstandslos. Anders – das will ich offen bekennen – sieht das bei Herrn Berlusconi aus, dem Sie sich persönlich und politisch so verbunden fühlen. Die Art und Weise, wie Herr Berlusconi Politik und Geschäft miteinander verknüpft, ist mit den Maßstäben, die wir in Deutschland an demokratische Kontrolle und Pressevielfalt anlegen, absolut unvereinbar.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt selbst für die Verhältnisse in Bayern. Ich sage Ihnen schon heute, Herr Ministerpräsident: Sollten Sie mit dem Gedanken spielen, den Medienstandort Bayern mit dem Namen Berlusconi zu verbinden, werden Sie auf unseren schärfsten Widerstand stoßen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen für Bayern die hellsten und nicht die finsternen Köpfe, lieber Herr Kollege Dr. Bernhard.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ansonsten gilt, dass es jetzt vor allem um konstruktive Lösungen für die gewaltigen und vielfältigen Probleme geht, die das Kirch-Debakel verursacht haben. Eine gewisse Chance dazu bietet übrigens das neue Insolvenzrecht, das die jetzige Bundesregierung verabschiedet hat und das es früher nicht gegeben hat, weil Sie es in Ihrer 16-jährigen Regierungszeit nicht zustande gebracht haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Uns liegen die Arbeitsplätze in der bayerischen Medienwirtschaft und auch der Medienstandort Bayern nicht weniger am Herzen als Ihnen. In den vor uns liegenden Wochen werden wir vertiefende Diskussionen in den Ausschüssen haben. Ich rege an, die drei Anträge, die heute eingereicht wurden, zur Beratung an die Ausschüsse weiterzuleiten. Ich bitte darum, dann auch die konkreten Sanierungspläne vorzulegen und dafür zu sorgen, dass Herr van Betteray für die Beratung und die Bewertung der Sachlage zur Verfügung stehen kann. Schließlich hängt davon entscheidend die Zukunft des bayerischen Medienstandorts München ab.

Wenn der Medienstandort Bayern trotz allem Hoffnung auf eine gute Zukunft hat, dann liegt das an der hervorragenden Qualifikation und Professionalität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kein Investor – wer immer es auch sein wird – wird auf die Qualifikation und das in vielen Jahren erworbene Know-how verzichten wollen oder verzichten können. Bayern wird deshalb auch weiterhin ein führender Medienstandort in Deutschland und Europa bleiben, allerdings nicht wegen der Politik der CSU-Staatsregierung, sondern trotz ihrer in diesem zentralen Punkt gescheiterten Politik.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Einlassungen und die Anmerkungen des Kollegen Maget haben mich zutiefst enttäuscht,

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

denn sie haben sich genau in die Anmerkungen, die Herr Gabriel, Herr Wowereit oder Herr Schröder aus großer Sachkenntnis über die Lage in Bayern und über den Medienstandort Bayern getroffen haben, eingereiht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ihre Einlassungen, bei denen Sie sich so lange mit den Spielergelähmten aufhalten, Herr Maget, zeigen mir ganz deutlich: Es geht Ihnen nicht um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich zusammen mit den Familien um die Arbeitsplätze Sorgen machen.

Es geht Ihnen nicht um die weitere Entwicklung des Unternehmens. Es geht Ihnen nicht um den Medienstandort Bayern. Ihnen geht es doch ganz allein darum, einen vermeintlichen parteipolitischen Vorteil zu ziehen. Diese Rechnung wird aber nicht aufgehen; das haben Sie heute schon gespürt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte festhalten: Ein Großteil der Arbeitsplätze bei Kirch kann gerettet werden. Der Insolvenzantrag ist nicht das Ende der Kirch-Gruppe, sondern bietet die Grundlage für einen Neubeginn. Der Medienstandort Bayern behält seine einzigartige Qualität. Im Vergleich zu anderen Ländern und zum Bund – das sage ich an die Adresse gerade der Ministerpräsidenten der SPD gerichtet, die jetzt glauben, sich auslassen zu sollen; meine sehr verehrten Damen und Herren, das sage ich gerade in Richtung Berlin, in Richtung Nordrhein-Westfalen, in Richtung Schleswig-Holstein und in Richtung Niedersachsen – ist Bayern hervorragend aufgestellt und positioniert. So haben wir früher als andere auf moderne und neue Technologien gesetzt. Während sich die Opposition im Landtag in den siebziger und achtziger Jahren, zum Teil auch noch in den neunziger Jahren in vielen Bereichen der technologischen Entwicklung verweigert hat, haben wir gegen Ihren Widerstand in ein modernes Bayern investiert.

(Beifall bei der CSU – Frau Dr. Baumann (SPD): So ein Käse! Freilandversuche haben Sie gemacht!)

Wo wäre denn Bayern heute, wenn Sie in der Regierungsverantwortung gewesen wären? Gegen den Widerstand der Opposition im Landtag hat die Staatsregierung in den frühen achtziger Jahren beispielsweise durchgesetzt, dass in Deutschland privater Rundfunk stattfinden kann.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Zu welchem Preis?)

Hätte sich die SPD damals durchgesetzt, wären viele Tausende von Arbeitsplätzen im Sektor neue Medien nicht in Deutschland, sondern im Ausland entstanden.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben zahlreiche Ansiedlungen moderner Unternehmen mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen erreicht und dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen.

(Zuruf von der SPD: Maxhütte!)

Wir haben in Wissenschaft und Forschung und in Existenzgründer investiert und ein Klima des Miteinanders von Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft, Wissenschaft und Politik geschaffen. Der Erfolg gibt uns Recht. Es kommt doch nicht von ungefähr, dass als Ziel im Landtag in Düsseldorf, als Ziel im Landtag in Hannover, als Ziel im Landtag in Schwerin, als Ziel im Landtag in Magdeburg immer wieder auch die bayerischen Verhältnisse vorgegeben werden, die man erreichen will, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das gilt ganz besonders für die Informations- und für die Kommunikationstechnologien und damit für den Bereich der Medien.

Um es noch einmal klarzustellen: 20 Jahre konsequente Politik für den Medien- und für den Informations- und Kommunikationsstandort Bayern haben dazu geführt,

dass Bayern weltweit nach Boston und London an der Spitze steht. Allein im Großraum München sind mehr als 11 000 Medienunternehmen mit rund 127 000 Mitarbeitern ansässig. Das ist zuvörderst auf die Politik der Bayerischen Staatsregierung zurückzuführen – gegen die Widerstände der Stadtpolitik in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ein Viertel aller Mitarbeiter des privaten Hörfunks in Deutschland und knapp die Hälfte der Mitarbeiter des privaten Fernsehens in Deutschland sind in Bayern beschäftigt. Insgesamt konnte die Zahl der Beschäftigten in der privaten Rundfunkwirtschaft in Bayern gegenüber 1995 um 165% gesteigert werden. Bayern ist zudem der Verlagsstandort Nummer 1 in Deutschland. München ist nach New York die bedeutendste Buchverlagsstadt der Welt. Darüber hinaus ist Bayern auch der führende Filmproduktionsstandort Deutschlands. Der Film-Fernseh-Fonds Bayern hat im Jahr 2001 insgesamt 60,7 Millionen DM an Fördermitteln eingesetzt, mit denen ein Effekt von 162 Millionen DM erreicht wurde. Sieben von neun Filmen, die im vergangenen Jahr über eine Million Besucher in die Kinos angezogen haben, wurden vom Film-Fernseh-Fonds Bayern gefördert.

(Maget (SPD): Er nimmt nicht Stellung!)

– Ich nehme dazu Stellung, dass heute, gestern und vorgestern der Bundeskanzler, Herr Wowereit, auch andere Ministerpräsidenten wie Herr Clement und Herr Gabriel, die nichts in ähnlicher Weise aufzuweisen haben, geglaubt haben, Bayern gute Ratschläge geben zu müssen.

(Beifall bei der CSU)

Die Tabellenletztgenannten sollten sich erst einmal selbst um ihre Situation kümmern, bevor sie die Spitzenreiter angreifen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Der auf Initiative der Staatsregierung gegründete Mediacampus Bayern verbessert in beispielhafter Weise das herausragende Potential der Medienaus- und der Medienfortbildung in Bayern. Die von uns mit weiteren Partnern gegründete Agentur für Medien, für Informations- und Kommunikationstechnik, kurz Bayern MIT, hat mittlerweile 19 Unternehmen dieser Branche mit insgesamt etwa 960 Arbeitsplätzen in Bayern ansiedeln können. Das alles sind Fakten, die die SPD in Deutschland und die SPD im Landtag zur Kenntnis nehmen sollten. Ob sie das macht, ist ihre Sache. Die Bevölkerung, meine sehr verehrten Damen und Herren, weiß ganz genau, was sie mit der Politik in Bayern verbindet, nämlich großes Vertrauen in die Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Vor diesem Hintergrund ist es schon mehr als erstaunlich, wer sich in den letzten Tagen so alles um die Leis-

tungsfähigkeit Bayerns sorgt. Das sind ja nicht nur Sie; das sind Ihre Parteifreunde außerhalb Bayerns, die selber zur Medienentwicklung und zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland herzlich wenig beigetragen haben. Meine Damen, meine Herren, warum ist denn in Hannover, warum ist denn an der Leine nicht Ähnliches entstanden wie das, was in München, was in Nürnberg und was in weiten Teilen Bayerns entstanden ist? Wenn jemand Kritik üben will, dann soll er zunächst einmal vor seiner eigenen Tür kehren, insbesondere wenn er davon abhängig ist, dass wir die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich gehen jene, die viel unternehmen, die die Dynamik und die Wirtschaft anstoßen, immer auch Risiken ein. Ohne Mut zu Neuem gibt es aber keine Dynamik und kein Wachstum. In Gebieten, in denen das Wachstum stärker ist, haben wir natürlich auch in der einen oder anderen Ausprägung negative Folgen des Wachstums stärker zu tragen als dort, wo überhaupt nichts passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Diejenigen, die diesen Mut zu Neuem nicht aufbringen und die nichts unternehmen, sind die allerletzten, die das Recht zur Kritik haben, denn sie tragen Verantwortung für Stagnation und Rezession.

Die wirtschaftliche Dynamik Bayerns ist ungebrochen. Jeder vierte Arbeitsplatz, der seit 1998 in Westdeutschland neu geschaffen worden ist, ist in Bayern entstanden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, letztes Jahr wurden sogar 46 % der neuen Arbeitsplätze Westdeutschlands in Bayern geschaffen.

21 % der Unternehmensgründungen entfallen allein auf Bayern. Ich sage das, weil ich mir keine Kritik von Herrn Schröder gefallen lasse, der in seinem Verantwortungsbereich bei weitem nicht das aufzuweisen hat, was wir in Bayern vorweisen können.

(Beifall bei der CSU – Mehrlich (SPD): Jeder vierte Arbeitslose in 2001 geht auf Ihre Kappe!)

Trotz der Veränderungen in der Kirch-Gruppe wird sich diese Entwicklung fortsetzen. Die breitgefächerte Unternehmensstruktur der Medien und der Informationswirtschaft bleibt ein wichtiger Pluspunkt der Wirtschaftskraft Bayerns. Das Insolvenzverfahren bei Kirch-Media ermöglicht einen Neubeginn. Die beteiligten Banken sind von den Marktchancen einer neu strukturierten Kirch-Media überzeugt. Sie sind bereit, an dem Vorhaben, das Unternehmen auf neue Füße zu stellen, mitzuwirken. Sie gehen davon aus, dass es gelingen wird, den wesentlichen Teil der Arbeitsplätze bei Kirch-Media zu erhalten. Die Insolvenz von Kirch-Media ist nicht nur auf Fehler im Management, sondern sicherlich auch auf die Rezession und Stagnation in Deutschland zurückzuführen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen lag im Jahre 2001 mit 32 400 auf Nachkriegsrekordhöhe. Für dieses Jahr wird mit einer weiteren Zunahme auf bis zu 40 000 gerechnet.

Das ist auch die Folge falscher volkswirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der Politik der ruhigen Hand.

(Beifall bei der CSU)

Sie können an diesen Fakten nicht vorbeigehen. Wenn Sie es dennoch tun, werden Sie im April in Sachsen-Anhalt die Quittung bekommen. Eine weitere Quittung werden Sie am 22. September in Deutschland insgesamt bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Wer Deutschland beim Wirtschaftswachstum auf den letzten Platz in Europa zurückgeführt und den höchsten Anstieg der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren in Europa zu verantworten hat, hat das Recht verloren, Bayern in dieser Art und Weise und in dieser Unmäßigkeit zu kritisieren.

(Beifall bei der CSU – Hoderlein (SPD): Sie sprechen von Herrn Dr. Kohl und Herrn Dr. Waigel!)

Unsere Unternehmen bekommen die Rezession zu spüren. Wenn es den Unternehmern schlecht geht, kürzen sie erfahrungsgemäß zunächst die Werbebudgets. Dies trifft die gesamte Medienbranche in besonderer Weise, nicht nur die elektronischen Medien, sondern auch die Printmedien. Meine Damen, meine Herren, ich möchte noch einmal folgendes feststellen: Die Bayerische Landesbank, um die sich jetzt so viele Leute kümmern, indem sie außerhalb Bayerns darüber sprechen, hat zusammen mit weiteren privaten Geschäftsbanken die Entwicklung der Kirch-Gruppe mitfinanziert. Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser hat gerade sehr ausführlich über das Engagement der Bayerischen Landesbank bei der Kirch-Gruppe berichtet. Als Fazit läßt sich festhalten: Die Bayerische Landesbank hat als Universalbank gemeinsam mit anderen Banken der Kirch-Gruppe Kredite gegeben und diese in banküblicher Weise gesichert. Die Kirch-Insolvenz hat nicht die von Ihnen beschworenen und erhofften Auswirkungen auf die Landesbank und auch nicht die von Ihnen unterstellten Rückwirkungen auf den Staatshaushalt.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wenn sich der Bundeskanzler mit seinen Bürgschaftsplänen für die Vereine der Fußball-Bundesliga durchsetzen würde, wäre davon der Steuerzahler betroffen. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Sie haben soeben versucht, im Rückwärtsgang das Eigentor des Bundeskanzlers abzumildern. Das wird Ihnen nicht gelingen. In diesem Hause sitzen viele leidenschaftliche Fußballanhänger, zu denen ich auch gehöre. Jeder weiß aber, dass es nicht Aufgabe des Steuerzahlers ist, Millionen für den Profifußball zur Verfügung zu stellen.

(Maget (SPD): Genauso ist es! Das habe ich gesagt!)

Hätte der Bundeskanzler zwei Tage gewartet und nicht geglaubt, er könnte aus dieser Entscheidung, die er aus dem Bauch heraus getroffen hat, einen politischen Vorteil ziehen, hätte er diesen Fehler wahrscheinlich nicht

gemacht. Dieser populistische Vorschuß war nämlich überhaupt nicht notwendig. Die im Mai fälligen Gelder für die Bundesligaübertragungsrechte werden, wie ich das schon angekündigt habe, überwiesen. Das hat gestern auch Herr van Betteray deutlich gemacht. Damit haben alle Bundesligavereine Planungssicherheit bis zum Ende dieser Saison.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle ein persönliches Wort über den Unternehmer Leo Kirch sagen: Wir sprechen hier über einen Menschen, dem die Opposition über lange Jahre hinweg mit offener Ablehnung und mit Herabwürdigung begegnet ist. Wenn Sie und Ihre Parteifreunde in Berlin ihm heute scheinbar Fürsorge angedeihen lassen, ist das berechnend, politisch scheinheilig und überdies leicht durchschaubar.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch einmal unterstreichen, was Herr Kollege Dr. Wiesheu gesagt hat: Der Vergleich des Medienunternehmers Leo Kirch mit Holzmann ist absolut falsch. Wir sprechen hier über ein werthaltiges Produkt. Für die Sanierung wird es deshalb keine Staatsmittel geben. Wenn der Bundeskanzler glaubt, auch in diesem Fall nach der Methode „Holzmann“ vorgehen zu können, also Gelder aus dem Steuersäckel für die Sanierung zu verwenden, wird er auf den erbitterten Widerstand der Mehrheit in diesem Hause stoßen.

(Beifall bei der CSU)

Für uns gab es nie einen Zweifel: Leo Kirch war ein Pionier des deutschen Privatfernsehens. Ohne ihn gäbe es auf manchen Feldern überhaupt keine Konkurrenz zu den französischen, italienischen oder den gigantischen amerikanischen Produktionen. Das deutsche Fernsehen hat den privaten Sendern viele innovative Unterhaltungs- und Informationssendungen zu verdanken.

(Frau Radermacher (SPD): Und die ganzen Schweinereien!)

Dabei hat sich gezeigt, dass auch das Privatfernsehen Qualität hat.

(Lachen bei der SPD)

– Hier kommt Ihre ganze Ablehnung zum Ausdruck. Sie wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk idealisieren und sind innerlich immer noch nicht bereit, eine Konkurrenz zu akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Selbst der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat durch den frischen Wind der Konkurrenz letztlich profitiert.

Die Staatsregierung hat mit ihrer konsequenten Medienpolitik über die Jahre hinweg in schwierigsten Verhandlungen mit den anderen Ländern erreicht, dass in Deutschland ein stabiles Rundfunksystem entstehen konnte, das sich im internationalen Vergleich durch eine beispielhafte Vielfalt auszeichnet. Das war der Schlüssel

dafür, dass Bayern und vor allem München ein attraktiver Medienstandort geworden ist.

Das geschah zum Beispiel mit Pro-Sieben, Sat-1, Kabel-1, RTL-2, MTV und vielen anderen Produktionsunternehmen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat den Neid der anderen ausgelöst. Das ist durch kluge Politik – dazu stehe ich – ausgelöst worden, und die werde ich auch fortführen, in welchem Amt auch immer.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Man darf heute nicht vergessen: Die Kirch-Gruppe hat von 1996 bis zum letzten Jahr die Zahl ihrer Mitarbeiter von 4700 auf über 9500 verdoppelt. Leo Kirch mag Fehler gemacht haben, aber er gehört dennoch zu den großen Unternehmerpersönlichkeiten der Nachkriegszeit, und an Unternehmerpersönlichkeiten haben wir eher Mangel als ein Zuviel.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen in unserer gesamten Wirtschaft kreative und mutige Persönlichkeiten, wie wir sie gerade in den elektronischen Medien, den Verlagen und im LuK-Bereich in großer Zahl finden. Leo Kirch sagte von sich, er sei nie ein Spieler gewesen, sondern allenfalls ein Unternehmer mit Sportsgeist. Sie kennen seinen berühmten Satz: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

Er übergibt nun das Ruder an andere; für das Scheitern übernimmt er persönlich die unternehmerische Verantwortung. Jetzt geht es darum, den Unternehmen und ihren Beschäftigten eine gute Zukunft zu eröffnen. Hier sind wir auf dem richtigen Weg, und hier können sich alle auf die Mehrheitsfraktion in diesem Hause und die Staatsregierung gegen die Opposition verlassen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kellner, bitte.

(Unruhe bei der CSU – Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zeig's ihnen!)

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Ausflug des Ministerpräsidenten durch Deutschland und die Welt muss ich Sie hier wieder

(Gabsteiger (CSU): In die Niederungen der GRÜNEN zurückholen!)

in den Bayerischen Landtag und zur Kirch-Pleite zurückführen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Ministerpräsident, die Zeiten, in denen bayerische Verhältnisse als Maßstab genommen wurden, dürften mit der Kirch-Pleite endgültig vorbei sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da hilft es auch gar nichts, wenn die Minister Fallthäuser und Wiesheu heute so tun, als ob so etwas wie die Kirch-Pleite Alltagsgeschäft in Bayern wäre. So haben sie es uns beizubringen versucht.

(Zuruf des Abgeordneten Ach (CSU))

Nachdem nun die Kirch-Media den Insolvenzantrag gestellt hat, der längst überfällig war, ist Ihnen gar nichts anderes mehr übrig geblieben, als hier und heute Stellung zu nehmen. Sie konnten sich nicht mehr länger drücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Sie, Herr Ministerpräsident, haben offensichtlich übers Wochenende einsehen müssen, dass Sie sich nicht gemeinsam mit Ihrem Kronprinzen, dem Medienminister Huber, hinter dem Finanz- und Wirtschaftsminister verstecken können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir erwarten von Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich zu Ihrem Teil an Verantwortung an der Kirch-Pleite bekennen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie sollen nicht ausweichen auf Taten in der Vergangenheit, sondern hier und heute ist das Thema angesagt: Engagement der Bayerischen Landesbank bei der Kirch-Gruppe. Sie können nicht sagen, das habe der Finanzminister schon so schön dargestellt. Sie müssen Ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Fluchtversuche werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CSU – Kaul (CSU): Da lachen ja Sie selbst! – Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Stoiber)

genauso wenig, Herr Ministerpräsident, wie Ihre Ressortverteilung, wonach für Erfolge Sie und die Staatskanzlei zuständig sind, für Misserfolge das übrige Kabinett.

(Kaul (CSU): Jetzt wird es lächerlich! – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Stockinger (CSU))

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen, wie das im Ausland gesehen wird. Da habe ich doch in „Le Monde“ die schöne Formulierung gefunden: „Kirch, c'est un sujet tabou pour le candidat de l'opposition droite.“ Herr Ministerpräsident, so werden Sie gesehen: Wenn es gefährlich wird, ducken Sie sich weg. Das ist wohl keine gute außenpolitische Reputation für Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Kaul (CSU): Zum Thema! – Zuruf des Abgeordneten Hölzl (CSU))

Ich kann mich hier wirklich unbelastet von Erörterungen darüber hinstellen, wer wem den roten Teppich ausgerollt hat, wer in welcher Limousine wohin gefahren ist.

(Willi Müller (CSU): Für Arbeitsplätze sind Sie nie eingetreten!)

Wir GRÜNE können uns wirklich den Interessen der bayerischen Bevölkerung widmen und Sie und Ihre verfehlte Politik kontrollieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hofmann (CSU): Fünf Prozent haben Sie!)

– Jetzt beruhigen Sie sich doch! Herr Hofmann, Sie wissen, es kommt nicht auf die Prozent an, sondern auf den Inhalt und die Qualität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Bei der Aufarbeitung des Kirch-Desasters verfolgen wir GRÜNE drei Ziele. Erstens, Rettung möglichst vieler Arbeitsplätze,

(Zurufe von der CSU)

zweitens, Schadensbegrenzung für die Landesbank und damit für den Steuerzahler,

(Ach (CSU): Dann stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu!)

und drittens, Klärung der Verantwortlichkeiten bei der Staatsregierung. Genau in dieser Reihenfolge wollen wir das gesehen haben, weil Herr Glück hier immer versucht, uns Populismus unterzuschieben.

(Ach (CSU): Was halt stimmt!)

– Nein, es stimmt nicht, Herr Kollege Ach. Das habe ich hinlänglich durch viele Anfragen und Anträge bewiesen.

(Ach (CSU): Ich spreche von heute!)

Wir lehnen keineswegs Wirtschaftsförderung im Bereich der Medien- und Standortpolitik grundsätzlich ab, wie Sie uns immer unterstellen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Hölzl (CSU))

Wir wollen aber wissen, nach welchen Kriterien hier gefördert wurde und welche Maßstäbe an den Kreditnehmer angelegt wurden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fragen Sie doch einmal, wie es den kleinen Handwerkern, den kleinen Unternehmern und auch den Häuslebauern geht, wenn sie einen Kredit brauchen. Es ist doch gerade das Problem bei uns, dass die Handwerker

kaum mehr an Kredite kommen, weil von ihnen Sicherheiten verlangt werden, die sie einfach nicht vorweisen können.

(Willi Müller (CSU): Klassenkampf ist das!)

Sie messen mit unterschiedlichen Maßstäben. Hier wurde maßlos gehandelt, weil es um einen befreundeten Unternehmer ging. So was heißt auf bayerisch „Spezialwirtschaft“.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Ach (CSU))

– Herr Kollege Ach, ich bin gewöhnt, das hier mit Beweisen zu unterlegen; das ist ja selbstverständlich. Herr Huber, nachdem die Kredite an die Kirch-Gruppe nicht im Rahmen des öffentlichen Auftrags der BLB vergeben wurden, wie mir der Finanzminister antwortete, wird doch Ihre Aktivität in Sachen Formel-1-Kredit erst recht fragwürdig, da Sie zum Cheftelefonierer des Freistaates Bayern geworden sind, nur um für Kirch einen Kredit aufzutreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Glück – er kommt gerade zum passenden Zeitpunkt –, ich halte es wirklich für bemerkenswert, wie Sie in den letzten Tagen mit dem Finger auf die Opposition gezeit haben, als ob wir an dieser Pleite schuld gewesen wären.

Wer hat denn nicht auf uns gehört, als wir vor Monopolstrukturen und verantwortungslosen Krediten gewarnt haben? Sie von der CSU-Fraktion waren hier doch beratungsresistent.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer hat sich denn einer Diskussion über die Neuausrichtung der Medienpolitik verweigert? Wieder waren es Sie von der CSU-Fraktion. Jetzt sind Sie, Herr Glück, sogar dazu bereit, Pornos am Nachmittag zu schlucken, um Premiere zu retten, nachdem Sie jahrelang Vorkämpfer für die saubere Leinwand waren.

(Glück (CSU): Wo haben Sie denn das her?)

– Was tun Sie jetzt gegen diese Entwicklung? Stellen Sie doch Bedingungen. Ich erwarte von Ihnen schon etwas Engagement, Herr Glück.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Glück (CSU): Wir hatten doch immer Erfolg mit unserer Medienpolitik.)

Herr Glück, Sie hatten doch darauf gehofft, Sie könnten die Probleme bis nach der Bundestagswahl aussitzen. Das war Ihre stille Hoffnung. Nichts haben Ihnen aber Ihre heimlichen Gebete geholfen. Jetzt ist die Stunde der Wahrheit gekommen. Wenn etwas so schief läuft und so gewaltig in den Graben geht wie hier, dann muss schnell die Notbremse gezogen werden. Dazu waren Sie aber noch vor Weihnachten nicht bereit. Wir, die Grüne Fraktion, haben immer darauf hingewiesen, dass etwas

geschehen muss. Wir haben versucht, Sie zum Handeln zu drängen. Der Hebel dabei war natürlich die Landesbank, weil wir gesehen haben, dass auf diesem Gebiet gutes Geld verbraten wird.

Jetzt sehen wir ja die Folgen. Der neue Geschäftsführer van Betteray und auch Herr Hartmann von der Commerzbank haben gestern gesagt, wir hätten zwölf Monate Zeit gebraucht, um tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Sie von der CSU-Fraktion aber haben alles laufen lassen, weil Sie immer noch die unbestimmte Hoffnung auf eine Rettung gehabt haben. Ich weiß nicht, woher die Rettung hätte kommen sollen. – Wahrscheinlich vom Himmel. Sie haben versucht, die Probleme zu verdrängen, und damit haben Sie dazu beigetragen, dass jetzt das Insolvenzverfahren eröffnet werden musste.

Es ist doch klar – das können Sie gar nicht bestreiten –, dass gute tragfähige Lösungen Zeit brauchen, vor allem dann, wenn ein Konzern so verschachtelt ist wie der Kirch-Konzern. Herr Hartmann von der Commerzbank hat gestern zutreffend gesagt, es wäre schön gewesen, wenn der Umsatz so schnell gewachsen wäre wie neue Gesellschaften gegründet wurden. Das trifft den Nagel auf den Kopf. Bei diesem Konzern ist der Überblick verloren gegangen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir denken wahrlich an die Arbeitsplätze. Wir denken auch an die Menschen, die seit Monaten die Unsicherheiten mittragen müssen. Gerade deshalb war es uns ein Anliegen, dass es schnell zu einer Lösung der Probleme kommt und dass keine Hängepartie daraus wird. Für uns Grüne kommen nur saubere, tragfähige und zukunftsweisende Lösungen in Frage. Dazu aber müssen dieser unüberschaubar gewordene Kirch-Konzern entflochten und Transparenz hergestellt werden. Einer Strohfeuerlösung, die Ihnen gerade noch über die Bundestagswahl hinweg hilft, werden wir nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist es wichtig, dass auch die Beschäftigten in die Lösungskonzepte mit einbezogen werden, denn sie verfügen über Know-how und Erfahrung.

(Zwischenruf des Abg. Hölzl (CSU))

– Herr Hölzl, Sie brauchen hier gar nichts zu sagen. Von allen Rednern, auch von Ihrer Staatsregierung, wurde hier das hohe Engagement der Beschäftigten angesprochen. Davon haben sie jetzt erst einmal nichts. Sehen Sie deshalb zu, dass die Beschäftigten an den Lösungskonzepten beteiligt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun noch einmal zu Ihnen, Herr Ministerpräsident. Nachdem die Medienpolitik 1998 Chefsache geworden ist, tragen natürlich Sie im Besonderen, aber auch Ihr Medienminister Huber und genauso Ihr Finanzminister Prof. Dr. Falthäuser als stellvertretender Vorsitzender

des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses der Bayerischen Landesbank eine besondere Verantwortung. Die Bayerische Staatsregierung – das bestreiten Sie ja auch gar nicht – hat ihre Medienpolitik auf der Kirch-Gruppe aufgebaut. Sie hat die größtenwahnsinnigen Expansionspläne von Kirch mit den Krediten der Landesbank unterstützt, ja sogar gefördert.

Herr Huber, ich musste mich schon wundern, als Sie neulich im Fernsehen sagten, Sie hätten mit der Förderung von Kirch nichts zu tun gehabt. Meine Güte! Sie waren doch auch im Verwaltungsrat der Landesbank und haben herumtelefoniert. Aber Sie sagen glatt, Sie hätten damit nichts zu tun gehabt. Haben Sie die Telefonate mit den Banken vielleicht zuhause in Reisbach als Privatmann Huber geführt, weil Sie als Mitglied der Staatsregierung damit nichts zu tun haben wollten? Wie war das denn? Vielleicht geben Sie uns noch eine Erklärung dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war im Februar des letzten Jahres doch nicht das erste Mal, dass Kirch kurz vor der Pleite stand. Sie, Herr Ministerpräsident Stoiber, haben sich 1999 in Los Angeles schon persönlich darum bemüht, dass Murdoch dem klammen Kirch aus der Patsche hilft. Sie waren doch in die USA gereist und haben sich dafür belobigen lassen, dass Sie sich für den Medienstandort Bayern eingesetzt und Murdoch gewissermaßen an die Angel bekommen haben. Ich weiß zwar nicht, ob Sie auch in der dunklen Limousine oder in der Isetta vorgefahren sind. Das dürfte aber nachrangig sein.

Schon vorher, 1997, musste die LfA einspringen. Das war damals ein großer Skandal. Herr Ministerpräsident, Sie mussten sich sogar vom Skiurlaub aus einschalten und Ihren Wirtschaftsminister stoppen, der – aus meiner Sicht vollkommen unverantwortlich – von der LfA einen Kredit in Höhe von 500 Millionen DM an den Kleinunternehmer Kirch geben wollte. Nachdem dieser Kredit geplatzt ist, musste davon ausgegangen werden, dass die Landesbank einspringt. Herr Huber, Sie waren damals Finanzminister. Wir hatten einen Berichtsantrag gestellt, und Sie haben es im Haushaltsausschuss nicht abgestritten, aber auch nicht zugegeben, dass die Landesbank eingesprungen ist. Sie haben sich vielmehr im Vagen verloren und gesagt, es sei selbstverständlich, dass Sie mit der Kirch-Gruppe in Beziehungen stünden und dass sich die Landesbank engagiere.

So ist der Herr Huber. Er kommt jetzt auch gleich an die Reihe, denn es ist schon bemerkenswert – Herr Glück, Sie kennen ihn ja –, dass Herr Huber immer etwas einfällt und dass er immer am Platz ist und das Wort ergreift, wenn es etwas zu reden gibt, dass er sich aber genau dann geruhsam hinsitzt und seinen Kollegen zuhört, wenn es um sein Ressort und um seine geliebte Medienpolitik geht, welche ja gerade zu seiner Freude und Erbauung aus dem Wirtschaftsministerium und dem Wissenschaftsministerium in die Staatskanzlei umresortiert wurde.

(Kaul (CSU): Reizen Sie ihn nicht zu sehr, sonst bleibt von Ihnen nichts mehr übrig!)

Das macht mich äußerst misstrauisch. Ich glaube, Ihnen sind die Telefonate wirklich zuviel geworden.

(Beifall und Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kaul (CSU): Ich hätte gerne etwas zum Thema gehört!)

Herr Minister Wiesheu, ich habe mit Erstaunen festgestellt, dass Sie heute mit einer gewissen Freude die Suppe ausgelöffelt haben, die Ihnen die Staatskanzlei gekocht hat. Man könnte fast meinen, Sie wollten sich dafür empfehlen, dass Ihnen bei der nächsten Kabinettsbildung die Medienpolitik wieder zugeschlagen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Staatsminister Dr. Wiesheu (Wirtschaftsministerium): Irrtum!)

– Herr Minister, jetzt sagen Sie zwar pflichtschuldigst „Irrtum“, aber ein bisschen freuen würden Sie sich schon, oder? Für Minister Huber war die neue Zuständigkeit in der Tat eine große Verpflichtung. Ohne öffentlichen Auftrag – ich habe Ihnen schon gesagt, der Kirch-Kredit für die Formel 1 wurde nicht im Rahmen eines öffentlichen Auftrags vergeben – bemühte er sich persönlich um einen Kredit für Kirch, nutzte die Verbindungen zur HVB – Hypo-Vereinsbank –, die über die Stiftungen bestehen, und rief das HVB-Vorstandsmitglied Rampl an – meiner Kenntnis nach am 9. Februar letzten Jahres – und versuchte, die HVB mit ins Kredit-Boot zu locken. Aber Herr Rampl konnte der Versuchung widerstehen, und so musste die Landesbank in den sauren Apfel beißen, denn Kirch brauchte das Geld dringend. Die Absage der HVB kam meiner Kenntnis nach – Herr Huber, Sie können das mit Ihrem Taschenkalender vergleichen – am 23. Februar. Am 27. Februar brauchte Kirch das Geld. Sie hatten also keine Zeit für weitere Telefonate.

Herr Minister Huber, von Ihnen als ehemaligem Finanzminister und für die Beteiligungsunternehmen zuständigem Minister hätten wir erwartet, dass Sie sich nicht von persönlicher parteipolitischer Motivation leiten lassen, sondern nach Fakten entscheiden. Es ist eine Verantwortungslosigkeit sondergleichen, eine halbstaatliche Bank zu einem derart hohen Kredit – über eine Milliarde Euro – zu nötigen, wohl wissend, dass alle anderen Geschäftsbanken diesen aus gutem Grund abgelehnt haben. Herr Huber, da ist aus Ihrem „Big Point“ eine „Big Pleite“ geworden. Das war eine Fehleinschätzung. Immerhin haben Sie aber jetzt für sich selbst die Möglichkeit der Risikovorsorge genutzt und die Flucht aus dem Verwaltungsrat der Landesbank angetreten. Womit wir bei der Rolle von Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser angelangt sind.

(Kaul (CSU): Märchenstunde!)

Herr Finanzminister, ich weiß, was ich Ihnen schuldig bin. Es kann doch nicht sein, dass hier eine finanzpolitische Rede gehalten wird und Sie kommen nicht vor. Das wäre fast eine Beleidigung.

(Willi Müller (CSU): Wir sind doch nicht am Nockherberg!)

Herr Finanzminister, Sie sind schließlich einer der Hauptakteure, haben Sie sich doch im September letzten Jahres – der Ministerpräsident wird das dankbar vermerkt haben – als Sündenbock angeboten, indem Sie die volle Verantwortung für den Formel-1-Kredit übernommen haben und auch noch im Brustton der Überzeugung darlegten, dass Sie alle Zahlen kennen. Kein Wunder, Herr Finanzminister, dass die neben Ihnen sitzenden Beamten ganz bleich geworden sind.

Es gibt nun für Sie, Herr Prof. Dr. Faltlhauser, zwei Möglichkeiten, die aber die gleiche Konsequenz nach sich ziehen. Entweder Sie haben tatsächlich alle Zahlen gekannt. Dann haben Sie in unverantwortlicher Weise, geradezu hasardeurhaft, mit dem Geld der Landesbank – sprich: des Steuerzahlers – gespielt. Ich sage Ihnen auch, warum. Sie haben vorhin einen Teil unserer Fragen, die wir Ihnen zugesandt haben, beantwortet. Sie haben gesagt, dass die Bonität der SLEC ganz gut ist. Die SLEC ist die Verwertungsgesellschaft für die Formel 1. Das Problem ist, dass die SLEC selbst überschuldet ist. Die Erträge sind sehr gering und reichen nach meinem Kenntnisstand kaum oder vielleicht gerade dafür, dass Kirch die Zinsen von dem Betrag zahlen kann, den er für den Einstieg aufgenommen hat. Mit der SLEC ist es also nicht so weit her. Vor allem sind die Gebote für den Formel-1-Anteil momentan nicht besonders hoch, denn alle wollen jetzt ein Geschäft machen. Ecclestone ist nurmehr bereit, maximal die Hälfte von der Summe zu bezahlen, für die der Anteil einst verkauft wurde. Diese Sicherheit ist also nicht berauschend.

Sie haben als Sicherheiten auch Filmrechte angesprochen. Die Filmrechte wurden in der Tat „Pi mal Daumen“ mit 3 Milliarden Euro bewertet. Heutzutage sind sie aber – optimistisch geschätzt – nur noch eine Milliarde Euro wert. Herr Finanzminister, Sie haben uns gesagt, es wurden auch Gutachten von externen Experten abgegeben. Auch aus den Skandalen der letzten Zeit wissen wir aber alle, dass sich auch Gutachter manchmal irren, weil sie zu hoch bewerten. Ich finde, bei so riskanten Sicherheiten wie Filmrechten, deren Wert in hohem Maße vom Markt abhängig ist, muss man eher tiefer stapeln, als Werte hoch ansetzen.

Herr Staatsminister, jetzt kommt der zweite Punkt. – Herr Viertlböck vom Landkreistag hat jetzt anscheinend Pause. Herr Prof. Dr. Faltlhauser, es gibt noch eine zweite Möglichkeit, warum Sie sich von der Staatskanzlei – sprich: vom Ministerpräsidenten und Minister Huber – zu diesem Wahnsinn haben drängen lassen.

(Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser (Finanzministerium): Quatsch!)

– Sie haben doch selbst gesagt, mir wurde gesagt, da kommt ein Kredit auf dich zu. Wenn Sie sich zu diesem Wahnsinn haben drängen lassen, haben Sie kein Rückgrat gezeigt und zum großen Schaden der Landesbank und der Steuerzahler gehandelt. Sie tragen die Verantwortung für den Formel-1-Kredit, und da hilft Ihnen keine Kabinettsdisziplin heraus. Gerade von Ihnen, Herr Finanzminister, erwarten wir, dass Sie die Landesbank nicht zum Spielball politischer Interessen werden lassen.

Schon im letzten Jahr wussten Sie, dass schwierige Zeiten auf die Landesbanken generell zukommen. Umso mehr wäre Vorsicht bei riskanten Geschäften angesagt gewesen. Wir verübeln Ihnen auch, dass Sie nicht dafür gesorgt haben, dass schneller gehandelt wurde. Für die Landesbank – und das schreiben Sie sich bitte hinter die Ohren – ist es enorm schädlich, wenn sie täglich – und das seit Monaten – in der Presse und den internationalen Medien im Zusammenhang mit Kirch und seiner Pleite auftaucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem hätten Sie früher ein Ende machen müssen. Herr Glück, nicht das, was wir getan haben, war schädlich. Wir wollten die Staatsregierung zum Handeln zwingen, damit möglichst bald eine Konsolidierungsphase eintreten kann. Schädlich war Ihr Versuch des Aussitzens.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu. Auch wenn er seit 1998 nicht mehr für die Medienpolitik zuständig ist, trägt er einen Gutteil der Verantwortung. Erstens war ihm die finanzielle Lage von Kirch, die noch nie gut war, aus dem Jahr 1997 bekannt. Damals gab es nämlich schon ein Gutachten der Credit Suisse First Boston. Dieses Gutachten über die Chancen von DF-1 war vernichtend. Damals hieß es schon, dass Kirch „Knock-out-Preise“ für verschiedene Sportrechte bezahlt hat.

Zweitens ist auch der Wirtschaftsminister Mitglied des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses der Landesbank. Das heißt, er hätte seine wirtschaftspolitischen Kenntnisse dort mit großer Ausdauer einbringen können. Er sagt doch immer – wie auch heute –, dass am Markt vorbei nicht agiert werden kann. Das stimmt. Das hätte er im Verwaltungsrat und im Kreditausschuss gleich sagen können; dann hätten wir heute nicht diese Probleme. Der Wirtschaftsminister ist eigentlich bekannt dafür, dass er kurz angebunden ist, barsch agiert und sich hart an den Fakten orientiert, wenn es um Zuschüsse und Überbrückungshilfen geht.

Davon können viele Mittelständler ein Lied singen.

Ich komme nun auf die Auffanglösung zu sprechen: Die gestrige Pressekonferenz zur Insolvenz von Kirch-Media und den Folgen war in gewissem Sinne enttäuschend. Freilich konnte angesichts des verschachtelten und verflochtenen Konzerns auch kein sofort umsetzbarer Lösungsvorschlag erwartet werden. Es geht nun darum, Möglichkeiten zu finden, wie die wirtschaftlichen Bereiche weitergeführt, sanierungsfähige Bereiche saniert und unrentable Bereiche abgestoßen werden können. Auf alle Fälle muss für die Beschäftigten eine Perspektive geboten werden. Wir halten es für dringend erforderlich, die Beschäftigten in die Diskussion um Lösungskonzepte einzubeziehen und ihr Knowhow und ihre Erfahrung zu nutzen.

Da eine Auffanglösung ohne weiteres Kapital nicht möglich sein wird – die Rede ist von 200 Millionen Euro Überbrückungsfinanzierung und 800 Millionen Euro neuem Eigenkapital –, muss hier im Plenum und begleitend in

den Ausschüssen darüber diskutiert werden, wie sich die Landesbank verhalten wird, Herr Finanzminister. Ich nehme an, die Landesbank wird einen Anteil dieser Überbrückungsfinanzierung tragen. Ich möchte wissen, wie es mit einer Beteiligung und dem Zuschießen von Eigenkapital aussieht. Ich finde, dass das hier im Landtagsplenum und in den Ausschüssen auf den Tisch muss. Wir können hier nicht vorschnell Sanierungskonzepten zustimmen. Es könnte uns sonst leicht passieren, --

(Willi Müller (CSU): Und wenn es den Staat keinen Pfennig kostet?)

– Das kostet den Staat schon etwas, Herr Müller, weil wir die Beteiligung haben. Wenn die Landesbank das Eigenkapital nicht mehr hat, dann muss nach dem Kreditwesengesetz der Staat das Eigenkapital aufstocken. Das war in der Vergangenheit schon öfter ein Problem.

Herr Finanzminister, vielleicht können Sie das Herrn Kollegen Müller sagen, dass die Eigenkapitalausstattung der Landesbank schon immer ein Problem war, auch aus anderen Gründen. Wir GRÜNEN möchten darüber Auskunft haben. Es ist klar: Ohne dass eine Entflechtung vorgenommen und Transparenz hergestellt wurde, kann kein neues Geld in die neue Gesellschaft fließen, weil nicht zu übersehen ist, was damit passiert.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben einen Teil der Fragen, die wir Ihnen zugeleitet haben, beantwortet. Die Beantwortung der übrigen Fragen steht noch aus. Ich bitte Sie, das schriftlich zu machen und gegebenenfalls im Haushaltsausschuss zu berichten.

Ich möchte kurz auf den Fußball eingehen, der hier auch immer wieder eine Rolle spielt.

(Zuruf von der SPD)

– Es ist ja nicht nur, weil Landshut einen Eishockeyverein hat, der mittlerweile aber auch wegen Geldmangel abgestiegen ist. Als ich noch Stadträtin war, habe ich mich immer dagegen gewehrt, dass der Stadtrat immer so viele Darlehen gegeben hat, weil ich wusste, dass aus dem Darlehen ein Zuschuss werden wird, weil sie es nicht zurückzahlen können.

Es ist und kann keine staatliche Aufgabe sein, die Einnahmen der Fußballbundesliga zu garantieren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Glück (CSU): Das sieht Herr Hoderlein anders!)

– Das ist das Problem von Herrn Hoderlein. Ich habe das Interview in der Landshuter Zeitung gelesen.

Ich spreche hier für die Fraktion der GRÜNEN. Wir sind unisono der Meinung, dass die Finanzierung der Proficlubs auf dem Markt geregelt werden muss. Andere europäische Länder haben hier mittlerweile auch Pro-

bleme. Von den Proficlubs wäre auch zu erwarten gewesen, dass sie den Markt beobachten. Dann hätten sie Vorsorge treffen können. Eines ist klar, und das wissen die Verantwortlichen selbst: Die Fernsehrechte sind zu hoch bezahlt.

Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Kirch-Media ist die große Sorge um die Fußballbundesliga angesichts der eigenen Lage sauer aufgestoßen. Bei Insolvenzen und Unternehmenskrisen wird von den Arbeitnehmern häufig erwartet, dass sie auf Weihnachtsgeld und Lohnanteile verzichten. Dasselbe kann man auch von Fußballspielern erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Willi Müller (CSU): Da gebe ich Ihnen Recht!)

– Danke. Deshalb: kein Zuschuss und keine Bürgschaft für die Profiligena.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Prof. Dr. Eykmann (CSU): Das ist zu viel verlangt!)

– Doch, Herr Prof. Dr. Eykmann. Jetzt legen Sie noch einen Gang zu. Jetzt geht es wieder um Geld. In diesem Zusammenhang möchten wir auch geklärt haben, warum Gläubigerbanken, also auch die Landesbank, mit Zustimmung der Staatsregierung eine Herauslösung der WM-Fußballrechte aus der Kirch-Media und einer Verlagerung zur Kirch-Sport in der Schweiz zugestimmt haben.

(Glück (CSU): Das ist doch beantwortet!)

– Nein, Herr Glück, ich habe genau zugehört. Ich möchte wissen, welchen Vorteil das für die Landesbank bringt. Haben sie sich vertraglich abgesichert, dass es hier Einnahmen gibt? – Das ist für mich und für uns GRÜNE das Entscheidende. Die Antwort, Herr Glück, war nicht ausreichend. Ich habe seit Tagen alles verfolgt, was dazu gesagt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Willi Müller (CSU): Aber heute haben Sie nicht zugehört!)

Ehrlicherweise muss ich sagen: Am Wochenende habe ich sogar noch im Insolvenzrecht nachgelesen, was Konkursanfechtungen etc. betrifft.

(Brosch (CSU): Haben Sie das verstanden?)

– Ich kann verstehen, dass die heutige Sitzung für Sie, von der CSU-Fraktion, nicht sehr angenehm ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Trotzdem müssen wir die gesamte Sachlage erörtern.

Nun noch zu den möglichen Investoren: Es ist klar, dass in einem globalisierten Markt ausländische Investoren nicht ausgeschlossen werden können. Deutsche Unternehmen sind auch im Ausland tätig. Das ist die Normali-

tät. Nicht nur Bertelsmann ist in USA, auch Kirch hatte Anteile an Telecinco in Spanien. Ich sage aber laut und deutlich: Es kommt auf die Bedingungen an. Die sind über Medien- und Kartellrecht zu regeln.

Einen Einstieg des Unternehmens des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi können wir nicht befürworten, das ist klar. Es ist aus unserer Sicht nicht möglich, weil der notwendige Abstand zum Staat nicht gegeben ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei Murdoch ist es etwas anderes. Trotz der in Großbritannien gemachten schlechten Erfahrungen muss das wohl anders beurteilt werden. Wie gesagt: Die Kirch-Pleite ist ein Anlass, sich mit dem Medienrecht grundsätzlich noch einmal zu beschäftigen.

Im Zusammenhang mit der Kirch-Pleite gibt es eine ganze Reihe von offenen Fragen, die zu beantworten, und Konsequenzen, die zu ziehen sind. Ich denke an das Landesbankgesetz, Herr Finanzminister. Ob es einen Untersuchungsausschuss gibt, vor dem der Herr Wirtschaftsminister so gern als Zeuge gehört würde, hängt von den Antworten ab, die uns die Staatsregierung auf die von uns gestellten Fragen gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Hölzl (CSU))

– Davon hängt es ab. Herrn Starzmann von der SPD-Fraktion rate ich, mit dem SPD-Ministerpräsidenten Gabriel in Hannover zu telefonieren. Der setzt sich nämlich dieses Mal für den Untersuchungsausschuss im Landtag ein. Da muss er nicht wieder über die GRÜNEN schimpfen, die sich hier trauen, das zu beantragen, was sie für richtig halten. Jetzt kommen noch seine eigenen Parteikollegen aus anderen Bundesländern und stellen Anträge im Bayerischen Landtag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Knauer (CSU): Sagenhaft!)

Neben vielen Details ist heute schon eines klar. Die Staatsregierung, allen voran Sie, Herr Ministerpräsident, aber auch Ihr Medienminister Huber und Finanzminister Faltlhauser tragen einen großen Teil der Verantwortung für das, was geschehen ist.

Wir werden das weiter herausarbeiten. Noch wichtiger als Ihre Rolle bei dieser Pleite ist uns, dass die negativen Folgen für die Beschäftigten gemildert und Maßnahmen ergriffen werden, etwa über das Landesbankengesetz, die solche gravierenden Missstände in Zukunft verhindern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Präsident Böhm: Das Wort hat jetzt Herr Kollege Glück.

Glück (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um vorweg die Dispositionen zu erleichtern, möchte ich an dieser Stelle schon einmal bekannt geben, dass wir für unseren Antrag namentliche Abstimmung beantragen.

Das durchgängige Muster der Reden, die von den beiden Oppositionssprechern vorgetragen worden sind, besteht in Behauptungen ohne Beweise.

(Beifall bei der CSU)

Es waren ständige Wiederholungen dessen, was in den letzten Tagen zu hören war. Dabei war die – Verzeihung – dümmste Variante der verschiedensten Einlassungen der letzten Tage, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber würde sich vor einer Diskussion drücken und nicht zur Sache stehen. Wer unseren Ministerpräsidenten über Jahrzehnte hinweg kennt, der weiß, dass er keiner Auseinandersetzung ausweicht.

Zum zweiten darf ich in Erinnerung rufen, dass diese Sitzung von der Staatsregierung beantragt wurde und sie ausdrücklich für einen Zeitpunkt beantragt wurde, an dem der Ministerpräsident anwesend sein kann, weil er bekanntlich morgen am frühen Nachmittag zu politischen Gesprächen in die Vereinigten Staaten fliegt. Auch deswegen war es wichtig, die Sitzung noch am Freitag zu beantragen. Die Initiative der Staatsregierung zeigt, dass all das Gerede, der Ministerpräsident wolle eine Diskussion vermeiden, schablonenhaftes Geschwätz ist, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CSU)

Leider sind Herr Maget und Frau Kellner überhaupt nicht auf das eingegangen, was die Herren Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser und Dr. Wiesheu gesagt haben. Das kommt davon, wenn man vorgefertigte Reden verliert, die vorher verteilt worden sind. Dann geht man nicht auf die Vorredner ein.

(Beifall bei der CSU)

Damit ist eine sinnvolle Debatte hier nicht möglich. In einer sinnvollen Debatte müsste man sich gegenseitig austauschen,

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich werde Sie bei der nächsten Debatte darauf hinweisen!)

und man muss zumindest zur Kenntnis nehmen wollen, was im Einzelnen gesagt worden ist, es gegebenenfalls widerlegen oder aber es nicht mehr wiederholen, als ob die Reden vorher nicht gehalten worden seien. Sonst brauchen wir uns in dieser Sache überhaupt nicht zu unterhalten.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Maget (SPD): Meinen Sie jetzt den Herrn Ministerpräsidenten?)

Dass eine Regierungserklärung vom Manuskript abgelesen wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Das war schon immer so. Bei den Debattenreden ist es aber anders.

(Maget (SPD): Stoiber hat keine Regierungserklärung abgegeben!)

Lassen Sie mich zunächst auf zwei Themen eingehen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie können dazwischenschreien, soviel Sie wollen. Ich habe einen Lautsprecher zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Eykmann (CSU): Und die besseren Argumente!)

Ich möchte zunächst zu zwei Argumenten Stellung nehmen, die sowohl von Herrn Maget als auch von Frau Kellner vorgebracht worden sind, nämlich die Art der Kreditvergabe an kleine bzw. große Unternehmen. Sie wissen alle, dass die Politik keinen Einfluss auf die Kreditkonditionen der Banken hat. Zum zweiten sind Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, am allerwenigsten dazu geeignet, in diesem Zusammenhang Tränen zu vergießen, denn niemand hat die Großgesellschaften und Kapitalgesellschaften so bevorzugt und den Mittelstand so benachteiligt, wie Sie es mit der Steuerreform getan haben.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sind Sie am allerwenigsten legitimiert, über unterschiedliche Kreditkonditionen, die leider tatsächlich existieren, eine Träne zu vergießen.

(Zuruf des Abgeordneten Mehrlich (SPD))

Ihre Reden der letzten Tage und auch die von heute lassen eindeutig erkennen, dass es Ihnen eigentlich überhaupt nicht um die Sache geht. Es gibt einen Fixpunkt bei Ihnen, nämlich: Wie könnte man den Vorgang bei Kirch politisch gegen den Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten vermarkten?

(Beifall bei der CSU)

Gegenüber dieser politischen Fixierung steht alles andere zurück, so beispielsweise das Interesse für die Arbeitnehmer oder die Frage, welche Debatte zu welchem Zeitpunkt für die Sanierung der Unternehmen richtig oder falsch ist. Das ist letztlich nicht Ihr wirkliches Interesse.

Es gibt schon aufklärungsbedürftige Dinge. Ich komme dabei auf das zurück, was Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu angesprochen hat, nämlich die klärungsbedürftige Rolle des Bundeskanzlers in diesem Zusammenhang. Deswegen möchte ich für die Damen und Herren der Opposition, aber auch für die Öffentlichkeit den Wortlaut dessen zur Kenntnis geben, was ich heute Vormittag dem Bundeskanzler geschrieben habe:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sie sahen sich gestern veranlasst, sich in der Ihnen eigenen Art zur Krise der Kirch-Gruppe zu äußern und dabei insbesondere den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber anzugreifen. Für die Transparenz der öffentlichen Diskussion wäre es sehr hilfreich, wenn Sie Ihre eigene Rolle in diesem Gesamtkomplex offen legen würden. Ich fordere Sie daher auf, Stellung zu nehmen zu den anhaltenden Gerüchten, dass Sie Herrn Dr. Leo Kirch vor einiger Zeit sehr viel Geld, weit mehr als den Marktwert, für den Fall in Aussicht gestellt haben, dass Herr Kirch seinen Anteil an der Axel-Springer-Verlag AG an eine bestimmte deutsche Verlagsgruppe verkauft.

(Zurufe von der CSU)

Die interessierte Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu wissen, welche Interessen Sie bei diesem Engagement verfolgt haben. Treffen die Vermutungen zu, dass Sie dabei einen Ihnen genehmen politischen Einfluss auf den Springer-Verlag angestrebt haben? Für die Öffentlichkeit wäre es darüber hinaus gut zu wissen,

(Dr. Kaiser (SPD): Sehr bedeutsam!)

welchen Inhalt Ihre Gespräche mit Herrn Murdoch hatten und welche Interessen und Ziele Sie dabei verfolgt haben. Schließlich ist auch von größtem Interesse, welche Ziele das Gespräch in Hannover hatte, das Sie mit Herrn Murdoch, Herrn Breuer, dem Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank, und dem Repräsentanten der WAZ-Gruppe geführt haben, und ob die ganz außergewöhnlichen öffentlichen Äußerungen von Herrn Breuer zum Unternehmen Kirch in einem Zusammenhang mit diesem Treffen stehen. Diese öffentlichen Äußerungen waren schließlich ein wesentlicher Baustein der öffentlichen Druckkulisse auf das Unternehmen Kirch und eine erhebliche Belastung für die Sanierungsmaßnahmen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, da Sie gestern gerade die menschliche Anständigkeit strapaziert haben, entspricht es sicher auch Ihrem besonderen Stil, die deutsche Öffentlichkeit über Ihre Rolle im gesamten Kirch-Komplex transparent und umfassend zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

(Beifall bei der CSU – Dr. Kaiser (SPD): Untaugliches Ablenkungsmanöver!)

– Herr Kaiser, ich füge hinzu: Wenn sich das bestätigt, was Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu schon hat anklingen lassen und was aus dem Unternehmensbereich von Murdoch dargestellt wurde, dass nämlich der Herr Bundeskanzler schon vor Wochen Lösungen vertreten hat, deren Voraussetzung die Zerschlagung der Kirch-Gruppe und deren Ausschlichtung ist, dann ist das ein politischer und wirtschaftspolitischer Skandal erster Güte.

(Beifall bei der CSU)

Ich rate Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, die Rolle des Regierungschefs in Ihren eigenen Reihen zunächst einmal zu klären, bevor Sie einen Angriff gegen die Bayerische Staatsregierung starten und ihr die Schuld im Zusammenhang mit der Kreditgewährung der Landesbank zuweisen.

Wenn die Dinge nicht widerlegt werden können, haben Sie jede moralische Legitimation verloren, hier als Ankläger aufzutreten.

(Beifall bei der CSU)

Die inhaltlichen Fragen sind im Wesentlichen beantwortet.

(Maget (SPD): Was ist, wenn sie widerlegt werden?)

– Darauf warte ich, Herr Maget.

(Maget (SPD): Sie haben gerade erst jetzt gefragt!)

– Ich warte. Zunächst warten wir die Antwort des Bundeskanzlers ab, dann werden wir weitersehen.

(Maget (SPD): Ich warte acht Wochen lang, bis ich eine Antwort erhalte!)

– Sie empören sich über die anderen, und Ihr eigener Regierungschef und Bundesvorsitzender nimmt eine relativ zwielichtige Rolle in dem gesamten Komplex ein.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Das ist eine Unterstellung!)

Herr Maget, Sie beschwören einen medienpolitischen Totalschaden. Herr Ude brüstet sich im OB-Wahlkampf wegen der Stärke des Medienstandorts München. Im Übrigen haben Sie am Schluss Ihrer Rede gesagt, der Medienstandort München werde Zukunft haben. Diese Dinge passen nicht zusammen. Einerseits reden sie vom Totalschaden und andererseits von der guten Zukunft des Medienstandorts München.

(Maget (SPD): Das ist es auch!)

Hier fehlt es an der Logik. Das liegt wahrscheinlich daran, dass man um jeden Preis eine dramatische Formulierung finden muss.

(Zurufe von der CSU)

Das geht bis hin zu der Unterstellung, dies sei die größte Pleite.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, was steckt denn in dieser Formulierung? – Man geht davon aus – man hofft fast um des politischen Nutzens willen –,

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

dass es zum Zusammenbruch des Unternehmens kommt, denn bislang gibt es überhaupt nichts in Richtung dieser Pleite.

(Maget (SPD): Das ist eine Unverschämtheit, das ist eine Unterstellung!)

– Herr Maget, Sie vertreten Unverschämtheiten.

(Beifall bei der CSU)

Um präzise zu bleiben und konkret miteinander zu reden: Sie haben erwähnt, dass das neue Insolvenzrecht, das die neue und interessante Konstruktion ermögliche, eine Errungenschaft der jetzigen Bundesregierung sei. Das ist falsch; denn beschlossen wurde es in der Regierungszeit bis 1998. Es ist zum 01.01.1999 in Kraft getreten, aber nicht von der jetzigen Bundesregierung eingeführt worden.

(Lachen und Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Es wird immer peinlicher! – Weitere Zurufe von der CSU)

Dann, meine Damen und Herren, kommt immer wieder der Vorwurf – –

(Hofmann (CSU): Fragen Sie Herrn Hoderlein, ob er wirklich so blöd war!)

– Meine Damen und Herren, ihr macht es mir mit den Zwischenrufen nicht leichter.

(Maget (SPD): Herr Glück, sie sollten in einer ruhigen Minute in sich gehen!)

– Herr Maget, Sie treten als Ankläger auf und sind dann überempfindlich, wenn man Sie wegen Ihrer Aussagen stellt.

(Beifall bei der CSU)

Immer wieder wird behauptet, die Kredite seien von der Landesbank ungeprüft vergeben worden. Erstens hat Finanzminister Fallhauser dargestellt, dass zunächst stets unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Gutachten abgeben. Wirtschaftsminister Wiesheu hat ausführlich dargestellt, dass Consulting-Unternehmen, die mit Bayern und der CSU überhaupt nichts zu tun haben, Bewertungen abgegeben haben. Auf dieser Basis hat der Vorstand dem Kreditausschuss entsprechende Vorlagen gemacht. Wenn Sie eine Kritik anzubringen haben, ist zunächst als Erstes der Vorstand zu kritisieren. Wir haben kein parteipolitisches Spiel betrieben.

(Hoderlein (SPD): Nein, nein! – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Nein, gar nicht!)

Ich füge hinzu – –

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Sie haben die SPD-Mitglieder aufgezehrt!)

– Nein, Sie haben damit begonnen. Sie versuchen, die Sache parteipolitisch zu instrumentalisieren. Sie versuchen den gesamten Komplex Beteiligung der Landesbank einseitig bei der Bayerischen Staatsregierung abzuladen.

(Zurufe von der CSU: So ist es! – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist die Höhe!)

Da Sie den Versuch gemacht haben, müssen wir darauf hinweisen, dass die erste Zuständigkeit der Prüfung beim Vorstand liegt. Danach muss man darauf verweisen – obwohl ich ihn nicht diskriminieren möchte –,

(Hoderlein (SPD): Nein, gar nicht!)

dass dies alles unter dem Vorstandsvorsitzenden Lehner, Mitglied der SPD, jeweils dem Kreditausschuss vorgelegt worden ist.

(Zurufe von der CSU)

Schließlich muss ich darauf hinweisen, dass – wie vorhin schon gesagt worden ist – im Kreditausschuss unter anderem Herr Wiczorek, Wirtschaftsreferent der Stadt München, sitzt. Deshalb ist der Brief von Herrn Ude eine Unverschämtheit, oder er weiß nicht, was sein Vertreter der Sparkasse und sein Wirtschaftsvertreter in den Organen der Stadt München sagt.

(Beifall bei der CSU)

Wir handeln nicht nach dem Motto: Wenn die eine Wange geschlagen worden ist, müssen wir die andere auch hinhalten, sondern wir müssen Ihnen deutlich sagen, wo Ihre Leute beteiligt sind, da Sie meinen, dies parteipolitisch abladen zu müssen.

(Hoderlein (SPD): Unsere Leute sind also schuld und Ihre nicht? Ihre sechs sind nicht schuld? So ein Schwachsinn!)

– Von uns hat das keiner gesagt.

– Herr Hoderlein, Sie verstricken sich in Ihrer Sprache und gehen in die falsche Richtung. Ich muss wiedergeben, was Sie gesagt haben, weil dies ansonsten nicht zu hören war: Ich hätte gesagt, Ihre drei Leute hätten im Kreditausschuss schuldhaft gehandelt. Wir haben niemandem schuldhaftes Verhalten vorgeworfen. Das ist Ihre Rede. Herr Hoderlein, wenn Sie den Mitgliedern der Staatsregierung – ich bleibe bei Ihren Worten – schuldhaftes Verhalten unterstellen, ist es legitim zurückzufragen, wie Ihre Leute in diesem Gremium reagiert haben. Sollte diese Rückfrage nicht mehr erlaubt sein, weil sie eine Diskriminierung Ihrer Position ist, brauchen wir nicht mehr miteinander darüber zu reden.

(Beifall bei der CSU)

Entweder geben Sie die unselige Diskussionsebene auf, oder Sie müssen hinnehmen, dass wir genauso argumentieren wie Sie. Sie können das nicht einseitig bei uns abladen. Ihr Versuch geht in die Richtung: Mit den Vorgängen werde die Wirtschaftskompetenz des Minister-

präsidenten und Kanzlerkandidaten Dr. Edmund Stoiber beschädigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, es gibt zwischen Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Stoiber einen großen Unterschied.

(Dr. Kaiser (SPD): Das stimmt!)

Ministerpräsident Stoiber hat nie für sich in Anspruch genommen, dass er das Schicksal einzelner Unternehmen steuern wolle, während Bundeskanzler Schröder dies bei Holzmann und anderen Gelegenheiten groß an seine Fahne geheftet hat und sich hat feiern lassen. Sowohl für die Wirtschaftspolitik des Bundeskanzlers –

(Dr. Kaiser (SPD): Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu macht das auch, siehe Maxhütte!)

– Nein, keiner hat dies gesagt. Wirtschaftsminister Dr. Wiesheu hat viel zur Rettung von Arbeitsplätzen beigetragen.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist natürlich etwas ganz anderes! – Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Böhm: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe ein, dass bei einigen die Aufmerksamkeit nachlässt. Man sollte dann besser den Mund halten und nachdenken als immer nur dazwischenzureden.

(Zuruf des Abgeordneten Maget (SPD))

Glück (CSU): Ich will nur eines deutlich machen: Die Qualität der Wirtschaftspolitik, egal ob von Bundeskanzler Schröder, einem Ministerpräsidenten der SPD, von unserem Ministerpräsidenten oder von anderen, misst sich letztlich an der Gesamtentwicklung in diesem Land und nicht an einzelnen Firmenschicksalen. Im Auf und Ab des Wettbewerbs und des Marktes wird es immer die eine oder die andere Entwicklung geben.

Da Sie das Thema spielen wollen, greife ich es auf. Für die Wirtschaftskompetenz des bayerischen Ministerpräsidenten spricht, wenn man die Arbeitsmarktzahlen heranzieht, die gerade veröffentlicht worden sind, dass wir im März 2002 im Bundesgebiet 8% Arbeitslosigkeit haben, in Nordrhein-Westfalen 9,2%, in Niedersachsen 9,6 und in Bayern 6,4. Nur ein Bundesland hat eine günstigere Zahl. Das ist das unionsregierte Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, hinzu kommt, dass Bayern in sechs der acht zurückliegenden Jahre die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland gehabt hat. In zwei von den acht zurückliegenden Jahren hatte Bayern nach Baden-Württemberg die zweitniedrigste Arbeitslosenquote. Das heißt, in den zurückliegenden acht Jahren war Bayern sechsmal an erster und zweimal an zweiter Stelle. Dies ist einer von mehreren Belegen, die

ich nennen könnte, um die Wirtschaftskompetenz unseres Ministerpräsidenten und dieser Regierung zu belegen. Deshalb sollten Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, erst einmal schauen, wie Sie solche Ergebnisse dort erzielen, wo Sie regieren, bevor Sie die Wirtschaftskompetenz unserer Regierung in Bayern bestreiten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, einen besonders logischen Beitrag zur Frage der Wirtschaftskompetenz möchte ich Ihnen aber nicht vorenthalten. Im „Straubinger Tagblatt“ vom 05.04.2002 war zu lesen, dass Herr Kollege Hoderlein – seinem Herrn und Meister Schröder entsprechend – für die ruhige Hand gegenüber den betroffenen Arbeitnehmern und für eine schnelle Hand gegenüber den Profispielern ist. Ich muss hinzufügen, Herr Hoderlein ist ein entschiedener Verfechter für die Unterstützung der Profivereine. In dieser Frage hat er eine andere Meinung als Herr Maget. Ich selbst vertrete auch Herrn Magets Position. Die Pluralität innerhalb einer Partei ist selbstverständlich legitim.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CSU – Zurufe von Abgeordneten der SPD)

In Bezug auf die Logik offenbart Herr Hoderlein in diesem Zeitungsartikel eine erstaunlich ökonomische Kompetenz. Ich zitiere:

Das eigentliche Problem sind (aber) nicht die Spielergehälter, sondern dass Kirch durch eine zweifelhafte Kreditgewährung seitens der Bayerischen Landesbank überhaupt in die Lage versetzt wurde, solche Verträge abzuschließen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wenn die Verhältnisse bei Kirch durch die öffentlich-rechtliche Bank etwas kritischer überprüft worden wären, dann hätte er auch gegenüber den öffentlich-rechtlichen Anstalten beim Erwerb der Fußballrechte nicht so hoch pokern können. Das ist des Pudels Kern.

Diese armen Vereine, die aufgrund dessen in die schwierige Situation versetzt wurden – so Ihre Interpretation –, über ihre Verhältnisse zu leben.

(Hoderlein (SPD): Ohne dieses Geld hätte Kirch die ARD nicht ausbooten können!)

Und dann kommt folgende Formulierung, Herr Hoderlein.

(Zuruf des Abgeordneten Hoderlein (SPD))

– Das ändert doch nichts an der Eigenverantwortung der Vereine. Was ist das für eine dumme Erklärung im Hinblick auf die Kompetenz der Vereine und für den ganzen Profisport, wenn Sie sagen, man könne den Vereinen nichts vorwerfen, nachdem sie so viel Geld bekommen haben. Herr Hoderlein, wo leben Sie eigentlich?

(Hoderlein (SPD): Ihr habt öffentlich-rechtliches Geld genommen und – –)

Präsident Böhm: Herr Hoderlein, Zwischenrufe sind zulässig. Herr Glück kann aber nicht gleichzeitig reden und Ihnen zuhören, wenn Sie so lange Zwischenrufe machen.

(Beifall bei der CSU)

Glück (CSU): Danke, Herr Präsident. Herr Hoderlein, nach dieser Logik sind dann nur diejenigen zu kritisieren, die Kredite von der Bayerischen Landesbank bekommen haben. Für die anderen zwei Drittel gilt das dann nicht? Das bedeutet doch, dass Sie der ganze Sachverhalt gar nicht interessiert. Sie haben nur insofern Interesse, als Sie hoffen, hier politisch etwas abladen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben eine Formulierung gebraucht, Herr Hoderlein, für die Sie nachher den Beweis antreten müssen, denn Sie sind als Redner gemeldet. Für den Fall, dass Sie hier keinen Beweis vorlegen können, sage ich bereits vorweg: Sie betreiben Rufmord.

(Zuruf des Abgeordneten Schindler (SPD))

Auf die Frage, was im Falle einer Insolvenz wäre – das Interview fand noch vor dem Insolvenzantrag statt –, sagten Sie, zunächst gebe es noch einen riesigen Erklärungsbedarf für Ministerpräsident Stoiber und seine Minister. Und dann sagten Sie – und jetzt kommt es –, Ministerpräsident Stoiber und seine Minister müssten rechtfertigen, warum durch ihren Druck die Kreditbereitschaft der Bayerischen Landesbank derart gesteigert wurde.

(Unruhe und Lachen bei der CSU)

Also Herr Hoderlein, entweder Sie beweisen, dass hier Druck ausgeübt wurde oder, wenn Sie dies nicht können, dann sage ich, Sie betreiben Rufmord.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Was die Frage eines eventuellen Engagements ausländischer Investoren betrifft, schließe ich mich weitgehend der Position von Herrn Maget an. Ich sehe keine Grundlage für diese Schreckensszenarien, die an die Wand gemalt werden. Man kann sich den einen mehr und den anderen weniger wünschen.

(Maget (SPD): Sehr viel weniger!)

Nach dem Rundfunkstaatsvertrag haben wir eine Regelung, wonach kein Veranstalter einen höheren Anteil als 30% der Zuschauerquote haben darf. Die momentane Verteilung sieht folgendermaßen aus: laut der Zahlen vom Januar haben die öffentlich-rechtlichen Anstalten zirka 44%, die RTL-Gruppe etwa 25% und die Kirch-Gruppe zirka 24%. Wenn nun, durch welche Investoren auch immer, die jetzige Kirch-Gruppe einen Anteil von mehr als 30% erreichen würde, dann griffen die Sanktio-

nen des Rundfunkstaatsvertrages. Deshalb wird es keinem Investor, wer es auch sein mag, möglich sein, einen größeren Marktanteil zu bekommen. Man wird Investoren brauchen, und es ist gut, wenn diese in Deutschland zu finden sind.

Über eines aber, meine Damen und Herren, müssen wir im Klartext reden: Es geht nicht, dass man sagt, es müsse alles getan werden, um möglichst alle Arbeitsplätze zu retten, und gleichzeitig ausländische Investoren diskriminiert. Was wäre denn, wenn keine deutschen Investoren vorhanden wären, die auch über die unternehmerischen Kapazitäten und über die notwendige Fachkapazität verfügen? Die Banken, die die Situation im Moment aufgefangen haben, haben das fachliche Know-how zur Führung einer solchen Konzerns nicht. Deshalb wird man unter Umständen einkalkulieren müssen, dass man, wenn nicht genügend inländische Investoren in einem Verbund vorhanden sind, auf ausländische Investoren zurückgreifen muss. Für alle Investoren, gleichgültig, ob aus dem In- oder Ausland, gilt, sie müssen sich an diese Gesetzgebung halten. Deshalb ist es unsinnig, hier ein Schreckenszenario auszumalen. Wir alle sollten damit rational umgehen.

Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Kreis in Fragen der Qualität eine relativ hohe Übereinstimmung haben. Wobei die Qualität selbst immer subjektiv zu bewerten ist. In der öffentlichen Debatte registriere ich aber viel Zwiespältigkeit, um nicht zu sagen Verlogenheit. Das sage ich nicht von jedem, der sich hierzu zu Wort meldet. Im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks gibt es aber immer wieder die Situation, dass uns berichtet wird, die höchsten Einschaltquoten sind bei den Krimis zu verzeichnen, wo am meisten Gewalt gezeigt wird. Ich habe in den letzten Tagen eine interessante persönliche Erfahrung gemacht. Frau Kollegin Kellner, auf eine entsprechende Anfrage der Sendung „Report Baden Baden“ habe ich mich zur Überlegung von Herr Kofler geäußert, Pay-TV durch Pornografie im Programm wettbewerbsfähig zu sanieren. Ich habe das entschieden abgelehnt.

(Starmann (SPD): Das wird aber kommen!)

– Herr Starmann, hierfür müsste man erst einmal die Gesetzgebung ändern. Es ist nicht wahr, dass das einfach so geht. Nach der heutigen Gesetzgebung wäre es gar nicht möglich. Ich möchte aber auf die Reaktionen hinweisen, die sehr interessant waren. Etwa die Hälfte war Zustimmung, die andere Hälfte aber hat gesagt: Was wir anschauen, wollen wir selbst entscheiden.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Lauter Männer! – Maget (SPD): Überwiegend Männer, da hat sie Recht! – Widerspruch bei der CSU)

Frau Kollegin, wir wollen keine Geschlechter-Debatte beginnen. Tatsache ist leider, dass wir in diesen Debatten sehr viel Unehrlichkeit haben. Letzten Endes wird im Zeitalter der Satelliten die nationale Gesetzgebung aber immer weniger Bedeutung haben, denn man kann die entsprechenden Sendungen aus dem Ausland empfangen.

Ich möchte noch eine Anmerkung zu dem machen, was der Ministerpräsident zur Bedeutung des unternehmerischen Engagements von Herrn Kirch für die Gesamtentwicklung gesagt hat. Wenn es Kirch nicht gegeben hätte – und ich füge hinzu, wenn nicht der damalige Leiter der Staatskanzlei Edmund Stoiber und der damalige Fraktionsvorsitzende der CSU Gerold Tandler, der ihn dabei stark unterstützt hat, die Entwicklung so stark vorangetrieben hätten –, dann hätten wir wahrscheinlich die österreichische Lösung bekommen. Das sage ich, obgleich es damals in unserer eigenen Fraktion eine große Skepsis gegeben hat, und ich war bei den Skeptikern.

Das heißt, man kann alle Programme empfangen, hat aber im eigenen Land keine Chance der Steuerung durch eigene Gesetzgebung; dann wäre es vom Ausland entsprechend abgestrahlt worden.

Zum Schluss eine Anmerkung zu den Anträgen. Das, was im Rahmen einer Landtagsdebatte auch zu den von Ihnen gestellten Fragen gesagt werden konnte, ist gesagt worden.

Frau Kellner, eines geht sicher nicht, nämlich die hochsensiblen Fragen von Investitionen, von Unternehmensstrukturen usw. in Sitzungen des Bayerischen Landtags zu beraten, wenn man die Sorge um die Arbeitsplätze und die Zukunft des Unternehmens ernst nimmt; denn erstens haben wir dafür keine Zuständigkeit, zweitens wäre es die schlechteste Konstellation, um das Bestmögliche wirklich zu erreichen. Deswegen sind wir der Überzeugung, dass es nicht Sache des Bayerischen Landtags ist, sich in den nächsten Wochen in die Fragen der künftigen Unternehmensstruktur einzumischen; da können wir nur Schaden anrichten.

Wir werden sicher zu einem späteren Zeitpunkt, den heute niemand benennen kann, wiederum die Staatsregierung befragen – dies ist das Recht des Parlaments – oder im Hinblick auf das weitere Engagement der Landesbank in dem jetzt anlaufenden Prozess Forderungen stellen können. Aber eine aktive Beteiligung des Landtags an den jetzt anstehenden Dingen liegt nicht in unserer Zuständigkeit, ist rechtlich nicht möglich und wäre darüber hinaus das Schädlichste, was man in der Situation tun könnte. Deswegen plädiere ich namens meiner Fraktion für die Ablehnung Ihrer beiden Anträge. Ziffer zwei unseres Antrags ist erledigt. Ansonsten bitte ich um Zustimmung.

Herr Maget, lassen Sie mich zu dem einen Punkt, bei dem wir übereinstimmen, sagen: Der Medienstandort Bayern hat eine zu gute Zukunft, weil die Staatsregierung vor Jahren die Weichen richtig gestellt hat.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Prof. Dr. Gantzer zu Wort gemeldet. Der Ordnung wegen gebe ich bekannt, dass die Fraktionen der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zu ihren Anträgen namentliche Abstimmung beantragt haben. – Herr Kollege Gantzer, bitte.

Prof. Dr. Gantzer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Zuschauer! Manchmal ist es sehr gut, am Ende einer Debatte reden zu können, weil man sich so auch in die Rolle der Zuschauer versetzen kann. Ich kann mir vorstellen, dass eine Menge Fragenpotenzial aufgestaut ist.

(Maget (SPD): Das kann ich gerne zurückgeben!)

Wir haben das Glück gehabt, von den *big six* der CSU immerhin vier zu hören. Wenn man sieht, wie diese Vier mit dem Kirch-Konkurs oder nun der Insolvenz jongliert haben, wie sie geradezu artistisch Argumente in die Luft geworfen und aufgefangen, vermengt und verstreut haben, möglichst keines haben fallen lassen, fragt man sich eigentlich, worüber wir heute diskutieren.

(Zurufe von der CSU)

Zusammengefasst bleibt unter dem Strich ein einziges diskussionswürdiges Argument: Wir diskutieren um den größten bundesdeutschen Pleitefall. Herr Glück, wenn Sie dem widersprechen wollen, lesen Sie die gestrige Presseerklärung von Herrn van Betteray, einer der Eigenverwalter im laufenden Insolvenzverfahren. Dieser Experte in Sanierungen, der sehr große Insolvenzen abgewickelt hat, spricht am Schluss seiner Presseerklärung vom größten bundesdeutschen Krisenfall. Diese Expertenmeinung können Sie in der gesamten bundesdeutschen Presse nachlesen.

Nur in diesem Jahr verzeichnen wir folgende Insolvenzen: als Erstes im Januar Schneider Technologies mit 840 Arbeitsplätzen, zweitens Fairchild-Dornier mit 4300 Arbeitsplätzen, jetzt kam die Kirch-Krise, in der es um insgesamt 12000 bis 15000 Arbeitsplätze gehen kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir im Jahr 2002, dem Jahr der Kanzlerkandidatur und des Wirtschaftsexperten Stoiber, bis jetzt jeden Monat eine Großpleite hatten. Das kann nun nicht gerade zu Erfolgsgelächern aufrufen. Hinzu kommt, dass mit Kirch eines der größten Aushängeschilder bayerischer Wirtschaftsmacht in den Abgrund gefallen ist; denn anders ist eine Insolvenz nicht zu verstehen. Die eben gemachten Aussagen der Big-four kann ich unter dem Strich nur wie folgt zusammenfassen: Wir begrüßen die Insolvenz, weil wir alles auffangen, viele Arbeitsplätze erhalten und Vieles besser machen können. Meine Damen und Herren, dies ist vor allem gegenüber den daran Beteiligten Zynismus.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt im Grunde zwei Ursachen: die erste – nicht genannte – Ursache, der Anfang vom Ende, geschah im Jahr 1985. Bis zu diesem Zeitpunkt ist Kirch ausschließlich Rechte-Händler gewesen. Er hat nur mit Film-, Sport und Fernsehrechten usw. gehandelt. Kirch hat damals mit dem ZDF über den Verkauf von Filmen verhandelt. Dieses Angebot, bei dem es um 900 Millionen DM ging, wurde vom ZDF abgelehnt. Daraufhin kam es zur Gründung der Privatsender von Kirch und zu den Anfangsünden; denn um diese Sender zu speisen, konnte er – da er wusste, er hat Abnehmer – Lizenzrechte kaufen.

Kirch hat diese Lizenzrechte oft zu überhöhten Preisen gekauft und – was noch schlimmer ist – In-sich-Geschäfte getätigt. Letzteres war zwar juristisch einwandfrei, weil es verschiedene juristische Personen waren. Aber es waren In-sich-Geschäfte, bei denen Filmrechte über Wert gehandelt wurden, aber bezahlt werden mussten. Dies war der Anfang vom Ende. Es gab keinen Wettbewerb mehr, die Sorgfalt eines normalen Kaufmanns wurde nicht mehr eingehalten.

Der zweite Punkt wurde bereits genannt: Pay-TV. Schon damals haben alle Fachleute gesagt, Premiere bzw. Pay-TV sei in Deutschland nicht durchsetzbar. Das Entscheidende dabei aber war, und dies wurde bereits erwähnt, Kirch kam mit Premiere nicht auf den Boden und hat deswegen die Fußballrechte und die Formel-1-Rechte aufgekauft, um den Bürger zu zwingen, in das Pay-TV zu gehen. Dies halte ich moralisch für sehr verwerflich. Schon im alten Rom hat man gewusst: panem et circensis – gebt dem Volk Brot und Spiele. Die Politik von Kirch, die Sie von der CSU unterstützt haben, bedeutete aber, Spiele wegzunehmen, gerade den kleinen Mann auf der Straße zu zwingen, Geld dafür zu bezahlen. Sie haben damit eine bürgerfeindliche Politik betrieben, die sich zum Glück nicht ausgezahlt hat.

(Beifall bei der SPD)

Über die Folgen ist heute viel zu wenig gesprochen worden. Erstens sind von den 12000 Arbeitsplätzen im Kirch-Imperium 2000 bis 3000 Arbeitsplätze gefährdet. Ich gehe davon aus, dass wir Arbeitsplätze abbauen müssen. Hierin werde ich durch die gestrige Presseerklärung der CSU bestätigt, die vom Erhalt vieler attraktiver und eines Großteils der Arbeitsplätze spricht.

Ich nehme Bezug auf Ihren eigenen Antrag, den Sie heute gestellt haben und in dem Sie sehr verklausuliert im Konjunktiv davon sprechen, dass durch die Auffanggesellschaft zu erwarten sei, dass vielleicht Arbeitsplätze erhalten werden können. Es ist von „könnten“ die Rede, schauen Sie es bitte selber nach.

Herr van Betteray, der Eigenverwalter, hat gestern erklärt, im Zuge der Umstrukturierung seien Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe möglich. Wer aus dem Fach ist, weiß, dass die Einsparungen zuerst bei den Arbeitsplätzen vorgenommen werden. Und es geht nicht nur um die Arbeitsplätze bei der Kirch-Gruppe, es geht auch um die Arbeitsplätze bei den Zulieferbetrieben, den kleinen Filmgesellschaften und den Firmen im Umfeld.

Ich lebe im Landkreis München, neben Ismaning, bei Unterföhring, also dort, wo die Konzentration stattfindet. Ich kann Ihnen sagen: Die Ängste dort sind groß, und zwar größer, als Sie denken und als es heute zum Ausdruck gekommen ist. Keiner der Big-four hat über die Ängste der Betroffenen geredet oder sich Gedanken darüber gemacht. Sie haben Good-will-Erklärungen abgegeben; was draußen wirklich los ist, weiß keiner von Ihnen. Die Ängste in der Medienbranche – besonders in der Region München – sind immens. Sie haben hier noch etwas nachzuholen.

Wenn ich Herrn Wiesheu höre, der als Gegenbeispiel Holzmann anführt und sich darüber mokiert, dass der Kanzler für diese Firma Kredite zur Rettung der Arbeitsplätze gegeben hat, muss ich dazu zwei Dinge feststellen: Der Vergleich ist nicht seriös. Der erste Unterschied ist: Schröder hat – im Gegensatz zur Bayerischen Staatsregierung im Fall des Medienkonzerns – nichts dazu beigetragen, dass der Holzmann-Konzern pleite gegangen ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Das ist gegen die Logik!)

– Wir kommen gleich dazu. Ich werde Ihnen das logisch nachweisen.

Das Zweite zur Rettung von Arbeitsplätzen mit staatlichen Zuschüssen. Herr Fallthäuser, wie viel an staatlichen Zuschüssen haben Sie bzw. Ihre Vorgänger gegeben, um die Max-Hütte zu retten. Auch dabei sind staatliche Mittel geflossen. Tun Sie doch nicht so, als ob Sie selber nicht auch so etwas machen würden.

Die weitere Frage, über die man zu sprechen hat: Wer trägt die Verluste? Ich habe der Rede des Ministerpräsidenten sehr wohl entnommen, der Steuerzahler sei nicht involviert. Dasselbe haben Sie auch bei der LWS-Affäre gesagt; es steht auch wörtlich in Ihrem Abschlussbericht. Was ist denn damals tatsächlich passiert? Die LWS ist von der Landesbank – auch dort ist sie involviert – gekauft worden, aber nicht von der Landesbank selber, sondern von einem Tochterunternehmen in Berlin, das die Verluste sofort steuerlich abschreiben konnte, das heißt, die Hälfte der Verluste in Höhe von 250 Millionen DM sind über den Steuerzahler gelaufen. Das ist bayerische Finanzpolitik. Sie wollen mir doch nicht erzählen, dass das Minus, das passiv in der Bilanz steht, nicht durchaus ein Verkaufsargument ist, wenn der Kirch-Konzern teilweise verkauft wird, weil es steuerlich absetzbar ist. Was wird passieren? Auf diesem Weg wird auf jeden Fall wieder der Steuerzahler beteiligt sein. Deswegen kann ich nur sagen: Ich höre die Botschaft, aber mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zu den Verantwortlichkeiten: Neun Mitglieder der Staatsregierung sitzen im Verwaltungsrat der Landesbank, davon sechs im Kreditausschuss. Jetzt lese ich, dass Herr Glück gestern in seiner Presseerklärung gesagt hat, es sei typisch für die SPD, dass sie der CSU nur Negatives anlasten wolle; sie solle stattdessen konstruktive Vorschläge zu machen. Das haben wir gemacht, Herr Glück. Wir haben konstruktive Vorschläge gemacht, und zwar nach dem LWS-Untersuchungsausschuss. Wir haben uns damals mit der Frage der Kompetenz der Räte – der Aufsichtsräte bzw. der Verwaltungsräte – befasst. Es gilt nach wie vor das, was wir damals im Abschlussbericht festgestellt haben. Die damaligen Aufsichtsräte – vergleichbar mit den Verwaltungsräten – wussten nicht, weswegen sie entsandt wurden, sie hatten keine Fachkompetenz, Entscheidungen wurden von oben an ihnen vorbei getroffen, sie mussten keine Rechenschaft ablegen, hafteten nicht und wider-

sprachen nicht. Genau dasselbe haben wir bei diesem Verwaltungsrat wieder.

Wenn ich mir die Sachkompetenz beim bayerischen Kabinett betrachte, muss ich sagen: Bei Herrn Fallthäuser und Herrn Wiesheu finde ich – ich muss das in aller Kollegialität sagen – eine gewisse Fachkompetenz vor. Ich muss aber die anderen sieben Mitglieder anschauen: Herr Beckstein ist sicherlich ein ehrenwerter Mann und hat in der Sicherheitspolitik bestimmt Verdienste. Ich muss aber fragen, wo seine Kompetenzen in Bezug auf eine Großbank liegen. Dasselbe gilt für Herrn Regensburger und ebenso für Herrn Schnappauf vom Ressort Umwelt; er ist ein ehrenwerter Mann, aber wo liegt seine Fachkompetenz in Bezug auf eine Großbank? Das gilt auch für Herrn Miller, Landwirtschaft, der Schweinepest nicht von Rinderwahnsinn unterscheiden kann. Er ist ein ehrenwerter Mann, aber wo liegt seine Fachkompetenz? Ich stelle Ihnen einfach eine Frage, damit Sie sehen können, dass ich Recht habe: Stellen Sie sich einmal vor, bei der Deutschen Bank, der Dresdner Bank oder der Commerzbank würde ein Aufsichtsrat gesucht und ich würde diese Liste der betreffenden Bank vorlegen und sagen, sie könne sich daraus einen aussuchen. Was glauben Sie, wer von den Genannten genommen werden würde?

(Beifall bei der SPD)

Kenntnisse über das Online-banking sind nicht ausreichend. Was haben Sie gemacht? Man hat lauter – darin liegt eben ein Teil der Schuld der Staatsregierung – Kreisligisten in die Bundesliga des Kreditgeschäfts geschickt; um mit der Fußballersprache zu sprechen. Das kann natürlich nicht gut gehen.

Präsident Böhm: Herr Kollege Gantzer, ich weise darauf hin, dass Ihre viertelstündige Redezeit bald abgelaufen ist. Die ersten Durchgänge waren länger.

Prof. Dr. Gantzer (SPD): Vielen Dank für den Hinweis, Herr Präsident. Ich werde mich bemühen, die Zeitvorgabe einzuhalten.

Ein Punkt kommt noch dazu, nämlich die Einflussnahme der Staatsregierung. In diesem Zusammenhang hat Herr Glück Herrn Hoderlein wirklich beleidigt. Herr Glück, ich muss ehrlich sagen, dass ich das nicht mehr für kollegial halte. Ich muss mich jetzt leider im Tempo etwas steigern: Die Unterstützung für Kirch hat bereits 1984 angefangen. Der Bayerische Rundfunk hat damals für 50 Millionen DM Filmrechte gekauft, und zwar gegen Widerstände. 1997 stieg Kirch in das Bezahlfernsehen ein. Herr Wiesheu wollte über die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung einen Großkredit im Umfang von 500 Millionen DM geben; Sie kennen die Geschichte. 1999: LaBa finanziert mit 1,6 Milliarden DM die Übernahme von Premiere von Bertelsmann durch Kirch, Murdoch steigt ein, Stoiber in Los Angeles, neuer Großkredit von 1,5 Milliarden DM, 250 Millionen von der Tochterbank Wabag. Im Jahr 2000 – das ist ganz wichtig – Steuerstrafverfahren gegen Kirch, nach Aussage der Staatsanwaltschaft aus politischen Gründen eingestellt; wenn das keine Unterstützung ist. Im Jahr 2001 Formel-1-Rechte – Anruf

Huber; ich sage das in Kurzform, damit Sie sehen, dass massiv Einfluss genommen worden ist, und zwar von der Staatsregierung in das Kreditgeschäft mit Kirch. Es hat eine starke Unterstützung gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden das in den Ausschüssen noch ausführlich diskutieren und Ihnen die einzelnen Aspekte nachweisen.

Ich darf zum Schluss – Herr Präsident, ich hoffe, ich kann das noch ganz ausführen – eine letzte Bemerkung zur Bayerischen Landesbank machen: Keiner der Big-four ist auf die Bayerische Landesbank eingegangen. Ich möchte Folgendes sagen: Banker sind von Hause aus honorig, verschwiegen, diskret und arbeiten nicht gern in der Öffentlichkeit, arbeiten aber gern effizient. Gerade die Bayerische Landesbank hat bundesweit einen guten Ruf gehabt. Sie ist international tätig. Ich weiß das aus meiner eigenen Zusammenarbeit mit der Landesbank. Ich weiß, was sie macht und wie effizient sie arbeitet.

Wie ist es jetzt? Wenn Sie heute als Angestellter der Landesbank in irgendeiner Gesellschaft sagen, wo sie arbeiten, ernten Sie ein gewisses nachsichtiges verständnisvolles Lächeln, nach dem Motto: Wir nehmen Ihnen das persönlich nicht übel. Ich habe dabei meine eigenen Erfahrungen. Ich weiß von vielen Freunden und Studienkollegen, die bei der Landesbank arbeiten, sowie von den Personalräten, dass im Augenblick alle Mitarbeiter tief von dem getroffen sind, was passiert ist.

Wenn ich dann hören muss, ihr Politiker habt uns reingerritten, dann sollten sie meiner Meinung nach lieber sagen: Die CSU hat uns reingerritten.

(Beifall bei der SPD)

Sie fragen: Wer rettet unseren guten Ruf? Sie von der CSU haben in den vor allem für den Staatshaushalt blühenden Garten die sieben Plagen Ägyptens gebracht. Lassen Sie mich deswegen als letzten Satz sagen: Ich bitte Sie, eine Ehrenerklärung für die Landesbank und ihre Mitarbeiter abzugeben,

(Zurufe von der CSU)

weil die dort Beschäftigten unter dem, was Sie zu verantworten haben, leiden und leiden müssen. Ich glaube, da sollten Sie menschlich sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Kollege Dürr.

(Zurufe von der CSU)

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute von den Mitgliedern der Staatsregierung ziemlich viel gehört, zum eigentlichen Thema aber ziemlich wenig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das eigentliche Thema heute, der Kern der Diskussion ist: Kirch ist pleite, und die Staatsregierung ist dafür wesentlich mit verantwortlich. Das ist das Thema.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Wo waren Sie in den letzten Stunden?)

Wir haben eine ziemlich erbärmliche Strategie der Staatsregierung erlebt, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Dazu hat sie alles Mögliche ausprobiert. Der erste Tenor war die Beschwichtigung. Man hat getan, als ob nichts passiert wäre; Pleiten sind ganz normal, oder es gab überhaupt keine Pleite.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Tenor war der unerträgliche Wettbewerb, der mit der Frage eingeleitet wurde: Wer hat die größte Pleite? Als ob die Pleite in Bayern nicht groß genug wäre! Selten habe ich die CSU-Fraktion so im Rausch erlebt, hat die Staatsregierung so viel Beifall erhalten wie in einem Moment, in dem sie eine Pleite zu verantworten hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Beweis dafür, dass in Bayern die Pleiten noch toller sind als die Erfolge.

Die nächste Strategie war das Herausreden. Das erste war, Fehler zu leugnen. Da haben sogar die Banker – und diese sind dafür nicht berühmt – noch mehr Selbstkritik geübt. Die nächste Strategie war ein Herausreden mit Fehlern, und zwar mit Fehlern, die andere nicht gemacht haben. Herr Clement hätte den roten Teppich ausgerollt. Er hat ihn nicht ausgerollt; Sie haben den schwarzen Teppich ausgerollt. Die Entschuldigung lautet, er hätte den Fehler gemacht, darum dürfen Sie ihn machen.

Die nächste Strategie war ein Herausreden mit Fehlern, die andere auch gemacht haben. Clement war bei Murdoch; deswegen hat offensichtlich auch Herr Stoiber nach Los Angeles fliegen dürfen. Das Problem ist aber: Wir haben jetzt Murdoch. Das ist unser Problem.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Murdoch ist momentan das Hauptproblem bei der Problemlösung.

Die nächste Strategie war: Der Ministerpräsident zählt in aller Ausführlichkeit auf, welche Fehler er nicht gemacht hat. Alles Mögliche hat er erzählt: Diesen Fehler hat er nicht gemacht, jenen Fehler hat er nicht gemacht. Das war eine ganze Bandbreite. Wir sind froh, dass er all diese Fehler nicht gemacht hat, aber er soll etwas zu jenem Fehler sagen, den er gemacht hat. Wenn wir die Verantwortung der Staatsregierung hervorheben, dann geht es nicht um eine Schuldzuweisung. Diese brauchen wir nicht zuzuweisen, weil die Mitschuld jedem klar ist. Sie steht sogar im „Münchner Merkur“; sogar der hat es kapiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Überall steht es: Stoibers Pleiten. Uns interessiert, dass man den Fehlern ins Auge sehen muss, wenn man sie künftig vermeiden will. Davon ist bis jetzt keine Spur vorhanden. Das ist das übliche Muster.

Es gibt eine ganz starke persönliche Verantwortung des Ministerpräsidenten. Das beginnt damit – das wurde schon angesprochen –, dass er die Medienpolitik zur Chefsache gemacht hat. Er hat am Beginn seiner jetzigen Regierung am 5. Oktober 1998 die Medienpolitik zentralisiert und hat gesagt: Die zentrale Zuständigkeit der Staatskanzlei werde ich insbesondere nutzen – nicht um Pleiten zu organisieren –, um die Spitzenstellung Bayerns im Bereich der audiovisuellen und der Printmedien zu erhalten und weiter auszubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das hat er gesagt, aber mit dieser Standortpolitik ist er gescheitert.

(Abg. Hoffmann (CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Kollege Hofmann, Redezeit gibt es genug; bitte reden Sie selber.

Präsident Böhm: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hofmann?

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. – Der nächste Punkt – –

(Zuruf des Abg. Hofmann (CSU))

Präsident Böhm: Jetzt redet Herr Dr. Dürr, Herr Kollege Hofmann.

(Hofmann (CSU): Die „Mittelbayerische Zeitung“ hat geschrieben: Dummes Zeug!)

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um die Verantwortung des Ministerpräsidenten für die Kirch-Krise. Der nächste Punkt ist: Stoiber hat einseitig auf den Monopolisten Kirch gesetzt, und er hat – das ist der entscheidende Punkt, der auch schon angesprochen wurde – die Expansion ermöglicht. Das war mit der Punkt. Heute wurde auch von Minister Faltlhauser beklagt, dass es zu einer raschen Expansion kam. Warum kam es dazu? – Weil die Mediengesetze geändert wurden. Die 30-%-Grenze, Kollege Glück, war damals keine Drohung, sondern eine Bestandsgarantie für das Duopol Kirch und Bertelsmann. Das heißt, dass sie alles, was sie vorher heimlich getan haben, jetzt offen machen durften. Das war die Voraussetzung für ihre Expansion.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Clement und Stoiber haben das zusammen ausgebrütet. Das schnelle Wachstum der letzten drei Jahre, das jetzt scheinheilig beklagt wird, wurde da organisiert.

Das nächste ist die waghalsige Expansion Kirchs.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, kann man im Hause nicht ein wenig leiser sein? Es ist doch so üblich, dass nur der Redner das Wort hat, nicht die anderen auch.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann plärren; ich kann aber auch leiser reden.

Stoiber hat die waghalsige Expansion Kirchs mitfinanzieren lassen. Das ist auch ganz klar; Premiere World und Formel 1 wurden schon angesprochen. Das geschah immer zu einem Zeitpunkt, zu dem der Konzern in großen Schwierigkeiten war. Jedes Mal wurde dies als standortpolitische Großtat gefeiert. Kollege Huber hat vom Erfolg der Medienpolitik gesprochen. Genau die Punkte, die die Pleite mit herbeigeführt haben, waren der Erfolg der Medienpolitik. Noch letzte Woche hat der Vorsitzende der CSU-Medienkommission, den ich nur zitiere, weil vorher kein CSUler etwas dazu gesagt hat, die Landesbankkredite als Förderung des Standortes Bayern gerechtfertigt. Das heißt, wie Finanzminister Faltlhauser und Medienminister Huber bestätigen, dass es medienpolitische Überlegungen gab. Sie haben den Ausschlag für die Kredite gegeben. Das sind die wesentlichen Gründe, dass Risiken verschärft und verschleppt wurden. Herr Hartmann von der Commerzbank hat dazu gesagt: Durch immer neue Engagements gelang es vorübergehend, diese strukturellen Probleme zu überdecken. Genau diese Engagements haben eine Prüfung der Bilanz dessen, was bereits geschehen war, praktisch überdeckt, und man hat statt dessen lieber weiter expandiert, und zwar ziemlich rücksichtslos.

Der nächste Punkt ist, dass die Staatsregierung auch noch eine Medienpolitik gegen die eigenen Kredite gemacht hat. Das ist ja das Allerschönste. Man gibt Kirch über die Landesbank Geld, damit er sein Pay-TV aufbauen kann. Herr Kollege Faltlhauser hat gesagt, dass man an das Pay-TV Hoffnungen geknüpft hat. Wie aber soll der Mann sein Pay-TV machen? Pay-TV setzt ein Monopol voraus. Man hat ihm aber beim Sport kein Monopol gegeben, und Erotik, Porno oder was weiß ich hat man ihm aus begrifflichen Gründen verboten. Womit soll er sein Geld machen? Dieses Pay-TV war von Anfang an auf Unsinn aufgebaut. Das kann bei uns nicht funktionieren, weil wir keine Verhältnisse wie in England haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten ihm das Monopol geben müssen – das ist der Punkt –, dann hätte er sein Geld machen können, aber nur Geld zu geben, ist zu wenig.

Ebenfalls gescheitert ist die Interventionspolitik der Staatsregierung. Herr Ministerpräsident Stoiber hat persönlich interveniert. Vorher wurde gesagt, es hätte keinen Einfluss auf das Unternehmensschicksal gegeben. In der „Süddeutschen“ vom 28. Oktober 1999 steht, dass er persönlich bei Rupert Murdoch war, und die „Süddeut-

sche“ titelt: Besuch beim Medienmagnaten Murdoch in Los Angeles. Stoiber will Kirch zu finanzstarkem Partner verhelfen. Das ist doch ein Eingriff, oder? „Der Ministerpräsident setzt nun auf Murdochs Einstieg bei Kirchs Premiere World. Für den Fall, dass Murdoch seine Aktivitäten in Deutschland ausbaut, hofft Stoiber, dass der angloamerikanische Medienunternehmer München als Hauptsitz wählt.“ Aus meiner Sicht sind das Eingriffe. Das ist eine Verantwortung, zu der man sich auch bekennen soll und weswegen man auch versuchen soll, die Fehler, die dort angerichtet wurden, in ihren Konsequenzen zu beschneiden. Bis jetzt vermisste ich ein Engagement.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben allerdings eine Äußerung des Ministerpräsidenten von gestern: „Die Politik soll sich in diese positive unternehmerische Perspektive nach Möglichkeit nicht störend einmischen. Deshalb hat sich die Politik da rauszuhalten. Das gilt auch für den Kanzler.“ Ich denke, dies gilt auch für den Kanzlerkandidaten. Wenn er das jetzt eingesehen hat, auch wenn es zu spät ist, ist das ein Fortschritt. Er dürfte das durchaus zugeben, dazu stehen und möglichst vermeiden, diese Fehler, die er jetzt gemacht hat, künftig noch einmal zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Jetzt hat noch Herr Kollege Hoderlein ums Wort gebeten.

Hoderlein (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine ganze Reihe von Fragen zum Problem des heutigen Tages wurden von den vier Rednern der Staatsregierung und der CSU bisher noch nicht einmal ansatzweise beantwortet:

(Beifall bei der SPD)

Da Herr Huber sich noch einmal zu Wort gemeldet hat, will ich diese Gelegenheit nutzen, um ihm noch ein paar Fragen zu stellen. Vielleicht wird er uns diese Fragen beantworten. Zunächst möchte ich Ihnen meinen Eindruck von der heutigen Debatte wiedergeben. Dazu will ich einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 18. April zitieren:

Noch immer glaubt die Bayerische Staatsregierung, der Skandal sei kein Skandal. Jahrelang hat Kanzlerkandidat Edmund Stoiber die Geschäfte des CSU-Freundes Kirch nach Kräften gefördert. Der windige Deal mit Murdoch war ihm alles andere als unbekannt, hat er doch selbst in Los Angeles den Türöffner gespielt. Zu befürchten ist, dass die politische Standorthilfe in Bayern noch viel weiter reicht als bisher bekannt ist, und dass die großzügigen zwei Milliarden der Spezl in der Bayerischen Landesbank noch nicht alles gewesen sind.

Dieser Bericht stammt von Hans-Jürgen Jakobs. Was wir heute gehört haben, könnte man unter dem Motto zusammenfassen: Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Sie haben ständig über den einen oder ande-

ren Baum in diesem Wald gesprochen und haben sich um ihn herumgeschlängelt. Über den Wald, um den es eigentlich geht, haben Sie jedoch nicht gesprochen. Sie wussten auch warum: Der Wald ist zu finster, als dass Sie über ihn reden sollten.

(Beifall bei der SPD)

Was haben wir erfahren? – Herr Prof. Dr. Faltthäuser hat in weiten Teilen seines Vortrages eine Erstsemestervorlesung für Betriebswirte gehalten.

(Freiherr von Rotenhan (CSU): Das war auch dringend notwendig! – Heiterkeit bei der CSU)

Herr Prof. Dr. Faltthäuser hat lediglich eine wissenswerte Petitesse geäußert: „Die Landesbank hat die gleichen Sicherheiten wie andere Banken.“ An einer anderen Stelle hat er von „zweitrangigen Verpfändungen“ im Zusammenhang mit EM.TV gesprochen. Ein Fragenkomplex wurde jedoch von keinem der Herren angesprochen, obwohl er uns sehr interessiert. Dieser Fragenkomplex wird insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Zukunft des Pay-TV-Senders Premiere interessant. Die Frage lautet: Warum hat sich das Finanzierungsverhalten gegenüber Kirch oder das Kreditgewährungsverhalten seitens der Bankenlandschaft im Laufe der Existenz Kirchs so nachhaltig verändert?

Ein Blick zurück zeigt, dass am Beginn eine bunte Bankenlandschaft vorhanden war, innerhalb derer die öffentlich-rechtlichen Banken, sprich die Bayerische Landesbank, nie an vorderster Stelle standen. Wenn die Landesbank jedoch an vorderster Stelle stand, hatte sie stets vorzügliche Absicherungen für ihre Kredite bekommen. Im Laufe der Jahre wurde diese Politik mehr und mehr aufgegeben. Dann kam das Pay-TV. Herr Kollege Huber, ab diesem Moment haben Sie es selbst mit Ihren glänzenden Versuchen nicht geschafft, die Hypo-Vereinsbank dazu zu bewegen, eine Mark frisches Geld für Kirch zur Verfügung zu stellen, obwohl diese Bank dem Freistaat bis zu einem gewissen Grade verpflichtet ist, da er etwa 8% der Anteile dieser Bank hält. Am Ende gab es für die kritischsten Engagements nur noch einen Finanzier, nämlich die Bayerische Landesbank. Meine Damen und Herren, Sie sind die Antwort schuldig geblieben, warum das so ist. Erklären Sie uns bitte die seltsame Veränderung des Verhaltens der Banken in der Frage der Kreditgewährung an den Konzern im allgemeinen und bei der Frage der Pay-TV-Finanzierung im besonderen. Diese Frage ist offen geblieben.

Herr Kollege Glück, zu meinem Interview möchte ich folgendes sagen: Wir beide sind nicht naiv genug zu glauben, dass mir bestimmte hochrangige Personen gesagt hätten, Herr Stoiber oder die CSU hätten Druck ausgeübt. Dies ist auch ein Stück des bayerischen Systems. Versuchen wir es doch einmal anders herum: Herr Kollege Huber, erklären Sie uns bitte, warum beim Pay-TV und bei der Formel 1 keine Geschäftsbank in Kenntnis der genauen Geschäftslage Kirchs bereit war, auch nur eine DM zusätzlich für ein neues Geschäft zur Verfügung zu stellen und warum keine Bank bereit war, für laufende Kredite für Geschäfte, in denen Kirch bereits tätig ist, Geld nachzuschießen. Warum hat heute niemand

gesagt, dass sich dieses komische Verhalten der Geschäftsbanken eingestellt hat und die Landesbank einen immer höheren Anteil des Gesamtvolumens tragen und für Neugeschäfte das komplette Risiko übernehmen musste.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Eykmann (CSU): Sie sollen etwas erklären!)

Meine Damen und Herren, auf diese entscheidende Frage haben sie keine Antwort gegeben. Herr Ministerpräsident, Sie haben zweierlei zu befürchten: Bisher war es nur der 22. September. Jetzt kommt noch etwas hinzu. Sie haben zu fürchten, dass bei Premiere-World das passiert, was bei der Kirch-Media passiert ist, nämlich dass ein Insolvenzantrag gestellt wird. Wenn das passieren sollte, haben Sie ein echtes Problem, über das Sie nicht so leicht hinweggehen können, wie Sie das heute mit diesem weinerlichen 11-Seiten-Papier getan haben. In diesem Papier steht eigentlich nur, dass Herr Stoiber hinsichtlich des Medienstandortes schon immer der Größte war, mit der Pleite aber nichts zu tun hat. Sie haben so getan, als ob Sie nur Einser geschrieben hätten und plötzlich einmal einen Sechser. Zur Erklärung dieses Sechsters verweisen Sie darauf, dass Sie früher immer Einser geschrieben hätten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Premiere einen Insolvenzantrag stellen muss, haben Sie angesichts der Kredite der Bayerischen Landesbank, die in diesem Unternehmen stecken, ein echtes Problem.

(Zurufe von der CSU: Oberlehrer!)

In diesem Fall wird ein gewaltiger Wertberichtigungsbedarf auf die Bayerische Landesbank zukommen. Dann müssen Sie erklären, warum Sie die Landesbank dazu gebracht haben, als einziges Kreditinstitut immer wieder und immer mehr in ein solches Abenteuer zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das nicht passiert, müssen Sie den 22. September fürchten. Im Herbst wird nämlich Herr Murdoch kommen, mit oder ohne abgedunkelter Limousine. Herr Murdoch wird von Premiere 1,75 Milliarden Euro verlangen.

(Dr. Bernhard (CSU): Das ist völliger Quatsch!)

Herr Huber, was wird dann passieren? – Dann werden Sie sagen, dass diese Forderung nicht mehr erfüllt werden könne, weil am 8. April ein Insolvenzverfahren eröffnet worden sei. Dann wird sich Herr Murdoch bei seinen Freunden bedanken, die ihn in dieses Geschäft hineingetrieben haben. Meine Damen und Herren, beantworten Sie bitte die Fragen, die wirklich anstehen.

(Ach (CSU): Sie sollen unsere Fragen beantworten!)

Wie ist diese Pleite zu erklären? Dabei ist besonders das Engagement der Landesbank zu berücksichtigen, das

sich im Verlauf der Kirch-Zeit deutlich verändert hat. Das Verhalten der Landesbank hat sich insbesondere gegenüber den anderen Kreditinstituten verändert.

Das ist die Kernfrage.

Zweitens ist die Frage zu klären: Herr Stoiber, Sie haben sich auf den Seiten 6 und 7 in nur zwei Sätzen zur Zukunft geäußert, in nur zwei Sätzen in Ihren elf Seiten. In diesen zwei Sätzen zur Zukunft Kirchs kommt die Politik nicht vor, obwohl Sie Ihre Politik ständig als Musterpolitik für die Gestaltung des Medienstandortes Bayern darstellen. Den Medienstandort Bayern haben nach Ihrer Darstellung Sie gestaltet, und Herr Kirch war Ihr Adlatus oder Ihr Mittel zum Zweck oder Ihr Medium, wie auch immer. Auf die Frage, was hier zu tun ist – das ist eine echte Standortherausforderung – sind Sie als Bayerische Staatsregierung, die das Ganze wesentlich mitverantworten hat, leider die Antwort schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Huber, ich hoffe, Sie nutzen die Gelegenheit, um uns anhand meiner Fragen aufzuklären. Das wäre heute wirklich die erste Aufklärung.

(Zuruf des Abgeordneten Hölzl (CSU))

Das wäre auch dazu geeignet, um das vom Tisch zu wischen, was zwar niemand beweisen, aber auch niemand widerlegen kann, dass nämlich das eigenartige Verhalten der Landesbank nicht damit zu erklären ist, dass hier Banker am Werk sind, die weniger klug sind als andere im Bankenbereich, sondern dass hier Leute am Werk waren, die nicht anders konnten, weil sie sich zum politischen Erfüllungsgehilfen machen mussten. Das ist die Frage.

(Beifall bei der SPD – Ach (CSU): Ach du Schandel! – Weitere Zurufe von der CSU)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nunmehr Herr Staatsminister Huber das Wort.

(Beifall bei der CSU)

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Hoderlein hat an den Anfang seiner Ausführungen eine Zusammenfassung der Debatte aus seiner Sicht gestellt. Ich möchte das auch machen: Nach vier Stunden steht es für Staatsregierung und CSU-Fraktion 4:0 gegen Rot-Grün.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Wer war da der Schiedsrichter?)

Die Opposition in diesem Hause ist nach diesen vier Stunden so erschöpft, ermattet und geschlagen, dass ich schon eine richtige Beißhemmung habe.

(Heiterkeit bei der CSU – Maget (SPD): Wer hat denn kein Tor geschossen von Ihren Leuten?)

– Lieber Herr Kollege Maget, da Sie von Eigentoren reden, möchte ich Ihnen gleich drei aufzählen.

(Maget (SPD): Wer redet denn von Eigentoren?)

Das erste Eigentor hat der Bundeskanzler mit der Ankündigung einer Bürgschaft für Bundesliga-Profivereine geschossen.

(Beifall bei der CSU)

Das zweite Eigentor und gleichzeitig ein Rohrkrepierer war die Ankündigung des Bundeskanzlers gestern, er würde mit Bundeshilfen in Sachen Insolvenz der Kirch-Gruppe zur Verfügung stehen. Der Ministerpräsident hat heute erklärt, das sei ein Vorgang der privaten Wirtschaft. Wir halten es für grundfalsch, sofort mit Subventionen und Steuergeldern zu kommen, wenn hier Probleme auftreten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das dritte Eigentor war die heutige Debatte.

Lassen Sie mich zunächst auf die Fragen antworten, Herr Hoderlein, die Sie gestellt haben. Sie haben den Eindruck erweckt, dass nur die Landesbank der Hauptfinanzier der Kirch-Gruppe gewesen wäre, und leiten davon die besondere Verantwortung der Staatsregierung ab. Wenn Sie die Zeitungen aufmerksam lesen, können Sie der Presse entnehmen, dass Kreditgeber der Kirch-Media GmbH & Co. KGaA die Landesbank, die Hypo-Vereinsbank, die Commerzbank und die Genossenschaftsbank waren. Sie konnten auch lesen, dass mit einem erheblichen Kreditengagement die Deutsche Bank dabei ist, dass auch die Dresdner Bank heute erheblich im Risiko ist, dass mehrere ausländische Investitionsbanken dabei sind. Das heißt: Der Eindruck, den Sie erwecken, dass der gesamte Aufbau des Kirch-Unternehmens ganz allein am Risiko der Bayerischen Landesbank hängen würde, ist sachlich falsch und entspringt nur Ihrem Wunsch, mit diesem Thema eine parteipolitische Auseinandersetzung zu bestreiten.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Das hat doch keiner gesagt! – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht! – Zahlreiche Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Hören Sie doch zu!

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Hören Sie doch zu, wenn andere reden!)

Herr Hoderlein, Sie haben gemeint, Pay-TV, Premiere World und Premiere würden nur von der Landesbank finanziert. Das ist falsch.

(Hoderlein (SPD): Das habe ich auch nicht gesagt. Ich habe gesagt, Sie sollen genau erklären, warum im Laufe der Zeit ein ständig wachsender Anteil – – Das ist etwas ganz anderes!)

– Ich habe das schon kapiert. Im Bereich Premiere finanzieren drei Banken. Die Bayerische Landesbank ist dabei, aber auch die Hypo-Vereinsbank und andere Banken. Auch Ihre Behauptung, mein Anruf, der im Übrigen einen ganz anderen Zusammenhang hatte, hätte bei der Hypo-Vereinsbank keinerlei Reaktionen gezeigt, ist inhaltlich falsch und beweist, dass sich die Hypo-Vereinsbank letztlich durch ihr Kreditengagement zum Standort Bayern bekannt hat und partnerschaftlich mit der Landesbank in das Risiko gegangen ist.

(Hoderlein (SPD): Die haben auf die Landesbank verwiesen!)

Ihre Behauptung, letztlich wäre in immer steigendem Maße nur die Bayerische Landesbank im Risiko, ist fachlich und sachlich falsch und wurde widerlegt. Ich bitte Sie herzlich, diese Behauptung nicht zu wiederholen.

(Beifall bei der CSU)

Der nächste Punkt ist der Formel-1-Kredit. Wiederum ist die Aussage unrichtig, dass nur die Bayerische Landesbank finanziert. Auch hier sind es drei Banken, die den Formel-1-Bereich finanzieren.

(Frau Radermacher (SPD): Das hat er auch nicht gesagt! – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Zuhören!)

Im Übrigen gehört der Formel-1-Kredit zu den am besten gesicherten Krediten im ganzen Kirch-Bereich. Was Sie hier als gigantisches Risiko darstellen, ist sachlich ein ganz normales Bankgeschäft.

Herr Hoderlein, damit habe ich Ihre Fragen beantwortet. Ich habe leider nicht die Hoffnung, dass Sie daraus Erkenntnisse ziehen und Informationen verwenden; denn Sie wollen das ganze Thema nur zur Fortführung einer parteipolitischen Auseinandersetzung nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Sprache ist ja verräterisch. Frau Kollegin Kellner hat von einer „längst überfälligen Insolvenz“ gesprochen. Daraus, wie auch aus einigen anderen Kommentaren, die in letzter Zeit gemacht wurden, entnehme ich, dass man glaubt, in Sachen Kanzlerkandidatur und Bundeswahlkampf wäre für Edmund Stoiber ein Stolperstein oder ein Hindernis nur noch im Zusammenhang mit der Kirch-Gruppe zu sehen. Was die Bundespolitik angeht, haben Sie völlig versagt und meinen, nun mit einem Problem eines privaten Unternehmens den Kanzlerkandidaten stoppen zu können. Das wird fehlgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist selbst gestolpert!)

Lieber Herr Hoderlein, Sie sind ja Landesvorsitzender der SPD. Ich glaube, dass Sie am Abend des 22. September ein trübes Gesicht machen werden.

(Lachen bei der CSU)

Wir fürchten nie Wahlen. Wir wissen, dass man Wahlen gewinnen, aber auch verlieren kann. Eines ist aber schon heute als fast sicheres Ereignis festzustellen: Rot-Grün wird in Deutschland keine Chance mehr haben.

(Beifall bei der CSU)

Es wird Ihnen nicht gelingen, aus der Insolvenz der Kirch-Gruppe ein politisches Manöver zu machen und dabei politisch zu punkten; denn die Bürger werden den Gesamtzusammenhang sehen. Sie werden auch insgesamt die Wirtschaft in Bayern sehen. Bayern ist zusammen mit Baden-Württemberg gerade im Medienbereich, im Hightech-Sektor und in der Informations- und Kommunikationstechnologie das führende Land in Deutschland und wird es auch trotz dieser Schwierigkeiten bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Von Seiten der SPD und der GRÜNEN wurde einige Male gesagt, es gehe ihnen um die Rettung von Arbeitsplätzen. Dazu stelle ich zunächst einmal fest, dass es die Arbeitsplätze im privaten Rundfunk überhaupt nicht gäbe, wenn die SPD in Deutschland in den letzten 20 Jahren die Medienpolitik gestaltet hätte.

(Beifall bei der CSU)

Ich will mir die Darstellung der Springprozession, die Sie in den letzten Jahrzehnten vollbracht haben, ersparen.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Werner-Muggendorfer (SPD))

Man muss aber daran erinnern, dass die SPD und seinerzeit noch die FDP mit Frau Hamm-Brücher schon in den sechziger Jahren mittels eines Volksbegehrens versucht haben, privaten Rundfunk in Bayern zu verhindern.

Es ist Ihnen nicht gelungen, weil Artikel 5 des Grundgesetzes, die Internationalisierung, die Globalisierung und die Europäische Union den Medienmarkt für den Wettbewerb geöffnet haben.

Ein ganz tolles Beispiel von Medienpolitik nach der Art von Rot-Grün möchte ich herausgreifen; es ist der schon einmal zitierte Brief von Oberbürgermeister Christian Ude vom 9. April an den Ministerpräsidenten. Da heisst es zu Beginn:

Darf ich Sie bitten, bei Rechtfertigungsversuchen für die Milliardenkredite der Bayerischen Landesbank zu Gunsten der Kirchgruppe den Ruf der Medienstadt München nicht zu beschädigen?

Ich stelle hierzu fest: Wenn es nach dem Willen der Landeshauptstadt München und der rot-grünen Stadtrats-

mehrheit gegangen wäre, gäbe es eine Medienstadt München überhaupt nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die größte Investition des Oberbürgermeisters in den Medienstandort München ist dieser Brief. Er kommt zwanzig Jahre zu spät.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Trotzdem hat er aber die Wahl gewonnen! – Zuruf des Abg. Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Auf Sie komme ich gleich noch zurück, Herr Dürr.

Deshalb ist es auch kein Wunder, dass sich die großen Medienunternehmen zwar im Wirtschaftsraum München, nicht aber innerhalb der Stadtgrenzen Münchens niedergelassen haben. Die Entscheidung, wer Medienstandort Nummer eins in Deutschland ist, fällt nicht zwischen Köln, München und Berlin, sondern zwischen Ismaning und Unterföhring.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Oberbürgermeister Ude war schon immer ein besonderer Schlaumeier und Abstauber.

(Frau Radermacher (SPD): Deshalb habt Ihr die Wahl auch verloren!)

Dennoch möchte ich Ihnen den letzten Absatz dieses Briefes nicht vorenthalten.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schicken Sie ihn uns doch einfach zu!)

– Ich lese ihn lieber vor, dann kommt er bei Ihnen sicher an.

(Heiterkeit bei der CSU – Glück (CSU): Das ist auch noch nicht gewährleistet!)

Der letzte Absatz lautet:

Im Übrigen bin ich zuversichtlich,

– so schreibt Oberbürgermeister Ude –

dass trotz der Insolvenz der Kirch-Gruppe der Medienstandort München schon in wenigen Tagen wieder positiv von sich Reden machen wird, weil die gemeinsamen Bemühungen von Staat und Stadt um das Medienzentrum bei der Fußballweltmeisterschaft sehr gute Erfolgsaussichten haben.

Die Entscheidung, ob wir das Medienzentrum bekommen, ist noch offen. Es wäre sehr zu wünschen. Dazu tragen aber besonders Otto Wiesheu und Kurt Falthausser mit Baumaßnahmen auf dem Messegelände bei, und dazu tragen auch der Einsatz des Freistaates Bayern und vor allem der Einsatz von Franz Beckenbauer bei.

Am Beginn dieses Schreibens werden der Ministerpräsident und die CSU massiv kritisiert. Am Schluss steht

aber das Bekenntnis der Stadt München, alleine schaffen wir es nicht, wenn nicht der Freistaat Bayern mit tätig wird. Das ist Politik von Ude!

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Dr. Dürr, ich habe Ihnen ja schon gesagt, dass ich Ihnen auch noch einen Teil meines Schlusswortes widmen werde. In der „Mittelbayerischen Zeitung“ steht heute ein Kommentar von Fritz Winter.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie den lesen können?)

Manchmal bewundere ich die Journalisten, wie sie Ereignisse vorwegnehmen und vorausschauend darüber berichten, was sich an einem Tag ereignen wird. Eigentlich muss ich Herrn Winter ein Glückwunschs schreiben schicken, denn er hat heute früh in der „Mittelbayerischen Zeitung“ in einem Kommentar folgenden Satz verewigt, der an Herrn Dr. Dürr gerichtet ist: „Diese eigenartige These ist, mit Verlaub, Herr Dr. Dürr, dummes Geschwätz“.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie lieber etwas zu Ihrer Ressortverantwortung! – Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und zu den Telefonaten!)

Meine Damen und Herren, mehrfach ist das Engagement der Bayerischen Landesbank im Zusammenhang mit Kirch kritisiert worden. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen Folgendes zu denken geben. Mehrfach ist doch vom Aufbau des Unternehmens einschließlich des Einstiegs ins Pay-TV und vom Erwerb der Übertragungsrechte für die Fußball-Weltmeisterschaft gesprochen worden. Hat es denn aus medienpolitischer Sicht nicht eine sehr große Bedeutung für den Medienstandort Bayern, wenn die weltweiten Übertragungsrechte für die Fußball-Weltmeisterschaften 2002 und 2006 bei einem Unternehmen in Bayern liegen?

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Schweiz!)

Nehmen Sie diese Tatsache doch zur Kenntnis. In Verhandlungen mit der Fifa ist es gelungen, die Übertragungsrechte für die Fußball-Weltmeisterschaft zu sichern. Das ist ein big point. Ich bleibe bei dieser Bewertung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

In der Tat kann man sagen, dass eine Schuldenlast von 6 Milliarden € für ein Unternehmen außerordentlich hoch ist. Eine solche Einschätzung teile ich. Diese Schuldenlast hat leider auch zu den bekannten Schwierigkeiten geführt. Von dieser Schuldenlast werden der Landesbank aber nur etwa 2 Milliarden € zugeschrieben. Weitere 4 Milliarden € an Krediten sind von privaten Banken gegeben worden. Ich habe von Ihnen kein Wort zu den anderen Banken gehört.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Die sind doch nicht halbstaatlich! Ist denn der Landtag für die Hypo-Vereinsbank zuständig?)

– Richtig, aber daran sehen Sie, mit welchen Scheuklappen Sie arbeiten. Kann man eigentlich verlangen, dass die privaten Banken in Deutschland ein Risiko in Höhe von 4 Milliarden € auf sich nehmen, während die Bayerische Landesbank, die zur Hälfte im Eigentum des Freistaates Bayern und zur Hälfte im Eigentum der Sparkassen steht, Nein sagt. Kann man verlangen, dass nur die privaten Banken ein Risiko auf sich nehmen, dass sich aber die Landesbank zurückhält, obwohl es um Standortvorteile für Bayern und für München geht? Eine solche Haltung ist doch aberwitzig!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das geltende Landesbankgesetz und auch die Novelle, welche dem Landtag zur Beratung vorliegt, bekennen sich ausdrücklich zum Strukturauftrag und zum Standortauftrag an die Landesbank.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war aber kein öffentlicher Auftrag!)

Im Moment haben wir bei den Banken noch ein Drei-Säulen-Prinzip, was sich zwar durch den Einfluss der Europäischen Union ändern wird. Im Moment haben wir dieses Prinzip aber noch. Wir haben starke und große private Banken, wir haben zweitens die Genossenschaftsbanken und wir haben als dritte Säule die öffentlich-rechtlichen Banken, repräsentiert durch die Landesbank und die Sparkassen. New Economy, neue Medien, Innovationen, Zukunftstechnologien und Zukunftswirtschaft sind nun einmal mit einem besonderen Risiko verbunden. In den letzten Jahren haben Sie sehr oft kritisiert, dass die Banken zu zurückhaltend wären und in neue Branchen nicht investieren würden. Nur wer bereit ist, Innovation und Zukunftstechnologien zu unterstützen, wird auch neue Arbeitsplätze schaffen. Wer aber meint, nur an den alten Strukturen festhalten zu können, wird wirtschaftspolitisch scheitern. Wenn wir eine Unterstützung der neuen Technologien von den privaten Banken fordern, halte ich es für selbstverständlich, dass eine öffentlich-rechtliche Bank gleichermaßen bereit ist, ein Risiko auf sich zu nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es Ihnen wirklich um eine gerechte Bewertung aller Vorgänge im positiven und im negativen Sinne ginge, könnten Sie die privaten Banken nicht ausblenden. Sie reduzieren Ihren Blick nur auf die Landesbank. Ihr Motiv ist nur eine parteipolitische Auseinandersetzung. Die Bürger im Lande werden dies aber merken.

Ich darf zusammenfassend sagen: Die Bayerische Landesbank hätte eine Unterlassung begangen, wenn sie nicht auch bereit gewesen wäre, Risiken auf sich zu nehmen, um 10 000 Arbeitsplätze in Bayern zu schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb befinden wir uns nicht auf der Flucht vor Ihnen, wie Sie geschrieben haben oder stehen in Sack und Asche. Wir sind der Meinung, die Entscheidung der Bayerischen Landesbank war durchaus mutig. Wer keinen Mut hat, soll auch nicht Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CSU)

Dies waren mutige Entscheidungen. Wenn man es insgesamt sieht, stellt man fest, es waren auch rentable Entscheidungen, trotz der bekannten momentanen Schwierigkeiten. Was ist durch die Insolvenz passiert? – Die Eigentumsverhältnisse haben sich verändert, und die bisherige Geschäftsführung ist weg, aber das Unternehmen läuft weiter. Sie verwechseln immer wieder Insolvenz mit Liquidation und Zusammenbruch. Die Banken haben uns in den langen und intensiven Gesprächen, die ich zusammen mit Kurt Faltthäuser und Otto Wiesheu geführt habe, gesagt, sie sehen in einer solchen eigenverantwortlichen Insolvenz im Moment die beste Möglichkeit, Arbeitsplätze, Standort und Zukunft des Unternehmens zu sichern.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke für die Pleite!)

– Das würde niemand so sagen. Eine Insolvenz ist nicht schön. Vor dem Unternehmen liegt ein dornenreicher Weg. Ich möchte den vier beteiligten Banken, die gestern vor die Presse gegangen sind, meine Anerkennung für den Mut aussprechen, dass sie sagen, sie geben Massekredite und begleiten den eingeschlagenen Weg. Das ist kein Ende, sondern eine Wende, und zwar eine Wende zum Besseren.

(Beifall bei der CSU)

Wer keine Risiken eingeht, wird keine Erfolge haben. Wir waren uns immer dieser Risiken bewusst. Wir haben sie dennoch in Kauf genommen, weil die Erfolge auf der Hand liegen.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist verwegen!)

Zwei Punkte möchte ich noch nennen. Herr Kollege Glück ist schon darauf eingegangen, dass von SPD und GRÜNEN eine Kampagne gegen mögliche ausländische Investoren durchgeführt worden ist. Das haben wir auch beim Breitbandkabel erlebt. Ich möchte Sie warnen: Wenn sich durch Aussagen des Bundeskanzlers und von Ministerpräsidenten in der Welt herumsprechen könnte, ausländische Investoren seien in Deutschland nicht erwünscht, dann ist das falsch, dumm und schädlich.

(Beifall bei der CSU)

Alternativ komme ich zu der Schlussfolgerung, dass Sie möglicherweise nur die Investoren wollen, die Ihnen parteipolitisch zu Gesicht stehen.

(Beifall bei der CSU)

Wie sonst wäre es zu erklären, dass die SPD in den letzten zehn Jahren klammheimlich einen der größten Medienkonzerne in Deutschland aufgebaut hat, mit Beteiligungen an Zeitungen, mit Beteiligungen am Hörfunk und mit Beteiligungen an Druckereien. Insgesamt bei 22 Zeitungen in Deutschland mit einer täglichen Auflage von zwei Millionen Stück verfügt die SPD über maßgeblichen Einfluss. Nirgendwo bei diesen Zeitungen ist etwas von der Beteiligung der SPD zu lesen. Man täuscht die Bürger über den Einfluss der SPD hinweg.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben immer einen Kampf gegen Kirch geführt. Sie haben Kirch als Unperson dargestellt. Das haben Sie nicht getan, weil Sie auf einen erfolgreichen Unternehmer neidisch waren, sondern weil Sie ihn aus parteipolitischer Sicht bekämpft haben.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sage ich Ihnen: Wir werden unsere Politik fortsetzen, den Medienstandort Bayern weiter zu entwickeln. Wir werden unsere Politik auch auf dem Hightech-Sektor fortsetzen, durch angemessene Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze in erster Linie in Bayern entstehen. Bayern wird trotz der Probleme auch in Zukunft das Land Nummer 1 bei Medien und Hightech sein. Darauf können Sie sich verlassen, solange wir dieses Land regieren.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Kirch und die Folgen für den Medienstandort Bayern und Deutschland sowie für die Bayerische Landesbank“, Drucksache 14/9142, abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hartenstein. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zu den Dringlichkeitsanträgen der Fraktionen der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurde vonseiten der Antragsteller namentliche Abstimmung beantragt.

Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Auswirkungen eines finanziellen Zusammenbruchs der Kirch-Gruppe auf den Freistaat Bayern“, Drucksache 14/9143, in namentlicher Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne ist auf der Seite der Opposition, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion im Bereich der Eingangstüren aufgestellt. Die Urne für die Enthaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 19.45 bis 19.50 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir führen jetzt die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Auswirkungen der Einleitung eines Insolvenzverfahrens bei Teilen der Kirch-Gruppe auf Arbeitsplätze und den Medienstandort Bayern“, Drucksache 14/9149, durch.

Ich weise darauf hin, dass die CSU-Fraktion erklärt hat, sie betrachte die Nummer 2 ihres Dringlichkeitsantrages als erledigt und wünsche Abstimmung in namentlicher Form nur noch über die verbleibenden Nummern 1, 3 und 4.

Die SPD-Fraktion hat zu diesem Dringlichkeitsantrag gemäß § 131 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag beantragt, über die einzelnen Nummern getrennt abstimmen zu lassen. Besteht damit Einverständnis?

(Herrmann (CSU): Nein!)

Einverständnis besteht nicht. Die namentliche Abstimmung hat dann insgesamt über die verbleibenden drei Nummern stattzufinden. Bei dieser Abstimmung befindet sich die Ja-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion. Die Nein-Urne ist auf der Oppositionsseite im Bereich der Eingangstür aufgestellt. Die Urne für die Enthaltungen steht wie bisher auf dem Stenografentisch. Jetzt kann mit der Stimmabgabe begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 19.50 bis 19.55 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse wird die Sitzung kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 19.55 bis 19.57 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe jetzt die Abstimmungsergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Kellner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend „Auswirkungen eines finanziellen Zusammenbruchs der Kirch-Gruppe auf den Freistaat Bayern“ (Drucksache 14/9143): Ja-Stimmen: 66, Nein-Stimmen: 103, Keine Enthaltungen. Der Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dr. Bernhard, Ach, Dinglreiter, Freiherr von Redwitz und Fraktion (CSU) betreffend „Auswirkungen der Einleitung eines Insolvenzverfahrens bei Teilen der Kirch-Gruppe auf die Arbeitsplätze und den Medienstandort Bayern“ (Drucksache 14/9149) wurde folgendermaßen abgestimmt: Ja-Stimmen: 103, Nein-Stimmen: 18, Stimmenthaltungen: 48. Der Dringlichkeitsantrag ist damit angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Mit der Bekanntgabe dieser Ergebnisse ist die Tagesordnung erledigt. Ich schließe die Sitzung und bedanke mich bei der großen Zahl der Aufrechten, die bis zum Schluss hier geblieben sind.

(Schluss: 19.59 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2002 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Kellner und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Auswirkungen eines finanziellen Zusammenbruchs der Kirch-Gruppe auf den Freistaat Bayern“ (Drucksache 14/9143)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X		Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter	X			Guckert Helmut			
Dr. Baumann Dorle	X			Güller Harald	X		
Beck Adolf		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Beckstein Günther				Haedke Joachim		X	
Berg Irlind	X			Dr. Hahnzog Klaus	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartenstein Volker	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Gerhard	X		
Blöchl Josef		X		Hausmann Heinz		X	
Bocklet Reinhold		X		Hecht Inge	X		
Böhm Johann		X		Heckel Dieter		X	
Boutter Rainer	X			Hecker Annemarie		X	
Brandl Max	X			Heike Jürgen W.		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Heinrich Horst			
Brosch Franz		X		Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Hirschmann Anne	X		
Christ Manfred		X		Hoderlein Wolfgang	X		
Deml Marianne		X		Hözl Manfred		X	
Dingreiter Adolf		X		Hofmann Walter		X	
Dodell Renate		X		Hohlmeier Monika		X	
Donhauser Heinz		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Hufe Peter	X		
Eck Gerhard		X		Irlinger Eberhard			
Eckstein Kurt		X		Jetz Stefan		X	
Egleder Udo	X			Dr. Jung Thomas			
Eppeneder Josef		X		Dr. Kaiser Heinz	X		
Ettengruber Herbert		X		Kaul Henning		X	
Dr. Eykmann Walter		X		Kellner Emma	X		
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt		X		Dr. Kempfner Herbert		X	
Dr. Fickler Ingrid		X		Kiesel Robert		X	
Fischer Herbert		X		Klinger Rudolf			
Franzke Dietmar	X			Knauer Christian		X	
Freller Karl		X		Kobler Konrad		X	
Gabsteiger Günter		X		Köhler Elisabeth	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Köhler Heinz			
Gartzke Wolfgang	X			König Alexander		X	
Dr. Gauweiler Peter				Kränzle Bernd		X	
Geiger Hermann	X			Kreidl Jakob		X	
Glück Alois		X		Kreuzer Thomas		X	
Göppel Josef				Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Görlitz Erika		X		Kuchenbaur Sebastian		X	
Goertz Christine	X			Kupka Engelbert		X	
Dr. Götz Franz				Leeb Hermann		X	
Dr. Goppel Thomas				Leichtle Wilhelm	X		
Gote Ulrike				Lochner-Fischer Monica	X		
Grabner Georg		X		Lode Arnulf		X	
				Loscher-Frühwald Friedrich		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Matschl Christa			
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef			
Mirbeth Herbert			
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Müller Willi		X	
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel			
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann		X	
Niedermeier Hermann	X		
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp			
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann			
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann	X		
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred			
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred			
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann		X	
Stewens Christa			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund		X	
Strasser Johannes	X		
Strehle Max		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Vogel Anne	X		
Volkman Rainer			
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard		X	
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto		X	
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig			
Wolfrum Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	66	103	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2002 zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dr. Bernhard, Ach, Dinglreiter u. a. und Fraktion (CSU) betreffend „Auswirkungen der Einleitung eines Insolvenzverfahrens bei Teilen der Kirch-Gruppe auf Arbeitsplätze und den Medienstandort Bayern“ (Drucksache 14/9149)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred	X		
Appelt Dieter			X
Dr. Baumann Dorle			X
Beck Adolf	X		
Dr. Beckstein Günther			
Berg Irlind			X
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			X
Blöchl Josef	X		
Bocklet Reinhold	X		
Böhm Johann	X		
Boutter Rainer			X
Brandl Max			X
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brosch Franz	X		
Brunner Helmut	X		
Christ Manfred	X		
Deml Marianne	X		
Dinglreiter Adolf	X		
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Egleder Udo			X
Eppeneder Josef	X		
Ettengruber Herbert	X		
Dr. Eykman Walter	X		
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt	X		
Dr. Fickler Ingrid	X		
Fischer Herbert	X		
Franzke Dietmar			X
Freller Karl	X		
Gabsteiger Günter	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X
Gartzke Wolfgang		X	
Dr. Gauweiler Peter			
Geiger Hermann			X
Glück Alois	X		
Göppel Josef			
Görlitz Erika	X		
Goertz Christine		X	
Dr. Götz Franz			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike			
Grabner Georg	X		
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut			
Güller Harald			X
Guttenberger Petra	X		
Haedke Joachim	X		
Dr. Hahnzog Klaus			X
Hartenstein Volker			X
Hartmann Gerhard			X
Hausmann Heinz	X		
Hecht Inge		X	
Heckel Dieter	X		
Hecker Annemarie	X		
Heike Jürgen W.	X		
Heinrich Horst			
Herrmann Joachim	X		
Hirschmann Anne		X	
Hoderlein Wolfgang			X
Hözl Manfred	X		
Hofmann Walter	X		
Hohlmeier Monika	X		
Huber Erwin	X		
Hufe Peter			X
Irlinger Eberhard			
Jetz Stefan	X		
Dr. Jung Thomas			
Dr. Kaiser Heinz			X
Kaul Henning	X		
Kellner Emma		X	
Dr. Kempfler Herbert	X		
Kiesel Robert	X		
Klinger Rudolf			
Knauer Christian	X		
Kobler Konrad	X		
Köhler Elisabeth		X	
Dr. Köhler Heinz			
König Alexander	X		
Kränzle Bernd	X		
Kreidl Jakob	X		
Kreuzer Thomas	X		
Dr. Kronawitter Hildegard			X
Kuchenbaur Sebastian	X		
Kupka Engelbert	X		
Leeb Hermann	X		
Leichtle Wilhelm			X
Lochner-Fischer Monica			X
Lode Arnulf	X		
Loscher-Frühwald Friedrich	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi			X
Maget Franz			X
Prof. Männle Ursula	X		
Matschl Christa			
Mehrlich Heinz			X
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann			
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz	X		
Miller Josef			
Mirbeth Herbert			
Möstl Fritz			X
Dr. Müller Helmut	X		
Müller Herbert			X
Müller Willi	X		
Münzel Petra		X	
Naaß Christa			X
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel			
Nentwig Armin			X
Neumeier Johann	X		
Niedermeier Hermann			X
Nöth Eduard	X		
Obermeier Thomas	X		
Odenbach Friedrich			X
Paulig Ruth		X	
Peterke Rudolf	X		
Peters Gudrun			X
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Pienßel Franz	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz	X		
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radermacher Karin			X
Ranner Sepp			
Freiherr von Redwitz Eugen	X		
Regensburger Hermann			
Reisinger Alfred	X		
Riess Roswitha	X		
Ritter Ludwig	X		
Dr. Ritzer Helmut			X
Freiherr von Rotenhan Sebastian	X		
Rotter Eberhard	X		
Rubenbauer Herbert	X		
Rudrof Heinrich	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sackmann Markus	X		
Sauter Alfred	X		
Schammann Johann			X
Scharfenberg Maria		X	
Schieder Marianne		X	
Schieder Werner			X
Schindler Franz			X
Schläger Albrecht			X
Schmid Albert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter	X		
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Siegfried	X		
Dr. Scholz Manfred			X
Schopper Theresa		X	
Schreck Helmut	X		
Dr. Schuhmann Manfred			
Schultz Heiko			
Schweder Christl	X		
Schweiger Rita	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi		X	
Stahl Christine		X	
Stahl Georg	X		
Stamm Barbara			
Starzmann Gustav			X
Steiger Christa			X
Steinmaßl Hermann	X		
Stewens Christa			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard	X		
Dr. Stoiber Edmund	X		
Strasser Johannes			X
Strehle Max	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thätter Blasius	X		
Traublinger Heinrich	X		
von Truchseß Ruth			X
Unterländer Joachim	X		
Prof. Dr. Vocke Jürgen	X		
Vogel Wolfgang		X	
Vogel Anne			X
Volkman Rainer			
Wahnschaffe Joachim			X
Dr. Waschler Gerhard	X		
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Dr. Wiesheu Otto	X		
Dr. Wilhelm Paul	X		
Winter Georg	X		
Wörner Ludwig			
Wolfrum Klaus			X
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto	X		
Zeller Alfons	X		
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	103	18	48

